



63. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Januar 2016, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5326

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und
Staatssekretär a. D. **Dr. Herbert Huber** und die
ehemaligen Abgeordneten **Josef Gradl** und **Dieter
Appelt** 5326

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
**Thorsten Schwab, Franz Schindler, Hans-Ulrich
Pfaffmann** und **Hubert Aiwanger** 5326

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 BayLTGescho
betreffend Ausschussumbesetzung..... 5346

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf
Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN
**"Gegen rechte Gewalt: handeln statt zündeln!
Demokratie stärken - Sicherheit schaffen - Prä-
vention ausbauen"**

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 5327
Dr. Hans Reichhart (CSU)..... 5329
Horst Arnold (SPD)..... 5331
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 5332 5333
Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU)..... 5333
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 5334
Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 5336
Staatsminister Joachim Herrmann..... 5337

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Mediengeset-
zes und des Gesetzes zur Ausführung des
Rundfunkstaatsvertrags, des Jugendmedi-
enschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkbei-
tragsstaatsvertrags (Drs. 17/9548)**

- Erste Lesung -

Staatsministerin Ilse Aigner..... 5339
Martina Fehner (SPD)..... 5340
Markus Blume (CSU)..... 5341 5342 5343
Natascha Kohnen (SPD)..... 5342
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 5343
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5344

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5345

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Beschluss..... 5345

**Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b
BayLTGescho**
**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen
Parlaments und des Rates zur Terrorismusbe-
kämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbe-
schlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämp-
fung
COM (2015) 625 final (BR-Drs. 643/15)**

Beschlussempfehlung des Bundes- und
Europaangelegenheitenausschusses
(Drs. 17/9705)

und

**Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b
BayLTGescho**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems
COM (2015) 586 final (BR-Drs. 640/15)**

Beschlussempfehlung des Bundes- und
Europaangelegenheitenausschusses
(Drs. 17/9706)

Beschluss
zur Beschlussempfehlung 17/9705..... 5346

Beschluss
zur Beschlussempfehlung 17/9706..... 5346

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a.
und Fraktion (CSU)

Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen (Drs. 17/9714)

Eberhard Rotter (CSU)..... 5346
Andreas Lotte (SPD)..... 5348
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 5349
Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 5350
Staatssekretär Gerhard Eck..... 5351

Beschluss..... 5352

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a.
und Fraktion (SPD)

**Bildungs-Check und Bildungspass - Integration
voranbringen (Drs. 17/9715)**

Martin Güll (SPD)..... 5352 5357
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)..... 5353
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 5354
Christine Kamm (GRÜNE)..... 5355
Staatssekretär Georg Eisenreich... 5356 5357 5358

Beschluss..... 5358

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**Grundgesetzverstoß beenden - Unverzüglich
Klage beim Bundesverfassungsgericht einrei-
chen (Drs. 17/9716)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a.
und Fraktion (CSU)

**Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlings-
krise - Verfassungsklage als letztes Mittel ein-
setzen (Drs. 17/9734)**

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 5358 5367
Josef Zellmeier (CSU)..... 5360 5362 5363
Christine Kamm (GRÜNE)..... 5362 5371
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 5362
Markus Rinderspacher (SPD)..... 5363 5366 5367
5373
Klaus Steiner (CSU)..... 5366
Margarete Bause (GRÜNE)..... 5368
Staatsminister Joachim Herrmann. 5369 5372 5373
Thomas Kreuzer (CSU)..... 5373

Erklärung gem. § 112 BayLTGescho

Christine Kamm (GRÜNE)..... 5374

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9716..... 5375

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeits-
antrag 17/9734..... 5375

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/9734
(s. a. Anlage 2)..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Recht auf Schule für Flüchtlingskinder umset-
zen (Drs. 17/9717)**

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 5375
Otto Lederer (CSU)..... 5376
Martin Güll (SPD)..... 5377
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 5379
Staatssekretär Georg Eisenreich..... 5379

Beschluss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer
u. a. und Fraktion (CSU)

**Konsequenzen aus den Übergriffen auf Frauen
in der Silvesternacht in Köln (Drs. 17/9718)**

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD)

100 Mbit in jedes Haus (Drs. 17/9719)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Altersdiskriminierung im Straßenverkehrsrecht (Drs. 17/9720)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterricht für Flüchtlinge schnell realisieren - Schulen brauchen die versprochenen Lehrkräfte sofort (Drs. 17/9721)

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)

Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) - Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern (Drs. 17/9722)

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Aufweichung des Mindestlohns!
(Drs. 17/9723)

Verweisung in den Sozialausschuss..... 5379

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kaufprämie und Steueranreize zur Förderung von Elektroautos (Drs. 17/9724)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5379

Schluss der Sitzung..... 5380

(Beginn: 09.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Ich eröffne die 63. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Diese wurde wie immer vorab erteilt.

Nach der Weihnachtspause darf ich Sie sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße vor allem diejenigen, die schon da sind. Die anderen lade ich ein, zu kommen. Ich begrüße die Mitglieder der Staatsregierung, stellvertretend für alle Herrn Staatssekretär Eck.

Nach den sitzungsfreien Wochen beginnen wir wieder mit unserer Arbeit. Wir haben Herausforderungen zu meistern. Wir gehen sie wieder gemeinsam an.

In diesem Jahr wird wieder viel Gemeinsames auf den Weg zu bringen sein. Dazu wünsche ich Ihnen Kraft und Zeit, vor allen Dingen auch Gesundheit. Zum Stichwort "Gesundheit": Ich freue mich ganz besonders, dass unsere Kollegin Petra Dettenhöfer heute wieder hier ist. Liebe Petra, herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Schone dich noch. Wir wünschen dir weiterhin gute Genesung und freuen uns alle sehr, dass du hier bist.

Wir haben Herausforderungen zu meistern. Wir gehen sie wieder gemeinsam an.

Ich bitte Sie nun, sich zu erheben. Wir haben dreier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 3. Januar verstarb der ehemalige Staatssekretär Dr. Herbert Huber im Alter von 80 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1996 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Landshut Stadt und Land. Von 1990 bis 1993 war er Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, von 1993 bis 1994 Leiter der Staatskanzlei und von 1994 bis 1995 Staatssekretär im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen.

Während seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag war er in unterschiedlichen Ausschüssen tätig, unter anderem im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie von 1987 bis 1990 als Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen.

Dr. Herbert Huber hat als Parlamentarier und als Mitglied der Staatsregierung einen herausragenden Bei-

trag zur Entwicklung unseres Landes geleistet. Sein besonderes Engagement galt seiner niederbayerischen Heimat sowie auf Landesebene der Umwelt-, der Energie- und der Medienpolitik. Er war Vorsitzender der CSU-Filmkommission, Mitglied im Rundfunkrat und Präsident des Film-Fernseh-Fonds Bayern.

Mit Dr. Herbert Huber verliert unser Land einen allseits geachteten Politiker, der seine Überzeugungen lebte, der nah am Menschen war, viel für unser Land bewegt hat und stets fair geblieben ist. Seine Leistungen wurden mit hohen Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz und dem Bayerischen Verdienstorden.

Am 16. Januar verstarb im Alter von 94 Jahren Herr Josef Gradl. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1962 bis 1970 und von 1973 bis 1974 an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Oberpfalz.

Während seiner Zugehörigkeit zum Landesparlament engagierte er sich im Ausschuss für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung, dem Vorläufer des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, dem er ebenfalls angehörte.

Sein politisches Wirken sah er als Dienst an den Menschen in seiner oberpfälzischen Heimat. Von 1966 bis 1971 war er ehrenamtlicher Erster Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Wenzelbach, deren Erscheinungsbild er nachhaltig prägte, sowie Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Regensburg.

Seine Leistungen für unser Land und für die Allgemeinheit wurden mit hohen Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit dem Bayerischen Verdienstorden und der Ehrenbürgerwürde der Gemeinde Wenzelbach.

Am 7. Januar verstarb im Alter von 68 Jahren Herr Dieter Appelt. Er gehörte dem Bayerischen Landtag vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2003 an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Oberpfalz. Seit den Sechzigerjahren war er gewerkschaftlich aktiv und von 1996 bis 2002 darüber hinaus Gemeinderat in Postbauer-Heng. Während seiner Zeit im Landesparlament konnten die Ausschüsse für Eingaben und Beschwerden, Wirtschaft und Verkehr sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen immer auf seine kompetente Mitarbeit zählen. Er war Träger des Bayerischen Umweltordens. Sein politisches Engagement wurde über die Parteigrenzen hinweg geschätzt und geachtet.

Der Bayerische Landtag wird den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren und trauert mit ihren Familien und Angehörigen. - Ich danke Ihnen.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt noch einige Glückwünsche aussprechen. Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 12. Dezember Herr Kollege Thorsten Schwab, am 13. Januar Herr Kollege Franz Schindler und am 18. Januar Herr Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann. Am 26. Januar feierte der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Hubert Aiwanger, einen halbrunden Geburtstag.

Im Namen des Hohen Hauses darf ich den Kollegen alles Gute, viel Erfolg bei den parlamentarischen Aufgaben und vor allem auch viel Gesundheit wünschen. Herzlichen Glückwunsch an unsere Geburtstagskinder!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir beginnen, darf ich noch einen technischen Hinweis geben: Wie bereits im vergangenen Jahr findet heute ein weiterer Lautsprechertest während des Plenums statt. Lassen Sie sich davon bitte nicht irritieren. Sie wissen jetzt Bescheid.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Gegen rechte Gewalt: handeln statt zündeln! Demokratie stärken - Sicherheit schaffen - Prävention ausbauen"

Als Erster darf ich für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Schulze das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein Sicherheitsproblem, ein massives sogar. Die rechte Gewalt steigt und steigt: Aufmärsche, brennende Unterkünfte, verletzte Personen, rassistische Hetze online und offline. Das Bundeskriminalamt warnt in seinem Lagebild vor rechtsterroristischen Kleingruppen und davor, dass mit Tötungsdelikten zu rechnen sei. Einen zweiten NSU, der mordend durchs Land zieht, darf es in Bayern nicht geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da sind wir uns doch einig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahlen aus dem bayerischen Innenministerium belegen deutlich, dass die rechte Szene in Bayern immer gewalttätiger wird. Zwischen 2013 und 2015 haben sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verfünffacht. Die Aufklärungsquote ist dabei miserabel. Außerdem steigt die Zahl der rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge ebenso wie die Zahl der verletzten Personen durch rechte Gewalt. Völkisch-ras-

sistische Aufmärsche gibt es mittlerweile jeden Montag in Form der Pegida-Demonstrationen. Auch bei den Pegida-Demonstrationen kann man deutlich eine Radikalisierung erkennen. Pegida bringt nicht nur Hassbotschaften und Hasstransparente auf die Straße. In der Antwort auf meine Anfrage an das bayerische Innenministerium hat Herr Herrmann eine Vielzahl rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten aufgelistet, die aus den Bagida- bzw. Pegida-Demonstrationen heraus begangen worden sind. Dazu zählen neben diversen Propaganda- und Volksverhetzungsdelikten auch gefährliche Körperverletzungen.

Neben vielen altbekannten Neonazis, die sich jede Woche bei Pegida tummeln, wie beispielsweise der vorbestrafte Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger, sticht zudem das Vorstandsmitglied von Pegida München, Heinz Meyer, hervor, gegen den der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Im Herbst 2015 gab es eine erfolgreiche Razzia gegen rechtsextremistische Gruppen in Ober- und Mittelfranken. Hier haben die Sicherheitsbehörden sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was dabei ans Tageslicht kam, ist erschreckend. Konkrete Anschlagpläne wurden aufgedeckt. Die Beschuldigten unterhalten zahlreiche Kontakte in die organisierte rechtsextreme Szene und sind dort zum Teil organisatorisch in maßgeblichen Positionen tätig, vor allem in den Gruppierungen DER III. WEG und DIE RECHTE. Außerdem gibt es auch dort enge Verbindungen zu der Pegida-Bewegung. Das alles ist ein Sicherheitsproblem, und zwar für alle Menschen in Bayern, nicht nur für die Geflüchteten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Außerdem rücken dadurch die gesellschaftliche Stimmung und der gesellschaftliche Diskurs immer mehr nach rechts. Ich denke, man kann das gut zusammenfassen: Online wird gehetzt, und offline brennen Unterkünfte. Durch die Pegida-Protteste fühlen sich die Rechtsextremen bestärkt. Die steigende Anzahl von Anschlägen empfinden sie als gerechtfertigt. Bestärkt fühlen sich die Rechtsextremen auch durch die verschärfte politische Debatte. Mit an der Spitze dieser Bewegung steht die CSU-Regierung. Sie krakeelt landab, landauf in jedes Mikrofon unsinnige Forderungen hinein. Der Ton wird von Tag zu Tag schriller. Anstatt die Herausforderungen beim Thema "Flüchtlinge und Integration" anzupacken, wird die Methode der Populisten ausgepackt: Panik verbreiten und Ressentiments schüren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Die Panikmache der CSU schafft ein anderes Klima im Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Ich wiederhole meinen Satz: Die Panikmache der CSU schafft ein anderes Klima im Land.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Er wird durch die Wiederholung nicht besser!)

Diese Aussage stammt nicht von einer GRÜNEN, sondern von CDU-Politiker Heiner Geißler.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Früher war es parteiübergreifender Konsens, dass eine Brandmauer gegen Rechts errichtet werden muss. Diese Mauer hat zu bröckeln begonnen. Was tut die CSU-Führung? – Sie rückt mit der Abrissbirne an, statt einen Stützpfeiler zu errichten. Das hat mit souveräner Führung und vorausschauender Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Und Ihre Rede nichts mit der Wahrheit!)

Die Aussagen, zum Beispiel von Ministerpräsident Horst Seehofer, der im Herbst 2015 von "Notwehr" fabulierte, ermutigen Menschen, Dinge zu sagen und zu tun, die mit unserem Grundgesetz und der demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Den Ministerpräsidenten in die Nähe von Rechts zu rücken, ist das Allerletzte! Es reicht wirklich!)

Fremdenfeindliche Parolen sind salonfähig geworden. Als deren Vollstrecker fühlen sich dann die Rechtsextremen. Auf einmal sprießen beispielsweise Bürgerwehren wie Pilze aus dem Boden. Diese gewaltbereiten Gruppen, die sich im Pegida-Wahn im Widerstandsrecht gegen unsere Verfassung sehen, freuen die rechte Szene. Sie mischt dort eifrig mit. Unser Rechtsstaat braucht aber keine selbsternannten Bürgerwehren, die im öffentlichen Raum Streife laufen. Dafür haben wir die Polizei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Söder hat gestern davon gesprochen, dass Merkels Flüchtlingspolitik eine massive Verringerung von Volksvermögen sei. Da fragt man sich langsam, ob Söder von Pegida abschreibt oder Pegida von Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben dem Selbstzündeln greift die CSU nicht einmal ein, wenn gezündelt wird. Ein gutes Beispiel ist die rechte Hetze auf der CSU-Facebookseite gegen Claudia Roth. Ich lese einmal ein Zitat vor. Ein Michael Schatzschneider schreibt dort: Hoffentlich werden bald die ersten Politiker hingerichtet von Attentätern.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ist der auch Mitglied des Landtags?)

Erst unsere Strafanzeige hat die CSU zum Handeln gebracht. Das muss man sich einmal vorstellen. Da wird tagelang auf Ihrer Facebook-Seite gehetzt, und Sie schauen einfach zu.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist einfach nicht wahr!)

Ein kleiner Tipp von uns an Sie: Feuer löschen, statt immer nur Däumchen drehen!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich prophezeie der CSU, dass das Aufgreifen rechts-populistischer Parolen am Ende nichts auf ihrem Konto einbringen wird. Sie stärken damit die rassistischen Parteien wie die AfD und geben den Rechtspopulisten den Weg vor; denn im Zweifel wählt man immer das Original.

Besonders absurd finde ich an der ganzen Geschichte, dass die CSU zwar in Berlin mit in der Regierung sitzt, sich aber gleichzeitig seit Monaten als Kritikerin einer Politik inszeniert, die sie auf allen politischen Ebenen mitverantwortet. Jeder und jede, der oder die noch glaubt, Populismus ließe sich durch Populismus vertreiben, hat das nicht begriffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Ende verstärkt man nur, was man zu bekämpfen vorgibt.

Sie zeigen nicht nur einen Mangel an demokratischer Haltung, Sie versagen auch an anderer Stelle. Sie schaffen es nicht, die Sicherheit für Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, umfassend zu gewährleisten.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist hanebüchener Unsinn!)

Sie schaffen es nicht, dass diese Menschen sicher sind. Sie verhindern nicht, dass fast jede Woche Häuser brennen. Die CSU hat sich zwar das Thema inne-

re Sicherheit auf die Fahne geschrieben, aber bei diesem Thema wirkt sie sehr, sehr schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich einen klaren Fokus der Sicherheitsbehörden auf die rechte Szene und auf das Übergangsfeld, online wie offline.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Wir brauchen eine gut ausgestattete Polizei, die den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene massiv erhöht.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Dafür muss die Polizei von weniger dringlichen Aufgaben entlastet werden. Die Ressourcen müssen umgeschichtet werden.

(Zurufe von der CSU: Welche meinen Sie?)

Das ist eine Forderung, die wir schon lange im Bayerischen Landtag stellen. Außerdem müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen werden, um die neonazistischen Gruppierungen DIE RECHTE und DER III. WEG zu verbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben den sicherheitspolitischen Forderungen gehört natürlich auch endlich das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus überarbeitet und bewertet. Wir brauchen mehr Geld für Präventionsprogramme, für Demokratiebildung und für die Unterstützung der Zivilgesellschaft; denn ohne die Zivilgesellschaft sähe es in Bayern noch viel düsterer aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie ist gerade in diesen Tagen wichtiger denn je. Wir werden den Rassisten und Neonazis nicht die Straße überlassen. Stattdessen zeigen wir auch weiterhin Präsenz gegen rechte Parolen und für eine gelebte Willkommenskultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich einen Ruck! Wollen Sie in einem Bayern leben, in dem Bürgerwehren durch die Straßen ziehen und Häuser brennen?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Oh mein Gott!)

Wir haben eine andere Vorstellung davon, wie wir die Flüchtlinge hier in Deutschland aufnehmen. Das unterscheidet unsere Partei fundamental von anderen. Aber im Grunde sind wir uns doch eigentlich einig, dass unsere Gesellschaft auf einem gefährlichen Weg ist.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das sollten Sie alles einmal in Nordrhein-Westfalen sagen!)

Um den Kurs zu ändern, kann man nicht sagen, weiter so!

(Zuruf von der CSU: Was soll der Blödsinn? – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich wiederhole gerne:

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ist nicht nötig!)

Wir sind uns doch sicherlich im Grunde einig, dass unsere Gesellschaft auf einem gefährlichen Weg ist. Sie müssen den Kurs ändern und können nicht einfach sagen, weiter so!

Sie wissen es doch selbst. Es ist verboten, das Streichholz anzuzünden. Auch wenn Sie weiterhin das Benzin liefern, tragen Sie dadurch eine Mitschuld.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Unverschämtheit! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist wirklich das Allerletzte!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Reichhart das Wort erteilen.

Dr. Hans Reichhart (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern war der Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus. Angesichts dieses Gedenktages hätte ich mir gewünscht, Frau Kollegin Schulze, dass darüber heute eine Debatte geführt wird und nicht populistische Parolen herausgehauen und Behauptungen in den Raum gestellt werden, die sich nicht bewahrheiten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir sollten eine ernsthafte Debatte darüber führen, was wirklich Sache ist und wie wir den zunehmenden Tendenzen, die in unserer Gesellschaft durchaus vorhanden sind, effektiv begegnen können. Wir sollten viel stärker das herausstellen, was wir in Bayern Gutes tun.

Am Tag des Gedenkens erinnern wir uns an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Seit 1996 ist das ein offizieller bundeseinheitlicher Ge-

denktag. Seit 2005 ist der 27. Januar auch von den Vereinten Nationen als Internationaler Tag des Gedenkens festgeschrieben. Seitens des Landtages und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten beteiligen wir uns Jahr für Jahr an dieser wichtigen Form der Erinnerungskultur. Wir dürfen stolz sein, dass uns unser Kollege Karl Freller gestern in New York bei den Vereinten Nationen vertreten hat. Auch das zeigt, dass wir dieses Gedenken ernst nehmen, dass wir etwas tun und nicht nur leere Parolen von uns geben.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist wichtig, uns immer wieder vor Augen zu führen, welche Verbrechen an den Opfern von einst verübt wurden, egal, ob es Juden oder Christen waren, ob Sinti, Roma oder Homosexuelle, Behinderte, Kriegsgefangene, ob Alte oder Junge, ob Männer oder Frauen. Wir erinnern uns! Egal, ob es die Opfer des Widerstands waren aus den Kirchen, aus den Gewerkschaften: Wir in Bayern erinnern uns. Und egal, ob sie aus der freien Presse kamen, aus der politischen Opposition, aus Kunst, Kultur oder Wissenschaft: Wir erinnern uns.

In seiner Proklamation zum 27. Januar hat der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog folgende Formulierung des Gedenkens gefunden:

Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wichtig ein Erinnern ist, das nicht nur in die Gegenwart, sondern auch in die Zukunft weist, zeigen die Schlagzeilen der Presse in den vergangenen Wochen. Wir sahen am Anfang des Jahres 250 Rechtsextremisten Straßenterror und Verwüstungen in Leipzig ausüben. Im Zuge der Flüchtlingskrise kommt es zu menschenverachtenden Aufläufen, bei denen gerade Pegida sehr, sehr aktiv ist. Wir sehen bei manchen Vertretern der AfD ganz offen ein völkisch-rassistisches Gedankengut. Und nach den furchtbaren, schrecklichen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln waren die sozialen Netzwerke teilweise eine offene Plattform für Hass und braunes Gedankengut.

Solche und ähnliche Ereignisse lassen einen angst und bange werden; denn Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Verschwörungsglaube und blinde Hetze sind typische Merkmale rechtsextremistischer Ideologien und Verhaltensweisen. Als Demokraten stehen wir alle dem entgegen.

Wir sehen darin Gefahren für die Freiheit, für die Menschlichkeit, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den öffentlichen Frieden in unserem Lande. Es ist deshalb unsere Aufgabe, einheitlich und zusammen dem entgegenzutreten. Der Freistaat Bayern übernimmt diese Aufgabe wie kaum ein anderes Bundesland.

Wir gehen dabei von einem Dreiklang aus. Erstens, Sicherheit schaffen. Zweitens, Prävention stärken. Drittens, Ängste nehmen.

Zu erstens, Sicherheit schaffen. Für uns in Bayern hat die Sicherheit aller Menschen, die bei uns leben, oberste Priorität. Ich habe an dieser Stelle schon mindestens zweimal erläutert, welches Handlungskonzept für uns dahintersteckt. Ich tue das aber gerne ein drittes Mal für diejenigen, die das nicht verstanden haben. Wir beobachten in Bayern permanent die Entwicklung rechtsextremer Kreise. Wir haben spezielle Kommissariate für operativen Staatsschutz eingerichtet. Nach der NSU-Mordserie haben wir den personellen und strukturellen Einsatz bei der Polizei intensiviert. Wir haben den Datenaustausch und die Datenerhebung beim Verfassungsschutz verbessert. Wir arbeiten intensiv an der Gewinnung von Informationen in den JVA's. Beim Landesamt für Verfassungsschutz wurde eigens eine Abteilung "Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus" gegründet. Das Freie Netz Süd wurde verboten.

Wir in Bayern treten jedem Rechten, der auch nur den Kopf herausstreckt, offensiv auf die Füße und schnappen ihn uns. Wir gehen konsequent gegen rechte Zellen in Bamberg vor und schützen die Flüchtlingsunterkünfte. Schauen Sie sich die Zahlen an, Frau Kollegin Schulze. Auch in Bayern gibt es zweifellos noch Übergriffe. Aber betrachten Sie daneben doch einmal die Übergriffe in den anderen Bundesländern. Wir können sagen: Es ist nicht gut, was in Bayern läuft, aber wir müssen uns auch nicht verstecken.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir feststellen: Die Sicherheit ist bei uns in Bayern auf gutem Weg. Es muss zwar noch etwas getan werden, aber wir sind da schon auf dem Weg. Unser Verfassungsschutz und unsere Polizei machen in diese Richtung eine hervorragende Arbeit. Wir sind, wie gesagt, hier auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Und nun zu zweitens, Prävention stärken. Für uns haben die Präventionsarbeit und der offene Umgang mit den Gefahren des Rechtsextremismus auf allen Ebenen oberste Priorität. Wir haben uns aus diesem

Grund an die Spitze des NPD-Verbotsverfahrens gestellt. Der Deutsche Bundestag konnte sich bis heute noch nicht dazu durchringen.

Wir haben in zahlreichen Präventions- und Bildungsmaßnahmen vor Ort viel erreicht. Wir haben die Stellenzahl bei der BIGE fast verdoppelt. Wir fördern zahlreiche gesellschaftliche Initiativen. Wir sind im Schulbereich sehr, sehr aktiv und kommen dem Verfassungsauftrag der Erziehung zur Demokratie nach Artikel 131 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung voll nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen Anstrengungen für Sicherheit und für Prävention ist aber noch eines wichtig: Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen. Man muss das an- und aussprechen dürfen, was die Menschen beschäftigt. Das alles ist dann nicht immer gleich Hetze, sondern oft ist es einfach ein ehrlicher Umgang mit einer riesengroßen gesellschaftlichen Herausforderung. Es ist auch unsere Pflicht, auf die Überforderung der Kommunen in der aktuellen Situation hinzuweisen; denn wenn wir das nicht tun, dann öffnen wir den Extremisten Tür und Tor. Wir sind es allen Menschen in Bayern schuldig, dass wir die Grenzen unserer Integrationsfähigkeit ehrlich benennen; denn wenn wir das nicht tun, dann wenden sich die Menschen von der Politik insgesamt ab. Es gehört zur Ehrlichkeit, klar zu sagen – ich bin dem Bundespräsidenten sehr dankbar für seine offenen und ehrlichen Worte -, dass unsere Herzen weit, aber unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Wenn wir das nicht tun, dann spielen wir den Feinden der Demokratie in die Hände.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen niemals zulassen, dass die Radikalen sich die Ängste der Menschen zunutze machen, dass sie mit ihnen spielen und suggerieren, dass die Politik nicht aktiv wird. Es ist unsere Aufgabe, die Radikalen zu stellen, sie in der Öffentlichkeit zu entlarven, sie zu enttarnen, wo immer es geht.

Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich es für einen großen Fehler, die Debatte mit der AfD nicht zu führen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, treten Sie doch der AfD entgegen. Sagen Sie ihnen: Ihr steht in der Ecke. - Stellen Sie sie in diese Ecke, in der sie auch wirklich sind. Das Rumgeeiere in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in den letzten Wochen war doch erbärmlich, was Sie dort abgeliefert haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Als Demokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir die Diskussion nicht zu scheuen. Wir

müssen doch immer und überall offen zeigen: Diese "Alternative" ist keine Alternative. Das sind blinde Hetzer, das sind Verführer, das sind Personen, die den Menschen Sand in die Augen streuen, die unsere Freiheit, unsere Werte mit Füßen treten. Denen geht es nur um die Macht, denen geht es nicht um die Menschen. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam diesen Personen entgegentreten, lassen Sie uns gemeinsam sie in eine Ecke stellen, wo sie hingehören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern macht viel im Bereich Sicherheit und Prävention. Aber wir zusammen, wir als Einheit dieses Hohen Hauses, wir als Einheit der Parteien, sind gefordert, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen und die Radikalen und Extremisten wirklich als das zu entlarven, was sie sind: als Extremisten, mit denen wir hier nichts zu tun haben wollen. Wir als CSU stehen zu dieser Verantwortung. Wir werden dies tun. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion der Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechte sind demokratiefeindlich, staatsfeindlich, bedienen sich rassistischer Methoden und legitimieren sich pseudohaft daraus, dass angeblich unsere Demokratie nicht funktioniert, der Sozial- und Rechtsstaat seine Funktionen nicht mehr erfüllt.

Diese paar wird es immer geben, aber leider Gottes werden sie zunehmend mehr, auch auf der Straße. Es werden Minderheiten insoweit definiert, ausgegrenzt. Not wird bagatellisiert, ja Not wird sogar kriminalisiert. Es wird davon gesprochen, dass diejenigen, die kommen, in Wirklichkeit keine Not haben, sondern nur aus wirtschaftlichen Gründen da sind oder, wenn sie denn da sind, möglicherweise nur zur Begehung von Straftaten. Schleusertum wird hauptsächlich thematisiert als Kriminalität im Verhältnis zur Not und zur Linderung derselben. Auf Demonstrationen in Dresden ist es mittlerweile salonfähig geworden, vor 12.000 Leuten zu sagen wie der niederländische Rechtsradikale Geert Wilders: Es müssen wieder Züge fahren angesichts dieser Flüchtlingsmenge.

Das sind Befunde, die erschüttern. Wenn muslimische Personen in unserem Land ausgegrenzt werden, wenn Farbige nach ihrem Vermehrungsverhalten letztendlich auch thematisiert werden und Sie, Herr Reichhart, fordern, wir sollen uns dem entgegenstel-

len, dann ist das in diesem Zusammenhang unter jedem Niveau.

Gleichwohl ist es doch so, dass der Staat, dass wir als Gesetzgeber die Möglichkeit haben, diese Dinge zu regeln. Natürlich sind die Grenzen in diesem Zusammenhang gesetzt, aber die Grenzen sind doch nicht dafür da, abgeschlossen zu werden, sondern wir sind selber als Rechtsstaat gebunden an unsere eigenen Normen. Wer da herumzündelt und sagt: "Wir müssen über das Recht auf Asyl diskutieren", der zündelt nicht einfach herum, sondern der legt Hand an die grundlegende Verfassung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der suggeriert, dass eine einfache Änderung des Grundrechts auf Asyl eine Linderung bringen würde, und geht fehl.

Herr Reichhart, Sie haben gesagt, populistische Parolen sollen nicht ausgesprochen werden. Ich will Ihnen einmal eines sagen: Ich habe jetzt zusammengefasst, was da an Äußerungen von Regierungsseite hier in Bayern gekommen ist. Herr Söder fordert, Deutschland müsse wieder national werden, klare Signale senden wie Schweden oder Dänemark; dann werde sich die Lage auch in Deutschland stabilisieren.

(Jürgen W. Heike (CSU): Recht hat er!)

- Recht hat er. - Was sind das für Auswirkungen? - Sie wissen doch ganz genau, dass der Empfängerhorizont diese Aussagen ganz anders auffasst, nämlich als Freibrief dafür, auch national zu handeln und national zu denken in der Zeit, in der die Probleme international und europäisch gelöst werden können. Nur so geht es.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn in diesem Zusammenhang dann Ihr Parteifreund und ehemaliger Vorsitzender, Herr Gauweiler, davon spricht, dass ein rechtsfreier Zustand in diesem Land herrscht, nicht einmal das Parlament sich an die Regeln hält, dann tut er sein Übliches. Ich kann hier nicht feststellen, dass im Bundestag oder in den Landesparlamenten Recht verletzt wird und ein rechtsfreier Zustand da ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Situation, dass entsprechende Aufnahmestellen geschaffen worden sind. Wir haben die Situation, dass ein konkretes Vollzugsdefizit in diesem Land herrscht und dass in diesem Bereich nicht nur der Bund versagt hat, sondern auch das Land. In Zirn-

dorf, wo ich herkomme, war bereits 2014 das Aufnahmelager restlos überfüllt. Dreimal so viele Personen als vorgesehen waren dort untergebracht. Nichts war da von Ihnen als Notstandsmaßnahme zu hören. Im Gegenteil, die damalige Sozialministerin Haderthauer hat sich nicht einmal getraut, mit den Leuten dort zu sprechen. So geht man nicht mit Not um.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen ist es richtig, dass wir keine Forderungen als Lösungen anbieten, die nicht haltbar sind, sondern dass wir uns konkret mit den Tatsachen auseinandersetzen. Das erfordert Mut, Zusammenstehen, aber auch ein Bekenntnis zu unserer internationalen Verpflichtung, zu den Menschenrechten, aber auch zu den Europarechten. Wer da von Obergrenzen spricht, die möglicherweise durchsetzbar sind, hat von der internationalen und von der nationalen Gesetzgebung nichts verstanden. Da muss ich sagen: Sie tragen mit Ihrer Rhetorik teilweise zu dieser Verunsicherung bei und treiben die Verunsicherten dorthin, wo wir sie nicht haben wollen: in die rechte Ecke, und dann kommt vielleicht auch Gewalt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren zunächst etwas erstaunt, als wir das Thema der Aktuellen Stunde gelesen haben. Das gleiche Thema hatten wir vor acht Wochen, am 24.11., auf Anregung der SPD. Natürlich: Repetitio est mater studiorum. Natürlich ist das Thema wichtig genug, immer wieder behandelt zu werden. Wenn es aber – wie es bisher in der Debatte zu verfolgen ist – dazu dient, sich gegenseitig äußerst populistische Vorwürfe an den Kopf zu werfen, ist es für die Aktuelle Stunde eigentlich zu schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Natürlich sind wir alle – ich denke, hier muss man sehr stark aufpassen, dass wir nicht den Konsens verlieren – erschüttert über die Zunahme rechtsextremer Gewalt auch in Bayern. Die Zahlen der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten sind in beängstigender Weise gestiegen. Das ist uns allen bewusst, und das wurde von der Rednerin des Antragstellers der Aktuellen Stunde ausführlich und auch korrekt dargestellt. Natürlich verurteilen auch die FREIEN WÄHLER aufs Schärfste solche Taten, und diese dürfen nicht bagatellisiert werden.

Alle Menschen haben Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz ihrer Menschenwürde. Wer Gewalttaten verübt und sogar seiner Meinung nach gerechtfertigte Selbstjustiz verübt, der stellt sich gegen unsere Rechtsordnung und gegen unsere Wertordnung. Aber – die Debatte ist ja noch nicht zu Ende – bisher habe ich schon den Eindruck: Auch dieses Thema wird inzwischen in der politischen Debatte instrumentalisiert. Das finde ich beängstigend.

Liebe Katharina Schulze, ich schätze dich sehr, das weißt du. Aber bei dem Lächeln, mit dem hier die Argumente vorgebracht werden, habe ich schon das Gefühl, es dient eher der eigenen Profilierung oder der Profilierung einer Partei als der Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU
– Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

- Doch, zu dieser Aussage stehe ich. - Das ist eigentlich schade

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

- nein, das ist schade -, weil wir dadurch das Thema hier zerreden und uns selbst ins Abseits stellen.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte Sie, sich mit den Zwischenrufen etwas zurückzuhalten, vor allen Dingen, was die Lautstärke angeht. - Herr Kollege Dürr, ich bitte auch Sie.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Eigentlich hatte die Aktuelle Stunde einen guten Untertitel: "Demokratie stärken – Sicherheit schaffen – Prävention ausbauen". Davon habe ich bisher wenig gehört.

Präventionsarbeit ausbauen: Ich verweise auf meinen Redebeitrag vom 24.11. Darin ist genügend dazu gesagt worden: Jugendliche sensibilisieren, Eltern helfen, individuelle Ängste der Menschen ernst nehmen, Perspektiven schaffen, Lehrpersonal muss ausgebildet sein. Der ganze Kanon ist bekannt; ich wiederhole mich hier nicht.

Sicherheit schaffen: Die Polizei – das ist korrekt gesagt und bis jetzt von allen betont worden – muss personell und finanziell weiter gestärkt werden. Die Justiz und die zuständigen Behörden müssen personell und finanziell weiter gestärkt werden. Aber – wieder an den Antragsteller gewandt -: Unverständlich ist uns dann in diesem Zusammenhang Ihre Haltung zur Videoüberwachung und zur Vorratsdatenspeicherung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben als weiteren Punkt angegeben: Demokratie stärken. Das ist eigentlich der einzige neue Gedanke in dieser Debatte. Dazu haben Sie nichts gesagt. Demokratie lebt von der Gleichbehandlung, von der Mitsprachemöglichkeit, von der Beachtung der Sorgen der Bevölkerung und von der Transparenz. Da haben wir wieder die üblichen Verdächtigen: Familie, Schule, Gesellschaft. Daran muss gearbeitet werden; das sollten wir betonen.

Jetzt wende ich mich an uns selber, an uns Politiker, zunächst auch wieder an den Antragsteller: Auch Vertrauen in den Rechtsstaat führt zu einer Stärkung der Demokratie. Bei manchen Anfragen und bei manchen Diskussionen hat man schon das Gefühl, dass zunächst einmal das Misstrauen in den Rechtsstaat im Vordergrund steht. Das bedauern wir sehr.

In anderer Hinsicht richte ich mich auch an uns alle. Ich denke, das ist der Sinn dieses ernstesten Themas: Wir müssen zusammenhalten. Wir müssen Vorbild sein. Die demokratischen Kräfte müssen zusammenhalten. Hier habe ich heute das Gefühl, man dividiert sich auseinander. Man hat bisher jedenfalls von diesem demokratischen, gemeinsamen Kampf gegen diese unseligen Kräfte wenig gemerkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Schulze, Sie haben am Anfang zu Recht gesagt: Populismus bekämpft man nicht mit Populismus. – Aber was bis heute zumindest von Ihnen geboten worden ist, war auch Populismus. Ängste werden auch geschürt, wenn man sagt, die Sicherheit des Landes sei gefährdet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Es war aus unserer Sicht bis jetzt leider keine sachliche Debatte, sondern das Thema wurde verfehlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen – Herr Reichhart hat es schon angeführt -, hat der Bayerische Landtag gestern Abend am Internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus mit einem Festakt die Wanderausstellung "Die Weiße Rose" eröffnet. Mit ihrem Eintreten gegen das verbrecherische NS-Regime und dessen grausame Intole-

ranz haben die Mitglieder der Weißen Rose ein zeitloses Vermächtnis hinterlassen. Auch heute noch ist der mutige Widerstand ihrer Mitglieder, die meisten davon Studenten wie Hans und Sophie Scholl, eine Aufforderung an uns alle, sich einzumischen und einzuschreiten, wenn der freiheitlich-demokratische Staat und die Rechte der Menschen angegriffen werden. Ich weiß, dass sich Generationen von bayerischen Schülerinnen und Schülern im Unterricht mit der Geschichte der Weißen Rose beschäftigt haben und das noch immer tun; denn ihr Leben und ihr Tod berühren viele Schülerinnen und Schüler ganz besonders, da sie auch junge Menschen waren, die sich gegen die Diktatur aufgelehnt haben und dafür mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Aber auch über die Geschichte der Weißen Rose hinaus ist das Thema Rechtsextremismus seit Langem an unseren bayerischen Schulen sehr präsent. Es ist nicht nur Bestandteil des Lehrplans in Geschichte und Sozialkunde, sondern wird auch in vielen anderen Lehrplänen intensiv behandelt. Darüber hinaus finden dazu an den Schulen viele nachhaltige Projekte statt, wie etwa "Werte machen stark", "Prävention im Team" und "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Mittlerweile wurde rund 400 bayerischen Schulen der Titel "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" verliehen. Das zeigt, wie erfolgreich allein dieses Projekt ist.

Auch die Jugendsozialarbeit an den Schulen leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Ich freue mich besonders, dass ich zum Thema der heutigen Aktuellen Stunde sprechen darf, weil mir persönlich der Kampf gegen Rassismus und gegen jede Form des Extremismus sehr am Herzen liegt. Nach meiner festen Überzeugung muss in unseren Schulen nicht nur über den Extremismus von rechts, sondern auch über den Extremismus gesprochen werden, der von den Islamisten ausgeht. Dieser ist nicht nur eine der Hauptursachen für die Flucht vieler Menschen aus Syrien und dem Irak, sondern bedroht uns alle im Westen auch ganz persönlich und fast überall, wo wir uns aufhalten. Das hat vor Kurzem erst wieder der schreckliche Terroranschlag auf eine deutsche Reisegruppe in Istanbul gezeigt. Nach dem Todesfall einer weiteren Frau vor zwei Tagen ist die Zahl der Todesopfer dieses Anschlags mittlerweile auf elf gestiegen. Ebenso wie der Rechtsextremismus will auch der islamistische Extremismus unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zerstören und schreckt zur Erlangung dieses Ziels vor keiner noch so großen Grausamkeit zurück.

Das von den GRÜNEN für diese Aktuelle Stunde gewählte Thema "Gegen rechte Gewalt ..." greift deshalb leider viel zu kurz.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ob bewusst oder unbewusst, das lasse ich einmal dahingestellt. – Herr Dürr, wenn Sie nichts Richtiges zu sagen haben, halten Sie doch einfach mal den Mund.

(Beifall bei der CSU – Eric Beißwenger (CSU): Bravo!)

Sie haben überhaupt nicht begriffen, dass es nicht nur um den Kampf gegen rechte Gewalt geht; denn korrekterweise müsste man sagen – das sollte Ihnen auch bewusst sein, und Sie alle sollten dahinterstehen -: Es geht um den Kampf gegen jede Art von Gewalt.

(Beifall bei der CSU)

Von meiner schulpflichtigen Tochter und ihren Kameraden weiß ich, dass die Schülerinnen und Schüler diesen Terror im Fernsehen und im Internet sehen und dafür nach Erklärungen und Antworten suchen. Wer von uns hätte das in dem Alter nicht getan? – Auch bei diesen leider im wahrsten Sinne des Wortes "brennenden" Fragen muss die Schule ihrem Bildungsauftrag nachkommen.

Hier spricht die Historikerin aus mir. Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt: In allen Diktaturen und diktatorischen Regimen sind vor allem die Jugendlichen immer mit großen Versprechungen einer tollen Zukunft geködert worden. Da müssen wir ansetzen. Das gilt auch für die Terroristen, die sich selbst Islamischer Staat nennen und vor allem junge Menschen via Internet dafür gewinnen wollen, im Dienst eines Gottesstaates andere Menschen zu unterdrücken, zu vertreiben und zu ermorden.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass auch in Bayern junge Menschen rekrutiert werden. Deshalb kann in unserer aktuellen Situation "Demokratie stärken – Sicherheit schaffen – Prävention ausbauen" nur bedeuten, dass wir unsere Kinder in der Schule nicht nur gegen die Gefahren des Rechtsextremismus, sondern auch gegen die Gefahren des islamistischen Extremismus, gegen Gewalt generell wappnen. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Rabenstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auf der

einen Seite sind wir wirklich erschüttert, wenn wir heute wieder die Überschriften in den Zeitungen lesen und brennende Häuser sehen, in die Asylanten aufgenommen werden sollen oder in denen sie wohnen. Wir sind erschüttert, weil wir so etwas schon einmal erlebt haben. Auf der anderen Seite muss ich sagen: Überrascht bin ich nicht. Nach wie vor gibt es einen rechten Bodensatz. Wir wissen, dass die Rechten gerade in Krisensituationen – und eine solche Krisensituation haben wir jetzt – ihre dumpfen Parolen formulieren und vom rechten Bodensatz Beifall bekommen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Deshalb müssen wir uns überlegen, welche die historischen Ursachen sind!)

In der Weimarer Republik haben wir erlebt, dass in Krisensituationen Anfang der Dreißigerjahre die NSDAP stark geworden ist. Heute sehen wir, dass die rechten Rattenfänger aus ihren Löchern kommen, diesmal unter dem Tarnmantel von Pegida und AfD. Dagegen müssen wir gemeinsam vorgehen, dagegen müssen wir gemeinsam etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon gesagt worden: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zündeln; denn der Ton macht die Musik. Wenn Hans-Peter Uhl davon spricht, dass in Deutschland nicht mehr die Sicherheitsbehörden, sondern kriminelle Schlepperbanden bestimmen, wer über die Grenzen kommen dürfe,

(Josef Zellmeier (CSU): Stimmt doch!)

und wenn er dann noch fortfährt, dass der Bund jedem alles geben wolle, statt das Gesundheitssystem zu schützen und zu sanieren, dann klingt das zunächst recht harmlos. Von meinem Kollegen Horst Arnold ist aber schon gesagt worden: Die Rechten sehen das als Aufforderung, gegen unseren Staat vorzugehen. Das ist gefährlich, und deswegen bitte ich Sie, nicht zu zündeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es gehört: In Fernsehdebatten bezeichnet Beatrix von Storch Deutschland als Bananenrepublik und spricht davon, dass Frau Merkel nicht nur abdanken, sondern auch aus Deutschland flüchten und in einem anderen Land ihre Memoiren schreiben solle. Für mich ist es ungeheuerlich, wenn aus dieser rechten Ecke solche Töne kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite: Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken. Ich bin immer froh und stolz, wenn Tausende andere,

linke Kräfte und demokratische Kräfte dagegen demonstrieren, wenn hundert Rechte auf die Straße gehen. Das ist die richtige Antwort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zur Zivilgesellschaft gehören auch die Tausende oder Zehntausende von Helfern, die wir in München, in Bayern und in ganz Deutschland erlebt haben, die den Flüchtenden geholfen haben. Auch das verdient Respekt. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Als Drittes – es ist schon erwähnt worden – möchte ich die Prävention bei Kindern und Jugendlichen ansprechen. Für mich heißt Prävention weniger verordnete, sondern mehr gelebte Demokratie an den Schulen. Darin besteht ein Unterschied. Wir müssen die Debattenkultur an allen Schularten wieder stärken. Erst wenn einer zu diskutieren lernt, erst wenn er nachzudenken lernt, ist er gegen rechte Parolen gefeit.

(Beifall bei der SPD)

Das muss unser Ziel sein. Natürlich müssen wir – das ist von der CSU schon angesprochen worden – auch Lernorte außerhalb der Schulen schaffen. Das, was wir jetzt in Hersbruck gestaltet haben, ist richtig. Eines ist mir auch klar: Wenn sich einer vor Ort in den KZ-Gedenkstätten aktiv mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzt, ist er zwar nicht völlig gegen rechte Parolen gefeit. Die Wahrscheinlichkeit, dass er auf rechte Parolen hereinfällt, ist aber sehr viel geringer. Deswegen sind auch diese Lernorte die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes betonen: Gerade aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik müssen wir in diesem Haus trotz hitziger Debatten als demokratische Parteien zusammenhalten. Im Mittelpunkt muss stehen, dass wir anders als damals in der Weimarer Republik gegen die Rechten zusammenstehen und deutlich zeigen, dass wir keine Schwatzbude sind, wie es damals geheißen hat. Wir müssen darum ringen, dass es den Menschen gut geht, dass es unserem Land gut geht und dass wir gemeinsam gegen die rechten Kräfte vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Schreyer-Stäblein das Wort. Bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Gekreische von Frau Schulze fällt es sehr schwer, diesem Thema gerecht zu werden und ihm in Ruhe zu begegnen. Frau Präsidentin, ich möchte damit anfangen, dass ich Ihnen und der Stiftung Weiße Rose für den gestrigen Abend danke. Ich glaube, das kann ich mit allen Kolleginnen und Kollegen, die hier im Raum sind und gestern Abend anwesend waren, tun. Frau Strohmayr, wir saßen nebeneinander. Wir können miteinander feststellen, dass der gestrige Abend gelungen war und uns dieses Thema etwas nähergebracht hat. Deshalb erst einmal vielen Dank für den gestrigen Abend.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Frau Schulze hatte bei der Abendterminplanung offensichtlich einen anderen Schwerpunkt gesetzt. Deshalb möchte ich sie ein Stück weit gerne daran teilhaben lassen, wie es gestern Abend war. Ich möchte mich bei allen anderen Rednern, bei Herrn Arnold, Herrn Rabenstein und Frau Gottstein und natürlich bei meinen beiden CSU-Kollegen bedanken – Herr Arnold, Sie schauen mich schon so erschreckt an –, weil man gemerkt hat, dass jeder in seinem Beitrag versucht hat, sich mit dem Thema in der Tiefe auseinanderzusetzen. Ich wünsche mir in der heutigen Aktuellen Stunde, dass wir uns überlegen, wie wir es schaffen können, dass Gewalt von rechts und von links, dass jeglicher Extremismus möglichst wenig Platz, am besten gar keinen Platz mehr in diesem Land hat. Deswegen danke ich Ihnen für Ihre Beiträge. Unser aller Auffassung muss es sein, dass wir jede Form von Gewalt, egal woher sie kommt, nicht gutheißen.

Wir alle haben den Faschismus nicht mehr erlebt. Viele von uns kennen aber noch die DDR. Ich möchte beides nicht gleichsetzen. Ich bitte Sie, mich nicht falsch zu verstehen. Als Vierjährige bin ich über die Grenze gefahren, um meine Verwandtschaft in der DDR zu besuchen. Wir wurden an der Grenze festgehalten, weil meine Mutter auf einem Formblatt etwas falsch angekreuzt hat. Mir war es als Vierjähriger völlig egal, aus welchem Grund mich jemand in einem rechtsfreien Raum festhält. Ich hatte einfach nur Angst.

Gerade darum geht es heute. Es ist doch nicht wichtig, ob Extremismus von rechts oder von links ausgeübt wird. Es ist auch nicht wichtig, warum man das Gefühl hat, sich in einem rechtsfreien Raum zu befinden. Wichtig ist, dass ein rechtsfreier Raum von uns

niemals gutgeheißen werden kann, egal auf welcher Seite er ist.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich würde mir wünschen, dass Sie mit der Verve, mit der Sie gegen rechts vorgehen und die ich im Übrigen für richtig halte, auch gegen links und gegen Pädophilie vorgehen. Das bräuchten wir, damit so etwas gar nicht stattfinden kann.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

So, wie es mir als Vierjähriger wurscht war, warum ich in einem rechtsfreien Raum war, dürfte es den Frauen, die missbraucht und vergewaltigt werden, wurscht sein, aus welchem Grund der Täter das tut.

(Zuruf der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

Genauso dürfte es dem Polizisten, auf den Steine fliegen, wurscht sein, ob sie von rechts oder von links kommen. Weh tut es immer gleich.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat Ihnen im November die Hand gereicht. Wir haben Sie gebeten, Ihren Antrag dahingehend zu erweitern, dass wir jede Form von Extremismus im Hohen Hause einstimmig nicht gutheißen, damit wir in diesem Land miteinander ein Zeichen setzen können. Ich kann bis heute nicht verstehen, warum Sie unsere Hand nicht ergriffen haben.

Ich kann im Übrigen auch nicht verstehen, warum wir heute über das gleiche Thema noch einmal diskutieren, ohne einen weiteren Schritt zu gehen. Wir würden gerne jede Form von Extremismus und nicht nur eine verurteilen. Das tun wir auch.

Herr Rabenstein, ich teile Ihre Meinung, dass es nicht sein kann, dass jemand die Bundeskanzlerin ins Ausland schicken will und ihr sagt, schreib doch deine Memoiren dort. Diese Meinung teile ich nicht deswegen, weil ich immer einer Meinung mit Frau Merkel bin. Aber als Politiker sollten wir miteinander so nicht umgehen, und deswegen war Ihre Aussage richtig.

(Beifall bei der CSU)

Frau Schulze, wenn Ihre Rede von heute die Bewerbungsrede für die Nachfolge von Frau Bause war, wünsche ich Ihnen persönlich ganz viel Glück. Wenn alle Reden so sinnentleert sind wie die, die Sie heute gehalten haben, wird es für uns ein Sonntagsspaziergang werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei und Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: So, wenn wir uns jetzt bitte beruhigen! – Ich darf dann Herrn Staatsminister Herrmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen in der Tat feststellen, dass Rechtsextremisten vermehrt versuchen, Sorgen und Ängste in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu missbrauchen und die Situation auszunutzen, um ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Thesen unter Volk zu bringen. Dabei müssen wir leider auch feststellen, dass die Zahlen der Gewaltdelikte gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte ansteigen.

Jede Straftat gegen Asylbewerberunterkünfte, gegen Asylbewerber ist erschreckend, und jede einzelne ist eine zu viel.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser fundamentale Satz unseres Grundgesetzes gilt für jeden Menschen, der sich in unserem Land aufhält. Es ist unser Auftrag, solange die Menschen bei uns sind: Jeder Flüchtling, auch Flüchtlinge, die unser Land nach rechtsstaatlicher Beurteilung wieder verlassen müssen, jeder Mensch in unserem Land muss von diesem Staat geschützt werden. Jeden Flüchtling wollen wir gegen jeglichen Angriff schützen. Das ist die Verantwortung dieses Rechtsstaats, und dazu steht der Freistaat Bayern.

Die bayerischen Sicherheitskräfte nehmen diesen Auftrag sehr ernst. Die bayerische Polizei und der bayerische Verfassungsschutz bekämpfen den Rechtsextremismus gerade auch angesichts der aktuellen Herausforderungen konsequent und mit hoher Intensität. Erst im Oktober 2015 ist den bayerischen Ermittlungsbehörden ein wichtiger Schlag gegen Rechtsextremisten in Ober- und Mittelfranken gelungen. Die Aktion zeigt, dass wir konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Rechtsextremisten und ihr menschenverachtendes Gedankengut vorgehen.

Die Sicherheitsbehörden haben auch andere Gruppierungen fest im Blick. So werden mittlerweile alle vier Pegida-Gruppierungen in Bayern vom Verfassungsschutz beobachtet. In keinem Bundesland steht die Pegida-Bewegung so im Fokus der Sicherheitsbehörden wie in Bayern. Seit Neuestem wird nun auch die sogenannte Identitäre Bewegung Deutschland durch den bayerischen Verfassungsschutz beobachtet. Die

Identitäre Bewegung sieht sich selbst als aktivistischen Arm der neuen Rechten. In der letzten Zeit traten die Identitären zunehmend in der Öffentlichkeit auf, zum Beispiel bei den Demonstrationen "Wir sind die Grenze" in Freilassing. Die Identitäre Bewegung betreibt eine islam- und fremdenfeindliche Agitation und greift rechtsextremistische Themenfelder und Forderungen auf. Auch die rechtsextremistischen Begleitparteien DIE RECHTE und DER III. WEG werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Für das Verbot von Parteien ist allerdings allein das Bundesverfassungsgericht zuständig. Seit dem ersten NPD-Verbotsverfahren dürfte jedem bekannt sein, dass ein solches Verbotsverfahren nicht einfach ist. Schnellschüsse sind hier das falsche Mittel; vielmehr sind Qualität und planmäßiges Vorgehen gefragt. Auch hier arbeiten die bayerischen Sicherheitsbehörden eng mit den Ländern und dem Bund zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Hans Reichhart hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in dieser Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wie in der Auseinandersetzung mit jeder Form des Extremismus die Gemeinsamkeit der Demokraten brauchen. Ich bin dankbar – so habe ich Sie jedenfalls verstanden, Herr Kollege Rabenstein –, dass Sie das in Ihrem Beitrag auch herausgestellt haben.

Die einleitenden Ausführungen vonseiten der GRÜNEN waren demgegenüber unsäglich und haben das Klima, das wir in der gemeinsamen Bekämpfung des Rechtsextremismus brauchen, mehr vergiftet, als dass sie uns in irgendeiner Weise vorangebracht haben.

Frau Kollegin Schulze, ich kann Ihnen nur sagen – ich habe gestern im Innenausschuss schon darauf hingewiesen –, die vorläufigen Zahlen des Bundeskriminalamts für 2015 besagen in der Tat, dass in Bayern, was Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte angeht, ein Anstieg von 24 in 2014 auf schlimme 64 in 2015 zu verzeichnen ist. Wenn ich mir dann aber die Zahlen aus den anderen Bundesländern ansehe, stelle ich fest, dass

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ist der immer noch nicht heiser!)

im gleichen Zeitraum in Niedersachsen die Zahlen von 7 in 2014 auf 81 in 2015 gestiegen sind. In Nordrhein-Westfalen sind die Zahlen von 25 in 2014 auf 213 in 2015 gestiegen. Frau Kollegin Schulze, sind Sie wirklich der Meinung, dass diese schlimmen Entwicklungen die Folge des Klimas sind, das die jeweilige Landesregierung in ihrem Land schafft? Dann

wären für die Asylbewerberunterkünfte rot-grüne Landesregierungen das allergrößte Risiko. Frau Kollegin Schulze, das können Sie wohl nicht ernsthaft behaupten!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen diese Zahlen gestern schon im Innenausschuss vorgetragen. Ich vertrete solche Thesen nicht, und wie man ideologisch so verbohrte sein kann, solche Thesen ernsthaft in den Raum zu stellen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schulze, damit werden Sie auch keinen Erfolg haben.

Ich sage Ihnen noch etwas, damit wir uns,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

liebe Kolleginnen und Kollegen, in aller Sachlichkeit bewusst werden, was in unserem Land zurzeit eigentlich los ist. Ich nenne Ihnen jetzt noch einmal als Beispiel die vorläufigen Zahlen für Körperverletzungsdelikte gegen Asylbewerber vom Dezember 2015 in Bayern. Nach den vorläufigen Zahlen der Kriminalpolizei hat es im Dezember 2015 in Bayern 572 Fälle gegeben, bei denen Asylbewerber Opfer von Körperverletzungsdelikten waren. Nach diesen vorläufigen Erhebungen sind in 505 von 572 Fällen andere Asylbewerber die Täter dieser Körperverletzungsdelikte gewesen. In 67 Fällen waren es andere Täter. Wohl gemerkt: Von 572 Fällen im Dezember 2015 in Bayern, bei denen Asylbewerber Opfer von Körperverletzungsdelikten waren, waren in 505 Fällen andere Asylbewerber die Täter.

Andererseits gab es insgesamt 611 Körperverletzungsdelikte in Bayern, bei denen die Täter Asylbewerber waren, davon, wie gesagt, diese 505 Fälle, bei denen die Tat an anderen Asylbewerbern begangen wurde, und 106 Fälle, bei denen andere Bürger die Opfer waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen nur sagen, dass wir alle diese Dinge sehr, sehr ernst nehmen müssen. Sie eignen sich überhaupt nicht dazu, derartig oberflächliche Propagandareden zu halten, wie Sie es hier getan haben, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU)

Klar ist: All das, was sich an schrecklichem Rechtsextremismus in unserem Land abspielt, was sich an islamistischem Extremismus abspielt, was sich an Kriminalität von Asylbewerbern und gegen Asylbewerber

in unserem Land abspielt, führt zu einer enormen zusätzlichen Einsatzbelastung für unsere Polizei. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen. Sie tut alles dafür, um die Sicherheit in unserem Land aufrechtzuerhalten. Deshalb sage ich an dieser Stelle vor allen Dingen den Kolleginnen und Kollegen von der Polizei und vom Verfassungsschutz heute einmal mehr ein herzliches Dankeschön für den großartigen Einsatz, der mit einer extremen Arbeitsbelastung im Moment geleistet wird.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Die bayerischen Sicherheitsbehörden führen einen engagierten Kampf gegen den Rechtsextremismus wie auch gegen anderen Extremismus. Ich kann Ihnen auch versichern, dass wir diesen Weg unbeirrt weitergehen und uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremisten jeder Ausrichtung zur Wehr setzen werden. Ich bitte in der Tat alle Demokraten in unserem Land auch weiterhin um ihre Unterstützung dabei.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Rundfunkstaatsvertrags, des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags (Drs. 17/9548) - Erste Lesung -

(Unruhe)

- Ich habe nicht das Gefühl, dass ich die Sitzung unterbrochen habe, Kolleginnen und Kollegen. – Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf dazu Frau Staatsministerin Aigner ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

(Anhaltende Unruhe)

- Moment bitte, Frau Staatsministerin. Ich möchte, dass die Gespräche am Rande im Plenarsaal jetzt beendet werden. Wenn Sie weiterreden wollen, gehen Sie bitte nach draußen. Ich bitte, hier jetzt etwas Ruhe

einkehren zu lassen. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Debatte von eben kommt jetzt ein vollkommen anderes Thema. Es geht um den Medienstandort Bayern, einen Spitzenstandort in der Bundesrepublik Deutschland und auch europaweit. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Dazu müssen wir die wirtschaftlichen und die rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich reformieren, auch indem wir die Digitalisierung vorantreiben.

Die Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes und anderer Rechtsvorschriften in den Landtag eingebracht. Damit setzen wir die Ergebnisse des Runden Tisches zur Medienpolitik um, den unser Ministerpräsident Horst Seehofer einberufen hat. Die vorliegende Gesetzesänderung hat drei Schwerpunkte. Erstens, die Liberalisierung der Genehmigungsverfahren für die privaten Rundfunkanbieter; zweitens, die Modernisierung der Medienkonzentrationsregelungen; drittens, die Abschaffung der sogenannten Must-carry-Regelung bei der analogen Kabelverbreitung bis Ende 2018.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu Punkt eins. Mit der Änderung des Bayerischen Mediengesetzes schaffen wir einen modernen Rechtsrahmen und gestalten die Vorschriften zur Organisation von Rundfunkanbietern klarer. Das schafft mehr Freiraum für Kreativität und für Innovationen.

(Beifall bei der CSU)

Im digitalen Zeitalter stehen zahlreiche Verbreitungsmöglichkeiten zur Verfügung. Verschiedene Anbieter mit verschiedenen Programmen auf einer einzigen Sendefrequenz sollten nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme sein; denn das passt einfach nicht mehr. Das gilt nicht nur für die Sender, sondern das passt auch dem Hörer nicht mehr, der dadurch eher verwirrt wird. Künftig können Programme aus einem Guss gemacht werden. Ständige Programmwechsel auf einer Frequenz wird es nicht mehr geben. Die Vorschriften für die Genehmigung von Rundfunk werden deshalb liberalisiert. Insbesondere werden Anbietern unbefristete Zulassungen für digitale Programme erteilt. Das senkt nicht nur den bürokratischen Aufwand, sondern ist zugleich ein Anreiz für die Medienunternehmen zur Nutzung moderner digitaler Verbreitungswege, weil die Unternehmen dann langfristig investieren und planen können. Wir schaffen damit mehr Planungssicherheit.

Zweiter Punkt: Auch die Regelungen zur Verhinderung einer vorherrschenden Meinungsmacht werden

an das moderne Medienumfeld angepasst. Früher gab es in vielen Bereichen oft nur einen einzigen UKW-Sender für Information und Unterhaltung. Heute buhlt hier eine ganze Palette unterschiedlicher Player um die Aufmerksamkeit der Nutzer. Digitale Fernseh- und Radiosender, crossmediale Printangebote sowie lokale und regionale Online-Angebote stehen in ungeahnter Vielfalt zur Verfügung.

Wir wollen letztlich die bayerischen Anbieter in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb stärken. Deshalb vereinfachen wir die Regeln für den Zusammenschluss von Rundfunkanbietern. Wir wissen: Ein hochwertiges lokales oder regionales Programm kann nur von leistungsfähigen Unternehmen angeboten werden. Hierzu werden wir das Unsrige tun. Wir stehen bei der Digitalisierung allen bayerischen Medien zur Seite. Deshalb nutzen wir das Know-How der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – ich begrüße deren Präsidenten Herrn Siegfried Schneider in unseren Reihen – und ergänzen ihren Aufgabenkatalog. So wird die BLM ein Media Lab aufbauen, um neue Wege für lokale elektronische Medien zu ebnet. Die BLM wird in WERK1 kreative Vordenker im Medienbereich einladen und damit Motor für das Vorankommen der digitalen Medien in ganz Bayern sein. Herzlichen Dank dafür!

Damit bin ich bei meinem dritten Schwerpunkt. Mit der Gesetzesänderung leiten wir die Volldigitalisierung der Kabelverbreitung in Bayern ein. Die terrestrische Verbreitung und die Satellitenverbreitung von Rundfunk sind bereits zu 100 % digitalisiert. Im Breitbandkabel sind alle Programme auch digital empfangbar. Mit Verlaub, ich glaube nicht, dass heute noch irgendjemand einen Röhrenfernseher zu Hause hat und damit ausschließlich analog empfangen kann. Damit ist die Verpflichtung der Kabelnetzbetreiber überholt, bestimmte öffentlich-rechtliche und auch private Programme analog einzuspeisen. Diese Zwangsregulierung der Kabelnetze hat übrigens vor dem EU-Recht mittelfristig nach unserer Ansicht keinen Bestand mehr. Wir wollen sie daher Ende 2018, also mit einer Übergangsfrist, ersatzlos streichen. Darüber hinaus haben wir uns das Ziel gesetzt, dass die Analogverbreitung im Kabel vollständig abgeschaltet wird. Damit bekommen wir das modernste Kabelregime Deutschlands.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist Vorreiter im Bereich der Digitalisierung. Daher ist es nur konsequent, dass Bayern mit dem neuen ZDF-Staatsvertrag nun die Möglichkeit hat, die Entsendung in die Gremien für den Bereich Digitales auch landesgesetzlich zu regeln. Bitkom soll diese Position im ZDF-Fernsehrat

für uns besetzen. Wir sind der festen Überzeugung: Dort sitzt Sachverstand, der Stimme im Sinne eines modernen digitalen Fernsehprogramms sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein oberstes Ziel bleibt eine vielfältige bayerische Rundfunklandschaft mit einem hochwertigen Angebot. Deshalb schaffen wir für die Zukunft zur Sicherung der Meinungsvielfalt klare Vorschriften im Mediengesetz und passen den Ordnungsrahmen an das digitale Zeitalter an. Aber ich will gleich noch eines sagen: Die Arbeit ist noch nicht vollständig getan. Deshalb gebe ich einen Ausblick. Wir werden uns der Zukunft des Lokalfernsehens annehmen und gemeinsam im Hohen Haus über die staatliche Förderung zu entscheiden haben. Wir werden, ähnlich wie beim ZDF, die Zusammensetzung der Rundfunkgremien neu regeln, damit diese die gesellschaftlichen Gegebenheiten stärker widerspiegeln. Wir werden auch dort die richtigen Antworten auf die digitalen Herausforderungen für unsere Medienlandschaft geben. Ich bitte deshalb den Landtag, heute bzw. im Rahmen der Beratungen in den Ausschüssen dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne die Aussprache und darf jetzt für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Fehlner das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Gesetzentwurf verfolgt die Staatsregierung nach eigenen Angaben das Ziel, den Medienstandort Bayern zu stärken und den Ordnungsrahmen an die technischen Entwicklungen anzupassen. Aufgabe des Landtags ist es nun, darüber zu befinden, ob diese Ziele mit dem Gesetzentwurf tatsächlich erreicht oder aber sogar verfehlt werden. Der Gesetzentwurf ist das erste Resultat des Runden Tisches Medienpolitik und basiert im Wesentlichen auf Anregungen der Medienwirtschaft. Kernthema ist die Regulierung des privaten Rundfunks. Die Frage ist: Enthält der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung alle wichtigen Punkte zum Schutz der Medienpluralität, zur Sicherung der Meinungsvielfalt und zur Sicherung eines guten und unabhängigen Journalismus? Vor diesem Hintergrund müssen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen auch kritisch hinterfragt werden.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, dass wir uns den Herausforderungen einer sich rasant verändernden Medienwelt stellen müssen. Deshalb gilt es, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sorgfältig zu überprüfen und anzupassen. Es geht um die Digitalisierung, die zunehmende Medi-

enkonvergenz, die Kombination und Überlagerung von Geräten, um Verbreitungswege und um Inhalte. Dem müssen wir Rechnung tragen und das Bayerische Mediengesetz dieser Entwicklung anpassen.

Die Verbände wie der Bayerische Journalistenverband, der Verband Bayerischer Lokalrundfunk, die Bayerische Landeszentrale für neue Medien, aber auch der BR haben ihre Stellungnahmen zur Änderung des Mediengesetzes schriftlich abgegeben. Die Bewertungen sind unterschiedlich. Die Skepsis wird in zentralen Punkten deutlich. Ich nenne nur ein paar Beispiele: Welche Impulse zur Förderung von Meinungsvielfalt gehen von dieser Deregulierung aus, welche fehlen? Sollen und dürfen Rundfunkanbieter, Medienhäuser und Kabelnetzbetreiber über die per Gesetz vorangetriebene Deregulierung künftig selbst darüber befinden, welche Art und welches Maß an Vielfalt den Bürgerinnen und Bürgern angeboten wird, oder nicht? Wird durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Erleichterung von Fusionen und Kooperationen der eigentliche Mehrwert – gut finanzierter Journalismus und Meinungsvielfalt – gesichert? Oder werden vor allem die Geschäftsmodelle der bisher aktiven Marktteilnehmer geschützt, vor allem die der größeren? Wird der Medienrat in seinen Aufsichtsgremien gestärkt oder beschnitten? – Kolleginnen und Kollegen, auf keinen Fall darf mit der Änderung des Mediengesetzes einer Monopolisierung des Medienmarktes Vorschub geleistet werden.

(Beifall bei der SPD)

Skeptisch sehen unter anderem die Journalistenverbände, der VBL und die BLM die Streichung von Artikel 36, die Abschaffung der Must-carry-Liste im analogen TV-Kabel. Die Vielfalt muss auch im Kabel gesichert sein. Zwar ist der Digitalisierungsgrad in Bayern gestiegen, aber ein Drittel der bayerischen Kabelhaushalte empfangen ihre Programme noch über das analoge Kabel. Aus unserer Sicht ist es problematisch, wenn gesetzliche Regelungen auf einen baldigen UKW-Abschalttermin spekulieren, den aber tatsächlich noch keiner kennt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Änderung des Mediengesetzes ist weitreichend. Wir müssen sie gut aufs Gleis setzen.

(Erwin Huber (CSU): Sind Sie jetzt dafür oder dagegen? – Thomas Kreuzer (CSU): Das weiß sie noch nicht! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist ein schwacher Entwurf!)

Wir müssen alle Meinungen und Stellungnahmen ins Kalkül ziehen. Darüber hinaus stehen in den nächsten Wochen die Ergebnisse und Leitlinien der Bund-Län-

der-Kommission zur Medienkonvergenz fest. Es gilt, diese zu berücksichtigen.

Nicht zuletzt geht es in diesem Jahr um die Förderung der lokalen TV-Sender. Das bedeutet, dass wir das Mediengesetz wieder öffnen und Änderungen vornehmen müssen. Deshalb regen wir an, die Gesetzesberatung im Bayerischen Landtag mit einer Anhörung im Wirtschafts- und im Kulturausschuss zu beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Alle offenen Fragen könnten nochmals öffentlich diskutiert werden.

(Erwin Huber (CSU): Sie müssen zu einer Meinung kommen!)

Auf diese Weise können diejenigen Betroffenen Stellung nehmen, die nicht am Runden Tisch Medienpolitik vertreten waren. Unser aller Ziel muss es sein, ein wirklich gutes, ausgewogenes und zukunftsorientiertes Mediengesetz zu verabschieden. Dafür setzt sich die SPD-Landtagsfraktion ein.

(Beifall bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Blume für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Fehlner, Ihren Beitrag kann man mit den Worten überschreiben: Schauen wir mal, dann sehen wir schon.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wir sind in der Ersten Lesung, Herr Kollege!)

Über das Thema haben wir in den Ausschüssen lange beraten. Es gab einen langen Vorlauf. Wir haben uns über die Ergebnisse des Runden Tisches auseinandergesetzt. Jetzt greifen Sie nach dem Strohalm und sagen: Ich weiß immer noch nicht genug; jetzt machen wir noch eine Anhörung. Liebe Frau Kollegin Fehlner, irgendwann muss man sich auch einmal entscheiden. Ich glaube, die Zeit zur Entscheidung ist jetzt reif. Dieser Vorschlag für die Novelle des Bayerischen Mediengesetzes ist notwendig und alternativlos.

(Beifall bei der CSU)

Bevor ich das begründe, möchte ich zunächst Danke sagen. Ich danke dem Ministerpräsidenten, der sich auf das Experiment eines Runden Tisches eingelassen hat. Als der Runde Tisch damals ausgerufen wurde, haben alle gesagt: Bei einem Runden Tisch

kommt ohnehin nichts heraus. Erstaunlich war, dass sehr viel dabei herausgekommen ist. Parteien und Akteure aus der Medienlandschaft, die sonst allenfalls über Pressemeldungen miteinander verkehren, weil sie aus völlig unterschiedlichen Sphären kommen, haben miteinander geredet. Die Vertreter der digitalen Wirtschaft, auch von Suchmaschinen, waren im Gespräch mit den etablierten Medienakteuren. Die Ergebnisse können sich sehen lassen und haben zu dem heute vorliegenden Gesetzentwurf geführt, mit dem ganz konkrete Vorschläge zur Anpassung der Medienordnung gemacht werden.

Außerdem haben wir bundespolitisch eine wichtige Debatte angestoßen. Die Bund-Länder-Kommission steht ganz wesentlich auf den Ergebnissen des Runden Tisches Medienpolitik. Deswegen richte ich den zweiten Dank an unsere Staatsministerin Ilse Aigner, die nicht nur den Runden Tisch erfolgreich weitergeführt, sondern auch dafür gesorgt hat, dass es am Ende zu konkreten Ergebnissen gekommen ist. Deswegen bedanken wir uns als CSU-Fraktion ganz herzlich für diesen sehr guten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Fehlner, wenn wir über Medienpolitik reden, dürfen wir nicht nur das kleine Karo in unserem Land im Auge haben. Wir müssen uns die Wirkung der gesamten Entwicklungen anschauen. In jedem Gesetzentwurf steht unter dem Punkt "Alternativen" in der Regel "keine". Selten jedoch war dieses Wort so bedeutsam wie an dieser Stelle. Es gibt nämlich tatsächlich keine Alternative zu diesem Gesetzentwurf. Als Alternative könnte man sagen: Man lässt alles regulatorisch so weiterlaufen wie bisher.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Liebe Frau Kollegin Gote, gleich kommen Sie dran und können Ihren Beitrag leisten. – Medienpolitisch beobachten wir ein Auseinanderlaufen der Regulierungsfiktion, wie wir sie gerne hätten, und der Regulierungsrealität. Die Menschen werden das Vertrauen in die Politik verlieren, wenn sie das Gefühl haben, dass wir mit alten Regelungen Dinge regulieren, die schon heute beginnen, keine Bedeutung mehr zu haben, und gleichzeitig unterlassen, die Dinge, die neue Relevanz erhalten, nicht zu regulieren. Dieses regulatorische Ungleichgewicht können wir als verantwortungsvoller Gesetzgeber nicht bestehen lassen. Meine Damen und Herren, deswegen ist dieser Gesetzentwurf alternativlos.

Frau Kollegin Fehlner, vielleicht reden Sie nicht nur innerhalb der SPD, sondern hören auch zu.

(Martina Fehlner (SPD): Sehr gerne!)

Am Ende werden Sie feststellen, dass Sie zustimmen können. – Vielfaltsicherung war immer ein wichtiges Argument in der bayerischen Medienpolitik. Die Vielfalt der bayerischen Medienlandschaft kann sich deutschlandweit sehen lassen. In der Vergangenheit hing die Sicherung der Vielfalt mit der Knappheit der Ressourcen und der Übertragungswege zusammen. Diese Knappheit ist heute nicht mehr gegeben. Heute bedroht ein anderes Problem die Vielfalt. Das sind die neuen, die globalen Strukturen der Medienwirtschaft. Das sind digitale Ökosysteme aus den Vereinigten Staaten und von anderswo, die beginnen, den Meinungsmarkt aufzurollen. Das könnte in der Tendenz dazu führen, dass wir heute möglicherweise vor einer unglaublichen Monopolisierung der Meinung stehen. Das ist das Gegenteil von Vielfalt. Dieser Monopolisierung kann man jedoch nur entgegenwirken, wenn Wettbewerbsstrukturen geschaffen werden, mit denen unsere Anbieter und Akteure dagegenhalten können. Deswegen reicht es nicht aus, nur den bayerischen Markt zu betrachten. Stattdessen müssen wir schauen, was auf dem europäischen und internationalen Markt in Bewegung ist. Deshalb würde ich Sie im Zuge der weiteren Beratungen bitten, das ins Auge zu fassen.

Ich nenne drei konkrete Punkte. Die Ministerin hat ausgeführt, warum der Gesetzentwurf notwendig ist. Erstens hängt er mit der Entbürokratisierung zusammen, die wir alle für notwendig halten. Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Vorschriften, die man einfach beseitigen kann, da es sich nur um regulatorischen Ballast handelt. Als Beispiel nenne ich die unbefristete Zulassung digitaler Anbieter. Eine Genehmigung reicht auf Dauer aus. Das ist sehr vernünftig.

Der zweite Punkt – das ist das Wichtigste – betrifft das Thema Deregulierung. Deregulierung bedeutet nicht nur Abbau von Vorschriften, sondern sie ermöglicht umgekehrt auch neue Freiheiten. Wenn das, was ich vorher zum Thema Vielfaltsbedrohung gesagt habe, richtig ist, brauchen unsere Anbieter heute mehr Freiheiten, um sich auf dem Markt zu bewegen. Regelungen, die in der Vergangenheit richtig waren, wie beispielsweise die Beschränkung von Zeitungsverlagen, können in der heutigen Zeit, in welcher die Wettbewerber auf der ganzen Welt verteilt sind, nicht mehr richtig sein. Deswegen dürfen wir nicht nur von Deregulierung sprechen. Wir geben unseren heimischen Akteuren neue Freiheiten, damit sie sich auf diesem neuen Markt auch behaupten können.

Ein Drittes und Letztes: Digitalisierung. – Das Zauberwort, die Megarevolution, die im Moment für viele Entwicklungen steht. Ich glaube, an dieser Stelle gibt der Gesetzentwurf drei klare Botschaften. Die Erste: Wir

haben starke Akteure in Bayern. Mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien haben wir einen Akteur, der in der Medienpolitik schon immer auch Standortaufgaben wahrgenommen hat. Ich halte das Signal für wichtig und richtig, dass die BLM den Auftrag bekommt, den Medienstandort Bayern auch bei digitalen Themen zu profilieren.

Die Zweite: Das Kabel kann nicht in der analogen Zeit stehenbleiben, sondern das Kabel muss digital werden. Ich halte es für mutig und richtig, zu sagen, an dieser Stelle geben wir einen neuen Impuls zur Digitalisierung des Kabels. Wir tun dies nicht nur damit, dass wir den Druck erhöhen und sagen, die Must-carry-Regelung, also die Verbreitungspflicht für Angebote, fällt weg, sondern wir sagen zeitgleich - und geben damit ein starkes Signal in diesem Gesetzentwurf -: Wir erwarten zu diesem Zeitpunkt auch, dass das Kabel voll digital wird.

Ein drittes und ebenfalls schönes Signal bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs: Bayern hat sich bei der Novelle beziehungsweise bei der Ausführung des neuen ZDF-Staatsvertrags den Bereich Digital genommen und eine Besetzung vorgeschlagen mit der Bitkom für den Digitalbereich. Auch das erachte ich als zeitgemäß und als zukunftsgerichtet. Deswegen, liebe Frau Kollegin Fehlner, glaube ich, Sie brauchen bei den weiteren Beratungen keine Sorgen zu haben, dass Sie unserem Gesetzentwurf nicht uneingeschränkt zustimmen könnten.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Ich glaube, da will noch jemand etwas sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Blume, erlauben Sie mir zu sagen: Ich finde Ihr Auftreten, auch gegenüber Frau Kollegin Fehlner, als schlichtweg etwas zu arrogant.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Es geht darum, dass wir im Wirtschaftsausschuss sehr sachlich diskutiert haben. Beim Runden Tisch der Medien waren einige Vertreter nicht dabei, unter anderem der Journalistenverband, Verbraucherschützer und Gewerkschafter. Wir hätten einfach gerne, dass man diesen Verbänden zuhört und die Stellung-

nahmen, die eingehen, bespricht und in den Gesetzentwurf einfließen lässt. Insofern finde ich, wenn Frau Fehlner einen konstruktiven Beitrag bringt, dann muss man sich nicht auf die arrogante Seite stellen und sagen: Das kann man wegwaschen. - Es geht doch darum, Herr Huber, wem man zuhört und wem nicht.

(Zuruf von der CSU)

Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir alle an einen Tisch holen. Das muss aber nicht in dieser aggressiven Atmosphäre stattfinden, wie Sie das hier gerade gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Markus Blume (CSU): Frau Kollegin Kohnen, ich schätze Frau Kollegin Fehlner sehr. Ich glaube, sie braucht den Welpenschutz, den Sie hier gerade ausrufen, wirklich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Im Übrigen liegen die Stellungnahmen vor. Die Ministerin hat es doch gesagt, es gab eine Verbändeanhörung. Sie haben selbst darauf hingewiesen. Es gibt überhaupt keine Schwierigkeiten, dass wir uns mit diesen Stellungnahmen auseinandersetzen. Dazu sind doch die Ausschussberatungen da, wozu denn sonst? – Sonst könnten wir heute doch schon die Zweite und die Dritte Lesung machen.

(Natascha Kohnen (SPD): Darum geht es!)

Lassen Sie uns bei den Ausschussberatungen doch mit diesen Stellungnahmen auseinandersetzen. Wenn Sie die für so gewichtig halten, sind Sie auch frei, Änderungsanträge zu formulieren. Wir werden uns darüber jedenfalls unterhalten.

(Natascha Kohnen (SPD): Dann war der Beitrag ja doch richtig!)

Das ist jedenfalls der normale Gang der Gesetzgebung. Wenn Sie das jetzt irritiert, Frau Kollegin Kohnen, dann irritiert mich das.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Sie wollten doch nur Zustimmung oder Ablehnung!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, jetzt spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Professor Dr. Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Blume, es hat mich gewundert, dass

Sie am Schluss irritiert waren; denn Sie haben zwei verschiedene Botschaften gesendet. Sie sagen: Dieser Vorschlag ist alternativlos; warum wisst ihr als SPD noch nicht, wie ihr euch entscheidet? – Wir sind in der Ersten Lesung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir überlegen uns im Laufe dieser Debatte - das machen auch wir FREIEN WÄHLER -, wie wir uns am Ende entscheiden. Wir wägen Argumente ab. Wir sind eben nicht in der Situation der CSU-Fraktion, die alles, was von der Staatsregierung kommt, abnickt, ohne noch einmal darüber nachzudenken. Das ist nicht unser Verständnis von Parlamentarismus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zurufe von der CSU)

- Danke, für diesen wunderbaren Zwischenruf, der zeigt, welche Qualität bei Ihnen gegeben ist.

(Manfred Ländner (CSU): Wenn Sie so ein wirres Zeug behaupten!)

- Nein, es ist doch so, lieber Herr Kollege Ländner.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn Herr Blume hier sagt, das sei alternativlos, dann konstatiere ich, dass das wohl die einzige Übereinstimmung zwischen der Kanzlerin und der CSU ist, die ich seit Längerem gehört habe. Sie verwenden in dieser Sache die gleichen Worte.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Zweite ist: Wenn Sie sagen, das sei alternativlos, dann zeigen Sie, dass Sie nicht mehr bereit sind, an den Gesetzentwurf offen heranzugehen und darüber noch einmal zu diskutieren. So ist das parlamentarisch aber eigentlich nicht vorgesehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich finde es gut, dass es einen Entwurf gibt. Wir sind uns einig, dass die Zeit bei den Medien ständig voranschreitet. Wir können diese Entwicklung nicht aufhalten, aber wir wollen diese Entwicklung auch nicht aufhalten. Diese Entwicklung geht sehr weit. Wenn ich aber hier herumschaue und mir die Köpfe anschaue, dann stelle ich fest, dass die meisten von uns noch Zeiten erlebt haben, als es nur drei Fernsehprogramme gab. Heute haben wir Hunderte. Da geht es dann schon ganz entscheidend darum, wie das die Welt

verändert. Wie reagieren wir darauf mit Gesetzen? Wie findet man die einzelnen Fernseh- und Radioprogramme? – Auch darum geht es in dieser Debatte. Wenn der Gesetzgeber hier agiert, dann finden wir das gut. Es ist auch wichtig, dass wir verschiedene Grundprinzipien unter einen Hut bringen.

Ein vielfältiges Angebot ist angesprochen worden. Ganz entscheidend ist aber auch der Schutz kleiner, regionaler oder lokaler Sender. Wir FREIEN WÄHLER kämpfen seit sieben Jahren in diesem Landtag dafür, diesen Schutz zu erhalten. In diesem Gesetzentwurf sehe ich aber Entwicklungstendenzen, die im Hinblick darauf durchaus gefährlich sind. Die müssen wir uns genauer anschauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern - auch das sage ich ganz deutlich zum Demokratieverständnis - gehören zu einem Runden Tisch in Bayern, der alle zusammenführen soll, auch die Kleineren und dazu gehören auch die Oppositionsparteien. Wenn man immer unter Ausschluss der Opposition diskutiert, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir dann Anhörungen fordern. Nur dann ist auch die Opposition bei diesen Diskussionen dabei. Meine Damen und Herren, auch das gehört zum Demokratieverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir streichen besonders die Frage der Überlebensfähigkeit von lokalen Rundfunk- und Fernsehsendern heraus. Ich lese hier aber, dass vieles nach der Leistungsfähigkeit entschieden werden soll. Dazu sage ich ganz offen: In diesem Bereich wird mir angst und bange. Ich weiß, in den letzten Jahrzehnten hat eine immer größere Konzentration stattgefunden, ich möchte nicht sagen: Monopolisierung. Aber wir haben diese Entwicklung zu verzeichnen, und deshalb müssen wir sehr aufpassen, dass wir unsere bewährte und gute Medienlandschaft in Bayern, insbesondere aber die lokalen und die regionalen Rundfunk- und Fernsehanstalten, erhalten. Bei dem neuen Gesetz müssen wir deshalb sehr genau hinsehen, ob es zu diesem Ziel führt. Damit bleibt genug zu tun.

Ich unterstütze durchaus den Ansatz, eine Anhörung durchzuführen. Darüber sollten wir reden; diese Zeit haben wir. Anschließend kann man über Einzelpunkte des Gesetzes abstimmen. Nach der Zweiten Lesung wird man sehen, ob man dem Gesetzentwurf zustimmen kann oder nicht. Das entscheiden wir aber erst nach der Zweiten Lesung und nicht heute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Kollegin Gote. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere medienpolitische Aufgabe als Landesgesetzgeber ist es doch, die Rahmenbedingungen und die gesetzlichen Grundlagen so zu gestalten, dass Meinungsvielfalt und Pluralität garantiert sind und dass Meinungsmonopole oder eine schleichende Monopolisierung verhindert werden. Der Gesetzentwurf, den Sie hier vorgelegt haben und den wir – das sage ich noch einmal - in der Ersten Lesung beraten – hier und heute muss noch keiner sagen, wie er abstimmt, sondern wir gehen jetzt in die Debatte -, wird nach unserer ersten Durchsicht diesem Anspruch nicht gerecht. Ganz im Gegenteil: Die angedachten Änderungen fördern unserer Meinung nach ganz eindeutig Meinungsmonopole, Medienmonopole, und sie bauen bisher noch bestehende Schutzmechanismen geradezu systematisch ab.

Natürlich ist es richtig, dass wir unser Mediengesetz an die Digitalisierung anpassen; das ist grundsätzlich richtig und auch überfällig. Auch das Ziel "Abschaltung der analogen Kabelverbreitung" ist richtig. Ja, was denn sonst? – Natürlich ist das richtig. Aber dabei muss doch sichergestellt sein, dass das ohne Kollateralschäden passiert. Kollateralschäden sind normalerweise unbeabsichtigt. Ich habe aber schon den Verdacht, dass hier ganz bewusst einiges mit abgeräumt werden soll und dass das kein Unfall, sondern gewollt ist. Dieser Gesetzentwurf bedient ganz eindeutig eine ganz bestimmte Klientel in der Medienszene bzw. bei den Medieninteressen im medienwirtschaftlichen Bereich hier in Bayern. Er bedient vor allen Dingen die Interessen der großen Anbieter.

Da komme ich zum Runden Tisch, der hier als so großartig gelobt wird. Aber das war kein tolles Experiment des Ministerpräsidenten. Das war einmal mehr der Versuch, Politik aus dem Landtag rauszunehmen und im Hinterzimmer zu besprechen. Das war nichts anderes. – Ein Runder Tisch war das nicht; das war ein Hinterzimmergespräch, in das wir nicht einbezogen waren, in das aber auch ganz viele andere nicht einbezogen waren. Erst auf Druck aus dem Parlament haben wir die Berichte ins Parlament bekommen. Was der Ministerpräsident gemacht hat, war das: Politik aus dem Gremium rauszunehmen, in das sie eigentlich gehört, nämlich in den Landtag und in die Öffentlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das war keine gute Tat, ganz im Gegenteil. – Dass Sie sich jetzt darauf berufen, dass dieser Gesetzentwurf genau das umsetzt, muss uns doch als Opposition aufhorchen lassen; denn genau das ist die Fehlentwicklung, die wir schon bei den Beratungen und bei dieser Vorgehensweise gesehen haben.

Mit diesen Gesetzesänderungen wird zudem die unselbige Genehmigungspraxis der BLM, der Bayerischen Landesanstalt für neue Medien, die den Abbau der Meinungs- und Medienvielfalt bisher nicht gebremst hat, im Prinzip zum Gesetz. Der Kollege hat es eben vorsichtig formuliert. Ja, wir haben eine schleichende Monopolisierung in Bayern, schon lange, und sie ist dramatisch. Sie war unter den bisherigen Gegebenheiten schon dramatisch, und das wird durch das, was Sie hier in diesem Gesetzentwurf vorlegen, verschärft. Das, Kolleginnen und Kollegen, können wir nicht mittragen.

Die kritischen Stimmen verschiedener, und zwar ganz gewichtiger Verbände zum Gesetzentwurf – Bayerischer Journalistenverband, um nur einen zu nennen – werden hier nicht berücksichtigt. Die Stimmen sind sehr deutlich; sie sind sehr differenziert. Die Kritik ist differenziert, sie ist sehr gut zu hören. Ich würde Sie bitten: Hören Sie sie an. Deshalb unterstützen wir auch das Petikum, hier eine Anhörung zu machen; denn es ist auch wichtig, dass diese Verbände miteinander ins Gespräch kommen. Hier im Landtag ist der Raum, in dem Gesetze debattiert werden. Deshalb wäre es richtig und wichtig, hier zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen.

Ganz grundsätzlich, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, liebe Frau Ministerin, verstehe ich eigentlich gar nicht, warum Sie jetzt hier eine landesrechtliche Regelung vorlegen, wenn doch eigentlich – das müsste uns allen klar sein – hier nur eine bundesgesetzliche, bundesweite Lösung Sinn ergeben würde. Es gibt doch auf Bundesebene auch einen Runden Tisch zur Analogabschaltung. Der arbeitet noch. Warum wartet man das nicht ab und macht das dann im Zuge der Umsetzung in Landesrecht dann fruchtbar? Warum macht man das nicht? Warum geht man hier mit dieser landesgesetzlichen Regelung voran? – Wir halten das bisher nicht für sinnvoll, haben viele offene Fragen und werden die Debatte im Ausschuss noch intensiver führen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr,

Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Kolleginnen und Kollegen, **außerhalb der Tagesordnung** rufe ich jetzt im Einvernehmen aller Fraktionen auf:

**Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b
BayLTGeschO
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen
Parlaments und des Rates zur
Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des
Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur
Terrorismusbekämpfung
COM (2015) 625 final (BR-Drs. 643/15)**

und

**Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b
BayLTGeschO
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen
Parlaments und des Rates zur Änderung der
Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die
Schaffung eines europäischen
Einlagenversicherungssystems
COM (2015) 586 final (BR-Drs. 640/15)**

Die Subsidiaritätsangelegenheiten sind im hierfür federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen letzten Dienstag beraten worden. Der Bundesrat wird sich morgen damit befassen. Die Beschlussempfehlungen mit Bericht wurden verteilt. Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 643/15. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9705.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 640/15. – Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt auch hier vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung zur Verordnungsänderung im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9706.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird dieser Beschlussempfehlung ebenfalls zugestimmt. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine Ausschussumbesetzung bekannt: Anstelle von Frau Judith Gerlach wird Herr Michael Brückner neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen. Frau Kollegin, liebe Judith Gerlach, alles Gute für die nächsten Wochen; wir freuen uns mit dir auf den Nachwuchs.

Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU) Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen (Drs. 17/9714)

Ich darf die Aussprache eröffnen und als Erstem Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich tut sich etwas im sozialen Wohnungsbau, und zwar erfreulicherweise nicht zu knapp. Dies gilt für den Freistaat Bayern ganz besonders, aber auch für den Bund. Wenn Sie das noch immer nicht realisiert haben sollten, empfehle ich Ihnen die draußen ausliegende Informationsbroschüre des Bayerischen Städtetages vom Januar 2016 mit der Überschrift "Bessere Förderung für den Wohnungsbau". Darin wird der Wohnungspakt Bayern ausdrücklich gelobt, der eine spürbare Verbesserung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit sich bringt. Erstmals werden echte Zuschüsse in der staatlichen Wohnraumförderung gewährt. Ein kommunales Förderprogramm wurde neu aufgelegt, das sich mit einer Zuschussförderung und einem vergünstigten Darlehen an Städte und Gemeinden richtet.

Staatliche Mittel allein werden allerdings bei Weitem nicht ausreichen. Wir müssen natürlich auch privates Kapital mobilisieren. Wir haben heute ein parlamentarisches Frühstück mit der Versicherungskammer Bayern gehabt. Sie sucht, wie auch andere, Anlagemöglichkeiten für ihr Geld. Da habe ich den sozialen Wohnungsbau wärmstens empfohlen. Diese Anlagemöglichkeit war der Kammer natürlich schon bekannt, und sie engagiert sich dort auch schon. Da gibt es allerdings gewisse EU-Probleme bezüglich Eigenkapitalunterlegung usw. Manche meinen nämlich, es sei eine riskante Anlage, wenn man sich im sozialen Wohnungsbau engagiere. Dieser Überzeugung sind wir miteinander sicher nicht.

Dann geht es natürlich auch darum, Grundstücke zu mobilisieren. Hierzu kann ich ebenfalls ganz aktuell auf die Broschüre des Städtetages verweisen, in der es ausdrücklich heißt: Bezahlbarer Wohnraum lässt sich schaffen, wenn Grundstücke günstig mobilisiert

werden. - Die Möglichkeiten der Baulandmobilisierung werden im Bayerischen Städtetag und in den Städten und Gemeinden intensiv diskutiert. Das ist sehr zu begrüßen. Ich gehe davon aus, dass es bei der intensiven Diskussion nicht bleiben wird, sondern auch Möglichkeiten gefunden werden müssen, wie man insbesondere für den sozialen Mietwohnungsbau Grundstücke mobilisieren kann.

Wohnungen müssen natürlich auch bezahlbar bleiben. Wir müssen bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Ich habe hier schon wiederholt auf das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen hingewiesen, zu dem sich vom Mieterbund über die Baugewerkschaft bis hin zum Bauindustrieverband die Player zusammengeschlossen und überlegt haben, welche Forderungen an die Politik gerichtet werden sollten, um Wohnungsbau bezahlbar zu machen.

Dazu gehört insbesondere – das ist das heutige Thema –, dass natürlich auch die Standards überprüft werden müssen; denn ein hoher Anteil der Kostensteigerungen der vergangenen Jahre ist auf die Standards zurückzuführen. Es gibt ja auch noch die normale Baukostensteigerung. Von daher können wir leider, obgleich wir mittlerweile die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in derselben Höhe haben, wie es zu Beginn der Neunzigerjahre der Fall war, deutlich weniger Wohnungen bauen, weil dies wesentlich teurer geworden ist.

Hier müssen wir ansetzen. Darum haben wir den Antrag gestellt, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für das Bauen, insbesondere im Baurecht, im Emissions- und Naturschutzrecht sowie bei den technischen Anforderungen, entsprechend verbessert werden, sodass neue Impulse für den Wohnungsbau gegeben werden können und das Bauen insgesamt wirtschaftlicher gemacht werden kann.

Der Wohnungsbau in Bayern bleibt trotz zielgerichteter Förderprogramme hinter dem Bedarf zurück, und zwar völlig losgelöst von der aktuellen Herausforderung, dass wir viele Menschen zusätzlich unterbringen müssen. Dies gilt für Ballungsräume und die touristisch reizvollen Gebiete bereits seit vielen Jahren.

Gerade auch Familien – das ist mir seit Jahren ein besonderes Anliegen –, deren Einkommen oberhalb der Sätze für die Sozialwohnungsberechtigung liegt, haben oft große Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das sind diejenigen, die besonders leicht durch den Rost fallen. Deren Einkommen ist etwas zu hoch, als dass sie sich in die Schlange derjenigen einreihen könnten, die beim Wohnungsamt nachfragen, aber die hohen Mieten, die verlangt werden, nicht

zahlen können. Gerade für diese Familien müssen wir also Lösungen finden.

Natürlich sind nicht nur die Mieten hoch, sondern der Wohnungsbau ist überhaupt teurer geworden. Deswegen können wir die betreffende Einkommensgruppe auch nicht auf einen Kauf verweisen. Trotz der momentan günstigsten Zinssätze, die wir je gehabt haben, kann man einen Kauf häufig nicht finanzieren. Das lässt sich auch darauf zurückführen, dass die bautechnischen, rechtlichen und steuerlichen Regelungen für den Wohnungsbau in den letzten Jahren immer weiter verschärft worden sind.

Die Sonder-AfA ist leider abgeschafft worden. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir versucht, sie wieder einzuführen. Damit sind wir im Bundesrat leider gescheitert. Hier haben nicht nur die SPD-regierten Länder abgewinkt, sondern auch CDU-regierte Länder haben gesagt: Wir sind schon dafür, wenn uns der Bund den vollen Ausgleich zahlt. Hierzu war der Bund wiederum nicht bereit, weil er gesagt hat: Jeder muss in dem Umfang die Lasten tragen, wie er selber Steuereinnahmen hat.

Trotz des Scheiterns müssen wir immer wieder einen neuen Versuch starten, damit etwas getan wird; denn ohne private Geldanleger werden wir die großen Herausforderungen der nächsten Jahre nicht meistern können.

Dann geht es darum, ein wirtschaftliches, realistisches Augenmaß für die Schutzstandards und das effiziente Bauen zu finden. Wir müssen in der Tat alle Standards anpassen. Auszunehmen sind diejenigen Standards, die den Bereich der unmittelbaren Lebensbedrohungen ausmachen. Ich erwähne den Feuerchutz und die Standsicherheit. Aber auch da könnte man überlegen, ob die eine oder andere Vorschrift gelockert oder revidiert werden müsste. Da handelt es sich natürlich um Regelungen, bei denen es schwierig ist einzugreifen. Dennoch müssen wir uns hierum kümmern. Standards müssen überprüft und realistisch angepasst werden. Nach unserer Überzeugung werden sich so entscheidende Impulse ergeben, die mehr Wohnungsbau ermöglichen werden.

Der Verzicht auf EnEV-Anforderungen war leider nicht umzusetzen. Der Freistaat blieb hier einsam. Im Bundesrat lautete die Abstimmung auf 1 : 15. Die übrigen Länder waren zwar durchaus aufgeschlossen, haben sich aber offensichtlich vom Charme der Bundesbauministerin umdrehen lassen. Trotz dieses Ergebnisses dürfen wir nicht aufgeben, sondern werden in den nächsten Monaten einen neuen Anlauf unternehmen.

Es geht um eine Verringerung der Anforderungen der bayerischen Garagen- und Stellplatzverordnung oder

um eine kritische Überprüfung der Abstandsflächenregelung in der Bayerischen Bauordnung. Generell geht es um die Überprüfung der Baustandards im sozialen Wohnungsbau in Richtung auf Vereinfachungspotenzial. Insbesondere möchte ich das in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau sagen. Aber es sollte auch für den allgemeinen Mietwohnungsbau gelten. Ich habe ja vorhin diejenige Gruppe angesprochen, die im sozialen Wohnungsbau nicht zum Zug kommt, aber ebenfalls Wohnungen nachfragt.

Natürlich geht es auch um kommunale Auflagen, zum Beispiel bei Begrünung und Spielplätzen. Es geht um die Bayerische Kompensationsverordnung, bei der man ebenfalls darüber diskutieren kann, ob wir die Festsetzung der Ausgleichsflächen bei der Flächennutzung für die verdichtete Wohnraumentwicklung nicht vielleicht aussetzen könnten.

Alle Dinge müssen auf den Prüfstand, damit wir das erreichen können, was wir wollen, nämlich massiv mehr Wohnungsbau.

Ich zitiere abschließend noch einmal den Städtetag: "Die Wohnraumförderung ist nun auf einem richtigen und guten Weg."

Wenn wir die Überprüfung der Standards schaffen und privates Kapital generieren können, können wir, was den Wohnungsbau anlangt, die Herausforderungen bewältigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Lotte das Wort erteilen.

Andreas Lotte (SPD): Verehrte Landtagspräsidentin, ich habe jetzt für die Opposition eine ungewohnte Rolle zu spielen: Ich muss den Kollegen Rotter von der CSU ausdrücklich loben. Sie haben das Thema aufgegriffen. Wir diskutieren es schon seit geraumer Zeit. Ich glaube, wir ziehen in dieser Frage gemeinsam an einem Strang.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): So ist es!)

Ich war gespannt, was die Intention des Antrags ist, und habe mir verschiedene Varianten überlegt, was die CSU in diesem Zusammenhang bringen könnte. Dem, was Herr Kollege Rotter vorgetragen hat, und dem, was in diesem Antrag formuliert ist, stimmen wir aus tiefster Überzeugung zu. Ich sage das gleich vorweg.

(Erwin Huber (CSU): Jessas na!)

- Herr Huber, noch ein Lob: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Herr Rotter nicht nur die Bundesgesetzgebung, sondern auch die Landesgesetzgebung und explizit die Verordnung angesprochen hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen auf Bundesebene natürlich alle Verordnungen und Gesetze, gerade das Baurecht, durchforsten und entschlacken. Bundesbauministerin Hendricks hat schon Ende des letzten Jahres deutlich signalisiert, dass sie dies anpacken will. Wir müssen aber auch in Bayern anpacken. Insofern freut mich dieser Antrag wirklich.

Wenn wir über die soziale Wohnraumförderung sprechen, sollten wir auch die Gelegenheit nutzen, diese soziale Wohnraumförderung einmal kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Damit meine ich nicht einmal die Höhe dieser Förderung. Ich könnte meine Forderung erneuern, dass wir dafür mehr Geld ausgeben könnten. Das will ich Ihnen aber heute ersparen. Ich sage vielmehr: Könnten wir nicht auch die Förderrichtlinien in Bayern entschlacken? Herr Kollege Rotter, ich habe von der Bauwirtschaft die Rückmeldung bekommen, dass man sich dort die Frage stellt: Lohnt sich der Sozialwohnungsbau überhaupt für uns? Auch wenn er sich lohnt, haben wir das Problem, dass die Beantragung der sozialen Wohnraumförderung wahnsinnig kompliziert ist.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Zuschussförderung. Diese wichtige Möglichkeit haben wir seit dem 1. Januar. Ich bin sehr froh, dass unser Innen- und Bauminister Herrmann zum Januar den Zuschuss angeglichen hat. Es ist wichtig, für die soziale Wohnraumförderung das Signal auszusenden, dass der Zuschuss für alle sozial Bedürftigen gleich ist und nicht zwischen den Zielgruppen unterschieden wird. Das war ein ganz wichtiger Punkt.

Herr Rotter, in einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen: Leider geht es nicht mehr darum, dass der Wohnraum bezahlbar bleibt, sondern darum, dass er wieder bezahlbar wird.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Jahren haben wir es leider versäumt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb müssen wir jetzt noch größere Kraftanstrengungen unternehmen, um das zu schaffen. Ich sage auch: Wir können das schaffen. Wir müssen dem Beispiel des Bundes folgen. Barbara Hendricks hat Ende des Jahres 2015 angekündigt, sie würde die Zuschüsse für die Wohnraumförderung verdoppeln. Anfang des Jahres 2016 hat sie erklärt, dass sie diese Zuschüsse gerne noch einmal verdoppeln würde. Hierzu wird es noch eine Diskussion in der Regierung geben. Wir hoffen, dass sich Frau Hendricks durchsetzt und dass

diese Zuschüsse verdoppelt werden können. Damit würden diese Zuschüsse insgesamt vervierfacht. Ich hoffe außerdem, dass Herr Herrmann nicht nur diejenigen Mittel verbaut, die der Bund gibt, sondern selbst auch noch einmal eine ordentliche Schippe drauflegt. Erste positive Signale dafür gibt es bereits; das sage ich ausdrücklich. Wir müssen sehen, ob das reicht oder nicht. Das Problem ist erkannt. Ich freue mich, wenn wir dieses Problem gemeinsam angehen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Lotte. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für diesen Antrag. Er ist nicht neu. Wir haben zuletzt im Zusammenhang mit den Beratungen über den Nachtragshaushalt 2016 unter der Überschrift "Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln" verschiedene Aspekte zusammengefasst. Dazu gehört auch der heute in den Mittelpunkt gestellte Aspekt: Können wir den Bau durch eine Reduzierung von Standards verbessern? Was das Lob des Städtetages angeht: Der Städtetag hat von einem "richtigen Weg" gesprochen. Die Dimension der Aufgabe ist riesig. In anderen Bundesländern gibt es noch Vorbehalte. Ich habe die Hoffnung, dass bei diesem Thema in den nächsten Tagen und Wochen eine Priorisierung in Richtung Bedarfsdeckung für Wohnungssuchende erfolgt.

Vor dem Hintergrund der Debatten über die Flüchtlingszugangszahlen ist dieses Thema durchaus eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Ich rechne einmal die Zahlen ins Unreine: Im Jahr 2015 sind etwa eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Von diesen Flüchtlingen darf vielleicht die Hälfte dauerhaft dableiben. Nach dem Königsberger Schlüssel bleiben 15 % für Bayern. Das sind allein 75.000 Menschen.

(Florian von Brunn (SPD): Königsberger Klopse und Königsteiner Schlüssel!)

- Was habe ich gesagt? – 15 % für Bayern, ins Unreine gerechnet, sind das 75.000 Menschen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Stimmt genau!)

Wir haben aber die Situation, dass wir in Bayern ohnehin nicht genügend Wohnungen für wohnungssuchende Menschen haben. In Summe stehen wir also vor einer riesigen Aufgabe. Ich darf daran erinnern, dass Bayern im Jahr 1993 eine Spitzenzahl an För-

dermitteln zur Verfügung gestellt hat, die wir bislang nicht wieder erreicht haben. Wenn wir zu diesen Mitteln von 1993 noch die Baukostenentwicklung hinzurechnen, wird klar, dass wir für die Finanzierung dieser Aufgabe in den nächsten Jahren noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen müssen. Als weiterer wichtiger Aspekt sei erwähnt, dass daneben auch die Wiedereinführung der degressiven AfA und insgesamt steuerliche Anreize ein wichtiges Thema sind.

Wir haben ungefähr 1.500 DIN-Vorschriften, die für das Bauwesen einschlägig sind. Diese Zahl spricht eine deutliche Sprache und macht diesen Antrag der CSU unterstützenswert. Der Wohnungspakt Bayern umfasst 28.000 staatlich geförderte Wohnungen bis zum Jahr 2019. Wir loben diesen Wohnungspakt, aber er ist längst nicht ausreichend.

Wir müssen uns die Kostentreiber vor Augen führen. Ich nenne hier die Baulandpreise und natürlich die EnEV 2016, an der im Übrigen der damalige Wohnungsbauminister Ramsauer nicht unmaßgeblich beteiligt war. Es ist notwendig, an dieser Stelle dieses Thema aufzuwerfen. Das sagen alle, die mit Baukalkulationen befasst sind. Diese Kostensteigerungen haben eine Größenordnung von etwa 7 % und erschweren es weiterhin, gut vermietbare Wohnungen zu schaffen. Wir wollen keinen zusätzlichen Wohnraum für besonders Begüterte schaffen, sondern für diejenigen, die sich hochpreisige Wohnungen nicht leisten können.

Ich nenne außerdem den Schallschutz und Vorgaben für Stellplätze und Begrünungen sowie steigende Qualitätsansprüche. Auch damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir haben somit ausreichende Ansatzpunkte für zusätzliche Unterstützungen. Möglicherweise könnten wir auch die Voraussetzungen schaffen, um eine weitere Beschleunigung bei der Aufstellung von Bauleitplänen und der Schaffung von Baurecht zu erreichen. Ich nenne noch einmal die Standards für Begrünungen, Spielplätze und Stellplätze. Das wurde schon gesagt. Die Garagen- und Stellplatzverordnung liegt in bayerischer Verantwortung. Darüber können wir diskutieren.

Ich hoffe, dass wir in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte zu dem Ergebnis kommen, dass sich diese Normen zwar auf wichtige Aspekte beziehen, dass wir aber eine übergeordnete Herausforderung zu bewältigen haben. Der soziale Sprengstoff, der in der unzureichenden Wohnraumversorgung liegt, sollte für uns Anlass sein, über das eine oder andere liebgewordene Ziel spezifischer und fachlicher Interessenvertretung hinwegzukommen. Wir unterstützen den Antrag, und wir unterstützen die Arbeit. Herzlichen Dank dafür.

Lieber Herr Kollege Rotter, ich hoffe, dass Sie gelegentlich die CSU davon überzeugen können, auch unseren Anträgen zuzustimmen, mit denen wir das gleiche Ziel verfolgen. Hier haben Sie noch Nachholbedarf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Kollege Muthmann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Kollege Mistol das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE kämpfen nicht nur für einen nachhaltigen Wohnungsbau, sondern wollen auch bezahlbare Wohnungen. Da stellt sich die Frage, ob wir beide Ansprüche unter einen Hut bekommen. Kollege Lotte meinte, wir können es schaffen. Ich bin überzeugt, wir werden es schaffen. Wir schaffen das!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich bin der Auffassung, dass Vorschriften und Standards von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gehören, um zu sehen, ob sie ihren Zwecken überhaupt noch gerecht werden. Was den Wohnungsbau angeht, ist die Überprüfung der Standards nur einer von vielen Bausteinen, um die dringend notwendigen Impulse für die Schaffung von mehr Wohnraum zu setzen.

Fakt ist, dass in den letzten zehn Jahren die wohnungspolitischen Weichen in Bayern falsch gestellt worden sind. Der soziale Wohnungsbau ist viel zu lange vernachlässigt worden. Diese Versäumnisse werden sich kurzfristig nicht so schnell beheben lassen. Deshalb brauchen wir ganz schnell ein Maßnahmenbündel, um den Wohnungsbau anzukurbeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Infolge der Zuwanderung sind von Bundestag und Bundesrat bereits Änderungen im Baurecht zur Erleichterung und Beschleunigung des Wohnungsbaus und der Wohnraumversorgung beschlossen worden. Inwieweit weitere Erleichterungen im Bauplanungsrecht vertretbar sind, gilt es in Abstimmung mit Bund und Ländern eingehend zu prüfen.

Die ersten Ergebnisse der Baukostensenkungskommission belegen, dass neben den Baulandpreisen vor allem die zunehmende Wohnfläche pro Kopf, also der Wohnbedarf pro Kopf, sowie die Ausstattungsmerkmale und die technischen Ausrüstungen die eigentlichen Kostentreiber im Wohnungsbau sind. Deshalb sollten insbesondere die Möglichkeiten zur Kostensenkung und die Modifikation von Standards genauestens unter die Lupe genommen werden und, wenn

es möglich und sinnvoll ist, auch umgesetzt werden. Allerdings sollten die baulichen Standards im engeren Sinne, also Brandschutz und Standsicherheit, nicht abgesenkt werden. In diesem Punkt bin ich mit Ihnen völlig d'accord, Herr Kollege Rotter.

Eine Absenkung energetischer Standards beim Wohnungsneubau lehnen wir GRÜNE aus ökonomischen und ökologischen Gründen ab. Künftiger Wohnungsbau kann aus unserer Sicht nur in Verbindung mit Klimaschutz geschehen; denn langfristig wird ein schlecht gedämmtes Gebäude für die Mieterinnen und Mieter zur Kostenfalle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz angeht, sind wir der Auffassung, dass es einer Neukonzipierung bedarf. Das ist von uns aus unumstritten. Ob wir dann bei der EnEV in Zukunft noch einmal draufsatteln müssen, sehe ich skeptisch. Aber ein Zurückdrehen kommt für uns nicht infrage.

Weiterhin ist es aus unserer Sicht erforderlich, das gesamte Normungswesen wieder verstärkt an der bewährten Praxis zu orientieren. Nach unserer Meinung müssen unabhängige Fachleute in diesen Normausschüssen tätig sein und weniger die Lobbyvertreter der Industrie, die stets mehr oder weniger interessengeleitet sind. Da bedarf es aus unserer Sicht einer grundlegenden Revision.

Ein großer Beitrag zur Kostensenkung kann durch die Flexibilisierung oder gar die Streichung der Stellplatzregelungen erreicht werden. Einen entsprechenden Vorstoß haben wir bereits vor zwei Jahren gemacht. Leider ist dieses Anliegen von Ihnen allen abgelehnt worden. Dabei gilt es doch längst als erwiesen, dass die gesetzliche Pflicht zur Schaffung von Stellplätzen als Kostentreiber vor allem beim öffentlich geförderten Wohnungsbau wirkt.

Noch eine Anmerkung, Herr Rotter: Sie sagten, ohne private Geldanleger werden wir die Herausforderung, was den Wohnungsbau in Zukunft angeht, nicht bewältigen können. Da sind wir ganz bei Ihnen. Bund und Länder verhandeln zurzeit über die Modalitäten. Ich kann nur dazu auffordern, sich bald zu einigen; es eilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem begrüßen wir die Anliegen dieses Antrages und werden ihm deshalb auch zustimmen. Weil die Möglichkeiten zur Baukostenreduzierung generell aber eher begrenzt sein dürften, gilt es, mit Augenmaß an die ganze Sache

heranzugehen und nicht leichtfertig oder voreilig irgendwelche sinnvollen Standards über Bord zu werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Herr Kollege Mistol. – Bevor ich dem Herrn Staatssekretär Eck die Gelegenheit gebe, für die Staatsregierung Stellung zu nehmen, darf ich auf der Tribüne herzlich eine Delegation des Landtags der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol unter der Leitung von Herrn Landtagspräsidenten Dr. Thomas Widmann begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Südtirol und Bayern verbindet seit Langem eine enge Freundschaft und eine Partnerschaft, die gerade auch auf parlamentarischer Ebene sehr gepflegt wird. Umso mehr freuen wir uns über unsere Gäste, die mit dem Präsidium des Hohen Hauses, mit Vertretern der Fraktionen und der Ausschüsse gestern und vorgestern Gespräche geführt haben.

Ich heiße Sie, geehrte Gäste, sehr herzlich willkommen hier in unserer Plenarsitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise, die Sie heute noch antreten werden. Herzlichen Dank für Ihren Besuch!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatssekretär Eck, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Sie haben jetzt das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es nicht allzu lange machen und nur noch eine besondere Situation deutlich ansprechen. Ich bin überzeugt, dass es sich hier bei diesem Thema um einen Kraftakt unserer bayerischen Politik handelt. Deshalb will ich herzlich darum bitten, verschiedene Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, nicht ganz außer Acht zu lassen. Wenn wir heute über Normen reden, über aufgeblähte Apparate und gesetzliche Regelungen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir über die Stellplatzregelung bereits im Jahre 2014 diskutiert und eine klare Entscheidung getroffen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: 13!)

In diesem Zusammenhang wurden wir dazu aufgefordert, sogar Stellplätze für Fahrräder zu schaffen. Da muss ich an dieser Stelle schon sagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Wenn politische Gruppierungen einerseits von Entschlackung reden, aber andererseits solche Dinge fordern, dann passt das nicht zusammen.

Dass dieser Antrag nun gestellt worden ist, freut mich; denn wir bekommen dadurch enormen Rückenwind für unser Handeln und Tun. Herzlichen Dank dafür, dass das parteiübergreifend unterstützt wird.

Mit Blick auf das Naturschutzrecht, das Immissionschutzrecht, die EnEV, das Baugesetzbuch und vieles mehr bitte ich, nicht zu vergessen, dass wir in Berlin zwar auf breiter Front kämpfen, aber oftmals völlig alleingelassen sind. Deshalb bitte ich die Fraktionen, sich in ihren Reihen dafür einzusetzen und vielleicht die große Güte zu besitzen, unsere Vorschläge ein Stück weit mitzutragen, damit wir die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen können. Das wäre für uns die Grundvoraussetzung, um die exorbitanten Preissteigerungen in den Griff zu bekommen.

Ich will noch eine Zahl ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen von einem Kraftakt gesprochen. Ich will damit unser Tun unterstreichen. Minister Herrmann und ich haben in allen sieben Regierungsbezirken Baukonferenzen abgehalten und die Problematik auf breitester Front bis hinunter zur kommunalpolitischen Ebene diskutiert. Darin waren sowohl die Kirchen und die freie Wirtschaft als auch Ämter- und Behördenvertreter einbezogen. Im Rahmen des Wohnungspakts Bayern werden allein für die erste Säule 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir circa 3.300 Wohnungen schaffen. Was uns besonders freut: Es sind bereits 14 Projekte sind am Laufen, ein Projekt wird bereits im Frühjahr fertiggestellt.

Ich meine, das sind ganz tolle Situationen. Wenn man von der Beschlussfassung vom Oktober ausgeht – jetzt schreiben wir Januar –, dann sind das ausgezeichnete Voraussetzungen.

Wenn Sie die zweite Säule, die Kommunen, betrachten, dann stellen Sie fest: Die Kommunen können nach Bedarf völlig selbstständig entscheiden. Dort stehen bis 2019 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Damit sollen bis zu 1.500 Wohnungen erstellt werden, nicht nur für Flüchtlinge, wie am Anfang diskutiert worden ist, sondern damit soll ganz breit sozialer Wohnungsbau ermöglicht werden. Das ist ausgezeichnet.

Wichtig ist mir – darum möchte ich es auch noch ansprechen –: Auch die Modernisierung von Bestandswohnungen wird gefördert. Die Umnutzung von anderweitig genutzten Gebäuden wird gefördert bis hin zu Grunderwerb und auch Abbruchmaßnahmen, die für Wohnungsbaumaßnahmen nötig sind. Ich meine, wir sind hier ausgezeichnet aufgestellt.

Ein letzter Satz dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen: 2,6 Milliarden Euro – die Summe ist noch nicht ange-

sprochen worden – sollen im Wohnungspakt Bayern in den nächsten Jahren investiert werden für bis zu 28.000 Wohnungen. Ich denke, das sind Vorhaben, die man schon ein Stück weit auch mit Stolz diskutieren kann. Vielen herzlichen Dank! Wir werden all die Gedanken, die angesprochen worden sind, obwohl wir in Bayern schon drei Novellierungen über die Bühne gebracht und damit entschlackt haben, aufnehmen und werden sie in unsere weitere Arbeit einfließen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9714 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)
Bildungs-Check und Bildungspass - Integration voranbringen (Drs. 17/9715)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Güll für die SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es vergeht wirklich kein Tag, ohne dass wir mehr oder weniger scharf und eindeutig und vielleicht auch manchmal in der falschen Art und Weise darüber reden, wie der Zuzug von Flüchtlingen begrenzt werden kann. Aber über die zentrale Frage, wie wir diese bei uns zugewanderten Bürgerinnen und Bürger integrieren, reden wir eigentlich fast nie oder fast nie so, dass wir daraus auch ein Konzept, eine Maßnahme ableiten könnten, wie wir erfolgreich Integration machen können.

Richtig ist natürlich: Dieses Hohe Haus hat noch im Dezember eine ganze Menge Geld für Integrationsmaßnahmen bereitgestellt. Die Frage ist nur: Wird das reichen? Das können wir vielleicht erst in ein paar Monaten sehen. Aber die zentrale Frage ist: Wie setzen wir dieses Geld ein? Welche Maßnahmen ergreifen wir? – Da reicht es eben nicht zu sagen, wir sind auf einem guten Weg, und die Instrumente, die wir haben, die wir bis jetzt gekannt haben, werden für diese große Herausforderung ausreichen.

Zu unserem Antrag will ich darauf hinweisen: Jede Förderung, die man macht, egal in welchen Einrichtungen, beginnt immer damit, dass man weiß: Welche Voraussetzungen erfüllt der Mensch, den ich fördern will, den ich weiterbringen will, dem ich Bildung zukommen lassen will? – Da reicht es natürlich nicht, nur zu wissen: Spricht er Deutsch, oder spricht er nicht Deutsch? Wenn er nicht Deutsch spricht, dann bekommt er halt einen Sprachkurs. Wenn er in einem Sprachkurs ist, wird sich ja sofort wie in allen Bildungseinrichtungen herausstellen: Die Voraussetzungen sind ganz unterschiedlich. Da lernt jemand schnell, da hat jemand mehr Grundbildung als andere. Das Sprachkursangebot muss passgenau sein.

Mich hat eine Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage unserer Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hellhörig gemacht, und so ist dieser Antrag entstanden. Auf die Frage, wie viele Analphabeten unter den Flüchtlingen sind und welches Ausbildungs- oder Schulniveau diese haben, war die Antwort: keine Daten vorhanden. Selbst auf die Frage, welchen Hintergrund die Flüchtlinge und Asylbewerber haben, musste man sich vonseiten der Staatsregierung auf die Erkenntnisse des BAMF, also des Bundesamts, verlassen oder zurückziehen. Von diesem wurden Anfang Herbst des letzten Jahres 105.000 Asylbewerber befragt. Aus dieser Befragung, die bundesweit stattgefunden hat, wissen wir, dass rund ein Drittel offensichtlich nur Bildung auf Grundschulniveau genossen hat oder gar keine und rund ein Drittel auf Mittelschulniveau. Aber wir wissen auch, dass mindestens ein Drittel offensichtlich auch höhere Bildung genossen hat, bereits auf der Universität war oder mindestens eine Art Gymnasium besucht hat.

Das kann doch eigentlich für uns nur einen Schluss zulassen: Wir müssen mit der Integrationsarbeit jetzt sehr schnell beginnen, um Defizite möglichst rasch auszugleichen. Deshalb brauchen wir Erkenntnisse über die Potenziale dieser Menschen, egal welchen Alters sie sind. Wir reden hier nicht nur von jungen Flüchtlingen, also Kindern und Jugendlichen, wir reden von allen Altersgruppen.

Deshalb unsere Überlegung – man kann sicherlich darüber reden, wie man es dann macht. Es ist, glaube ich, selbstverständlich, dass wir den Flüchtlingen einen Gesundheitscheck angedeihen lassen. Wir müssen wissen: Wie ist der Gesundheitszustand, was können wir hier machen? Ich glaube, es ist mindestens genauso wichtig zu wissen: Wie ist die Bildung der Menschen, die zu uns kommen? – Ich fordere deshalb mit meiner Fraktion, den Bildungscheck neben dem Gesundheitscheck verbindlich einzuführen.

Wo kann man das am besten machen? – Dort, wo alle, die zu uns kommen, das erste Mal zusammen sind, und das sind die Erstaufnahmeeinrichtungen. Hier ist der richtige Ort, und hier wäre auch der richtige Ort, diese Daten, die man mit geeignetem Personal erhebt, auch in einer Art Dokumentation, in einer Art Bildungspass – so nenne ich das jetzt einmal – zusammenzufassen, damit mit diesen Daten dann auch, wenn die Weiterverteilung der Flüchtlinge in die Landkreise und Städte erfolgt, zielgerichtet gearbeitet werden kann.

Hier, glaube ich, ist es mindestens genauso wichtig, auch die Frage zu stellen: Wer kann das machen? Wer soll dafür den Hut aufhaben? – Hier reicht es eben nicht zu sagen, das sollen die im Bund, das BAMF oder wer auch immer organisieren. Nein, Integration ist Länder- und letztlich auch kommunale Sache. Deshalb muss hier klar und deutlich der Freistaat Bayern für die Flüchtlinge, die bei uns bleiben, auch den Hut aufhaben und sich darum kümmern, dass dieser Bildungsscheck gemacht wird. Hier besteht eine klare Verantwortlichkeit für unsere Staatsregierung, die dem Bildungsministerium den Auftrag zu diesem Bildungsscheck geben und dann den Regierungen die Administration übertragen muss.

Damit wir aber hier auch wirklich Erfolge erzielen – Fortschritte im Spracherwerb usw. –, müssen die Bildungsangebote auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen beginnen, egal wie der Aufenthaltsstatus ist. Damit meine ich nicht den organisierten Sprachkurs; damit meine ich das erste Kennenlernen der deutschen Sprache, der Gepflogenheiten dieses Landes. Alle Flüchtlinge sind hier fremd, alle haben ihre Geschichte hinter sich, und man darf keine Zeit versprechen lassen. Ich bin sicher, Integration gelingt nur dann, wenn wir sofort damit beginnen.

Dafür haben wir bis jetzt in der Tat keine Konzepte. Dafür brauchen wir aber Konzepte. Deshalb bitte ich, hier einmal von den üblichen Ritualen abzuweichen und nicht zu sagen: Wir haben doch eigentlich schon alles geregelt. – Nein, wir haben hier nicht alles geregelt. Wenn Sie gelingende Integration wollen, dann stimmen Sie bitte dem Antrag zu. Er umfasst auch Konzepte für die Erfassung, die ersten Bildungseinrichtungen und Bildungsangebote, damit wir die Integration von Anfang an positiv gestalten können.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Für die CSU-Fraktion: Kollege Professor Waschler. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Güll, ich darf vorausschicken, dass wir dem Dringlichkeitsantrag nicht nur die große Sorge, sondern auch die gemeinsamen, verbindenden Bemühungen entnehmen, die wir auf dem Weg der gelungenen Integration teilen. Diese Sorge ist verständlich. Wir begrüßen es auch, dass wir darüber reden, den besten Weg zu finden.

Aber ich bitte auch festzuhalten, dass wir keineswegs in einer konzeptionslosen Zeit sind, sondern ganz im Gegenteil einen Rekord-Nachtragshaushalt hier im Hohen Haus verabschiedet haben. Mit der Sprachvermittlung als dem Schlüssel zur Integration in der Ausbildung, der Fortbildung und der Weiterbildung werden umfänglich ganz neue Wege beschritten. Deswegen müssen wir jetzt miteinander ringen, wo die Geldmittel am besten und am gewinnbringendsten für all die Menschen, die zu uns kommen und integriert werden wollen, eingesetzt werden.

Bei der Lektüre des Antrags ist festzustellen, wer wofür verantwortlich ist. Herr Kollege Güll, Sie haben das am Ende noch erwähnt. Hier sind Erstaufnahmeeinrichtungen genannt worden, und das Thema Gesundheitscheck ist angeklungen. Das ist natürlich das Erste und Notwendigste und liegt vorrangig in der Verantwortung des Bundes. Dabei geht es darum, festzustellen, wo Defizite im Hinblick auf Leib und Gesundheit liegen, diese Probleme zu beheben und dann herauszufinden, welche Menschen denn zu uns gekommen sind. Herr Kollege Güll, Sie haben vollkommen richtig gesagt, da muss festgestellt werden: Woher kommen sie, was für eine Ausbildung haben sie gehabt, haben sie eine Ausbildung gehabt, und wie sind ihre Sprachkenntnisse? – Aber ich betone ausdrücklich: Vorrangig ist der Gesundheitscheck, weil es wirklich um Leib und Leben der Menschen geht, die bei uns sind.

Zum Thema Sprache sagen mir die Experten querbeet, egal wen ich gefragt habe, dass der Spracherwerb ein sehr komplexer Prozess ist, der keinesfalls in einem Schnellverfahren ablaufen kann. Man darf sich auch nicht auf Selbstaussagen verlassen, die auf Fragen nach dem Motto "Wie gut kannst du denn deine eigene Sprache?" gemacht wurden, sondern hier müssen eingehende Tests durch qualifiziertes Fachpersonal erfolgen. Selbstaussagen zu trauen, ist bei uns schon problematisch. Wenn jemand unsere Sprache überhaupt nicht kennt und nur arabische Schriftzeichen lesen kann, braucht man erweiterte Kenntnisse. Diesen Vorgang in einem Schnellverfahren, in einem Erstaufnahmelager durchzuführen, ist eher problematisch, wie mir Experten gesagt haben.

Deshalb darf ich als Fazit feststellen - und das ist gängige Information von den Fachexperten -, dass es sich wesentlich besser im laufenden Betrieb regeln lässt. Wenn Kinder und Jugendliche in den Schulen und Einrichtungen angekommen sind – ich meine nicht die Erstaufnahmeeinrichtungen, wohlgernekt -, wenn Leib und Gesundheit stabilisiert sind – da sind wir wieder beieinander, Kollege Güll -, ist eine eingehende Analyse notwendig, wie man am besten helfen und die Kinder und Jugendlichen dort abholen kann, wo sie sich befinden, und dann intensiv beschulen kann.

Bei den Bemühungen um Deutsch als Zweitsprache trennt uns hinsichtlich der Zielrichtung über die Fraktionsgrenzen hinweg nichts. Ich kann nur feststellen – Sie haben es in der Begründung des Antrags erwähnt; leider sind Sie nicht darauf eingegangen, Herr Kollege Güll; denn darin stimmen wir auch überein -, dass es in der Sprachvermittlung unbedingt notwendig ist, dass man auf unsere Werte und unsere Kultur Bezug nimmt und mit der Sprachausbildung eine Wertevermittlung beginnt, die mit unseren kulturellen Werten und Grundlagen vereinbar ist. Dazu gehören selbstverständlich die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Bezug zur Bayerischen Verfassung und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wer hierzu nachlesen möchte: Wir haben in Wildbad Kreuth bei unserer Klausurtagung umfangreiche Resolutionen verabschiedet, die eins zu eins die Richtung wiedergeben, in die wir gehen wollen. Deswegen kann ich feststellen, dass ein persönlicher Bildungspass, wie auch immer er gestaltet sein soll, zum Erreichen der Ziele weniger notwendig ist als erfahrene Pädagogen, die ihr Handwerk verstehen. Da sind wir auf einem sehr guten Weg. Aber wie gesagt: Hinsichtlich der Wertevermittlung besteht über die Fraktionsgrenzen hinweg eine breite Einigkeit. So haben jedenfalls wir es festgestellt.

Es wird gesagt, dass mit den Schritten schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen begonnen werden müsste. Dazu kann man nur sagen: Auch hier hat Bayern Wege beschritten, um die uns andere Länder beneiden. Es freut uns immer wieder, wenn wir hören, dass die anderen Bundesländer mit großem Interesse wahrnehmen, was Bayern in den Erstaufnahmeeinrichtungen macht. Als Beispiel nenne ich die Sprachkurse von staatlichen Lehrkräften in den Einrichtungen in München, Deggendorf und Regensburg. Auch das ist ein Weg in die richtige Richtung. Da erbitte ich die Unterstützung der Opposition. Ergänzend darf ich auf staatlicher Seite all den Fachkräften, all den Menschen in den Hilfseinrichtungen, in den ehrenamtlich getragenen Organisationen und Institutionen ausdrücklich danken, die ihren Sachverstand einbringen, damit schon in den ersten Tagen gute Wege beschrit-

ten werden. Nebenbei erwähne ich die Vorkurse im Bereich der schulischen Bildung für die kleinen Kinder, die wir im Freistaat Bayern als Erste auf den Weg gebracht haben.

Eines dürfen wir uns bei dieser wichtigen Thematik nicht tun, wie ich betonen darf: nämlich dass wir bei der großen Arbeit, die in den Einrichtungen geleistet wird, in denen die Menschen zum ersten Mal Kontakt mit unserer Kultur und unseren Verhältnissen im Freistaat Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland haben, die Einrichtungen mit Dingen überlasten, die an anderer Stelle noch ein gutes Stück besser getan werden. Da muss man abwägen. In der Abwägung können wir nicht ein Mehr an Bürokratie brauchen, sondern wenn wir über Pässe reden, dann über solche, mit denen bescheinigt wird, dass die Gesundheit in Ordnung ist oder gesundheitliche Unterstützung notwendig ist. Wichtig ist auch, dass wir die Identitäten derer kennen, die zu uns kommen. Das muss im Fokus der Erstaufnahmeeinrichtungen sein. Ich sage das, ohne in irgendeiner Weise die Notwendigkeit der Integration und des Spracherwerbs herabwürdigen zu wollen.

In diesem Sinne bitten wir um Verständnis, dass wir diesen Antrag, so gut die Linie sein mag und so groß die Übereinstimmungen in manchen Dingen sein können, aufgrund der Sorge vor einer zusätzlichen Bürokratie ablehnen müssen. Ich denke, das tut der Tatsache keinen Abbruch, dass wir im Hohen Hause auch künftig einen guten gemeinsamen Weg zur gelingenden Integration beschreiten können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Waschler. – Für die FREIE-WÄHLER-Fraktion: Kollege Professor Piazolo. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim genauen Zuhören der Reden der Kollegen Güll und Waschler ist mir aufgefallen, dass ich beim Kollegen Güll die ersten dreieinhalb Minuten der Rede völlig unterstreichen kann und auch beim Kollegen Waschler dreieinhalb Minuten gefunden habe, in denen ich den Worten zustimmen konnte. Damit sind die Zeiten gerecht verteilt. Insofern kann ich zumindest das aufnehmen, was am Schluss gesagt worden ist: Bei unseren Gedanken, wie man die Integration von Flüchtlingen in Bayern gestalten kann, sollte man sinnvollerweise versuchen, einen breiten Konsens zu erzielen. Die Übereinstimmung verwundert höchstens, weil beide zu einem unterschiedlichen Ergebnis gekommen sind.

Erstens. Wichtig und auch der Ausgangspunkt des Antrags ist, dass wir bei der Thematik des Zuzugs von Flüchtlingen nicht nur über Sorgen, Ängste und Begrenzungen reden sollten, sondern auch über Chancen und ganz konkrete Schritte, wie Integration gelingen kann. Das ist in diesem Antrag angelegt. Da stimmen wir ausdrücklich zu.

Zweitens. Beide Vorredner haben gesagt, dass Bildung und Sprache für den Erfolg der Integration entscheidend sind. Das gilt besonders, aber nicht nur für die Kinder. Das gilt auch dann, wenn ein Teil der Flüchtlinge freiwillig oder unfreiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehrt. Auch dann nützt es, wenn sie Sprache erlernt und Bildung erfahren haben.

Die Frage ist – und da sind wir sicherlich unterschiedlicher Meinung –, welcher der richtige Weg ist. Das, was im Dringlichkeitsantrag der SPD verlangt wird, halte ich auch für richtig. Wir müssen relativ schnell erfahren und herausbekommen, welchen Bildungsstand die Flüchtlinge haben. Was ist dabei aber leistbar, und wann kann es geleistet werden? Herr Wachsler hat es auch angesprochen.

Wir, die Opposition, haben es durchaus begrüßt, dass der Freistaat Bayern viele neue Ressourcen, nämlich Lehrerstellen, geschaffen hat. Allerdings müssen wir fragen, ob diese Stellen überhaupt besetzt werden können. Das ist eine ganz große Herausforderung für die nächsten Monate. Dann stellt sich auch die Frage, wo wir diese Stellen einsetzen wollen. Wir sollten sie an den Schulen einsetzen. Die Vorklassen und die Übergangsklassen sind schon angesprochen worden. Wir sollten diese Planstellen – das ist bei diesem Dringlichkeitsantrag vielleicht auch nicht so gedacht – nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen einsetzen. Insofern sehe ich den Antrag kritisch.

Ich sehe ihn auch deshalb kritisch, weil ein bundesweit geltender Ausweis geplant ist, wenn ich es richtig weiß. In diesen bundesweit geplanten Ankunftsausweis soll auch der Bildungsstand aufgenommen werden. Dazu werden die Einrichtungen über das BAMF bundesweite Standards entwickeln. Deshalb stellt sich die Frage, ob wir zusätzlich noch landeseigene Standards entwickeln und vonseiten des Landes in diese Maßnahme einsteigen sollten. Ich glaube, dass wir das aktuell nicht leisten können. Wir müssen uns auch überlegen, wie viel Bürokratie das erfordert.

Wir FREIE WÄHLER erachten es als wichtig – dazu haben wir auch einen Dringlichkeitsantrag gestellt –, dass man Sprache schnell und fundiert lernt und dass man auch einen Bildungsscheck macht. Wir glauben aber, dass es sinnvoller ist, diesen Bildungsscheck am Anfang in der jeweiligen Region, auf Landkreisebene

zu machen. Wir haben dazu eine Clearingstelle gefordert. Man kann sich überlegen, ob man diesen Bildungsscheck recht schnell in den Vorklassen oder den Übergangsklassen macht.

Als sinnvoll erachten wir auch die Abstimmung in den Bildungsregionen. Man muss sich sehr schnell überlegen, ob das jeweilige Kind in die Mittelschule kommt, oder ob es die Chance hat, in die Realschule oder sogar auf das Gymnasium zu kommen. Das muss in der jeweiligen Region abgestimmt werden. Dafür, glaube ich, ist die Landkreisebene der bessere Ansatz als die Landesebene. Das gilt vor allem dann, wenn der Bund hier schon aktiv ist. Deshalb halten wir es auch für sinnvoll, mit den Lehrerverbänden zu sprechen und sich abzustimmen.

Wir werden heute dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Wir begrüßen aber das Anliegen und sind zu konstruktiven Gesprächen darüber bereit, wie man das angedeutete und angesteuerte Ziel gemeinsam erreichen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Piazzolo. - Mit Riesenschritten kommt schon Frau Kollegin Kamm. Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag zustimmen; denn er geht in die richtige Richtung. Sie wollen Integration durch Bildung und Beruf beschleunigen und schneller voranbringen. Wir sagen: Integration muss so früh wie möglich, am besten sofort, beginnen, wenn sie erfolgreich sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu müssen so schnell wie möglich die Weichen richtig gestellt werden. Allerdings glauben wir nicht, dass ein Bildungsscheck so schnell funktioniert wie ein Gesundheitscheck. Der Bildungsscheck erfordert qualifiziertes Personal. Er erfordert Zeit und Mühe. Diese Mühe muss aufgewendet werden, egal ob in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder in einem Landkreis. Ein qualifiziertes Beraterteam könnte diesen Check sehr wohl auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen durchführen, damit möglichst früh klar ist, in welche Richtung es weitergehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Angebote von Integrations- und Sprachkursen sollte es unserer Meinung nach bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen geben. Eine Wertevermittlung ist ohne Sprachkurs schwer vorstellbar. Wir sollten von

den Flüchtlingen nicht nur fordern, die Sprache so schnell wie möglich zu erlernen, wir sollten ihnen das auch ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Dazu wird mein Kollege Thomas Gehring beim übernächsten Antrag sprechen.

Sie fordern ein Konzept für einen Bildungsscheck. Wir sagen: Eine einheitliche und bundesweite Abfragesystematik, wie sie zum Beispiel in Niedersachsen für die Hochschulzulassung gilt, ist durchaus sinnvoll; denn es hat wenig Sinn, wenn jedes Bundesland oder, wie in Bayern, sogar jede Universität ein eigenes System entwickelt, nach dem die Hochschulreife von Flüchtlingen geprüft und klassifiziert werden soll. Wir wollen auch, dass die Universitäten, die sich derzeit dieser Arbeit mit großem Engagement annehmen, nicht alleine gelassen werden. Sie machen das mit vorhandenem Personal. Sie haben keine Verstärkung bekommen. Sie bitten um eine Verwaltungskraft, wurden aber bisher noch nicht berücksichtigt. Für diese Arbeit ist eine personelle Verstärkung nötig.

Wir müssen nicht nur die Bildung klären, sondern wir müssen auch möglichst frühzeitig die im Ausland erworbenen Schulabschlüsse, beruflichen Qualifikationen, Berufsabschlüsse und Berufserfahrungen erfassen. Das wäre ein wichtiger Bestandteil unseres Maßnahmenkatalogs für eine schnellere berufliche Integration. Dies ist auch erforderlich, um ein Maßnahmenpaket für die erforderlichen ergänzenden Qualifizierungen und Nachqualifizierungen zu entwickeln.

Mich erfüllt es mit großer Sorge, dass zum Beispiel die Jobcenter, die zukünftig auch einen Teil dieser Maßnahmen tragen sollen, keine zusätzlichen Mittel für die Integration bekommen. Im Gegenteil, ihnen sind diese Mittel sogar halbiert worden. Hier muss bundesweit ein Richtungswechsel erfolgen. Die Jobcenter sind nämlich gefordert, passgenaue Fördermaßnahmen anzubieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusätzlich müssen wir weitere Studien und Berufsausbildungen zum Beispiel mit BAföG oder Stipendien fördern. Dazu müssen wir auch den jeweiligen Aufenthaltsstatus klären. Dabei hat Bayern bisher kein Ruhmesblatt vorzuzeigen. Bayern hat zwar mit der Wirtschaft eine Vereinbarung darüber geschlossen, dass eine bestimmte Anzahl von jungen Menschen in die Ausbildung gebracht werden soll. In Nordrhein-Westfalen haben aber doppelt so viele Menschen wie in Bayern eine Aufenthaltsgestattung zum Zweck der Ausbildung bekommen. Daran sieht man, wie weit

Bayern hintendran ist. Deshalb brauchen wir in der Zukunft mehr Tempo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Besten Dank, Frau Kamm. - Für die Staatsregierung darf ich jetzt Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort erteilen. Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag spricht ein ganz wichtiges Thema an, dem wir uns auch sehr intensiv widmen. Vorwegschicken möchte ich, dass kein Land in Deutschland bei der Integration so erfolgreich ist wie Bayern. Bei uns gelingt die Integration, weil wir wissen, was dafür notwendig ist, und weil wir dafür auch viel investieren. Deswegen mache ich mir übrigens auch große Sorgen um Bundesländer, die keine Rücklagen haben, die nicht so investieren können wie wir in Bayern. Ich frage mich, wie dort Integration gelingen kann. Das ist nur eine Nebenbemerkung.

(Beifall bei der CSU)

Weil bei uns Integration gelingt und weil wir wissen, was die Voraussetzungen dafür sind, machen wir uns auch große Gedanken darüber, unter welchen Voraussetzungen Integration weiterhin gelingen kann.

Wir investieren viel. Wir haben erst im Dezember 160 Millionen Euro im Nachtrag beschlossen. Dafür herzlichen Dank! Herzlichen Dank auch an alle Parteien, die mitgeholfen haben, dass die Planstellen bereits am 01.01. zur Verfügung standen. Das tut uns insgesamt sehr, sehr gut.

Zu dem Antrag: Wir haben das gemeinsame Ziel, dass die Integration von Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, weiterhin gelingt. Dazu brauchen wir Sprache, dazu brauchen wir Bildung und Wertevermittlung, dazu brauchen wir berufliche Perspektiven. Völlig richtig ist natürlich, dass wir dazu möglichst bald wissen sollten, wie der Bildungsstand, die Sprachkenntnisse, die Abschlüsse und die Berufserfahrung sind. Jetzt kommen wir aber zu der entscheidenden Frage, wo und durch wen dies festgestellt werden soll. Ich möchte das differenzieren, um das auch darstellen zu können.

Beginnen wir bei den schulpflichtigen Kindern. Ich glaube, der richtige Ort ist hier die Schule und nicht die Erstaufnahmeeinrichtung. In der Schule sind die Kompetenzen vorhanden, die wir brauchen. Das sind die Lehrer, die Beratungslehrkräfte, die Schulpsychologen. Dort ist aber auch die Zeit für die Kinder - die Zeit, um anzukommen und sich zu stabilisieren, aber

auch, um die Flucht und die schlimmen Erfahrungen hinter sich zu lassen. Ich glaube, diese Kompetenz und diese Zeit sind notwendig, um dann das Leistungspotenzial richtig beurteilen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Bei den berufsschulpflichtigen Kindern sind wir schon viel weiter als der Antrag. Hier ist die richtige Frage: Wen brauchen wir dafür? Wir brauchen eindeutig Partner. Der große Partner in diesem Bereich ist für uns die Bundesagentur für Arbeit, und unser Ziel ist, ein Screening zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit bzw. auf örtlicher Ebene insbesondere mit den Arbeitsagenturen durchzuführen.

Dann kommen die schulischen Angebote; diese kennen Sie. Es sind zum einen die Berufsintegrationsklassen, zum anderen sind es auch andere Angebote.

Ein weiterer Punkt ist der Übergang von der Schule in den Beruf. Diesbezüglich gibt es unter anderem ein Projekt der Stiftung Bildungspakt Bayern unterstützt von der vbw. Für diejenigen, für die dieser Übergang nicht nahtlos möglich ist, gibt es dann auch noch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen.

Wir benötigen hier also Partner, weil der Staat das nicht alleine leisten kann. Aus unserer Sicht ist dafür auch die Erstaufnahmeeinrichtung nicht der richtige Ort, sondern dies muss vor Ort in den Landkreisen und zusammen mit der Bundesagentur geschehen.

Bei den Erwachsenen benötigen wir noch viel mehr Partner. Hier gibt es in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer, der IHK, der vbw und mit der Bundesagentur für Arbeit die große Initiative "Integration durch Ausbildung und Arbeit". Darin sind ehrgeizige Ziele formuliert: in diesem Jahr 20.000 Praktikumsplätze, Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze und bis Ende 2019 60.000 Vermittlungen in Ausbildung und Arbeit.

Das Anliegen des Antrags ist deshalb völlig richtig. Wir wollen, dass Integration gelingt. Aber man muss genau schauen und übrigens auch noch gemeinsam diskutieren, wo und mit wem dies am besten umgesetzt werden kann. Ich glaube, dann kommt man zu einer differenzierteren Antwort, wie ich das gerade in groben Zügen dargelegt habe.

Zum Schluss möchte ich mich bei all denjenigen herzlich bedanken, die Tag für Tag dafür arbeiten, dass Integration gelingt: bei den staatlichen Stellen und, nachdem es heute um ein Bildungsthema geht, insbesondere bei den Schulen, aber auch bei den Kommunen, Hilfsorganisationen, Ehrenamtlichen und unse-

ren Partnern aus der Wirtschaft. Nur zusammen können wir diese große Aufgabe meistern.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ja, das war jetzt ein überraschendes Ende, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich spreche kurz und knapp.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben aber noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Güll. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Herr Staatssekretär, ich möchte noch einmal klarstellen: Es geht jetzt einfach nur darum, den richtigen Ort zu finden, an dem man diese Arbeit verlässlich erledigen kann. Natürlich kann das alles in den Landkreisen geschehen. Aber die Frage ist, wie wir die Zeit nützen. Unsere Fraktion hat eine Erstaufnahmeeinrichtung besucht, und wir haben gesehen, dass dort sehr viele Möglichkeiten bestünden, diese grundsätzlichen Arbeiten zu beginnen. Klar ist auch, dass das fortgesetzt werden muss.

Wir sprechen nicht nur von Schülern; wir sprechen von sehr vielen jungen Erwachsenen und auch Erwachsenen, die Bildung benötigen. Wir wissen auch, dass soundso viele in den Berufsschulen gar nicht unterkommen, weil wir sie gar nicht alle erfassen können. Trotzdem benötigen wir ein passgenaues Angebot für all diese Menschen. Die Erwachsenenbildungsträger sagen uns doch: Leute, wir schaffen das nicht. Wir müssen sie klassifizieren, wir sollen die Angebote konzipieren. Man könnte das doch alles schon ein Stück weiter vorne anlegen. Welche Angebote brauchen wir, welche Angebote müssen die Landkreise machen, wie können wir die Erwachsenenbildungsträger unterstützen? - Das sind alles Dinge, die man bei gutem Willen angehen kann. Bürokratie ist es so oder so. Die Frage ist aber: Kann man es an der Stelle machen, wo noch Zeit ist und man eine Verlässlichkeit herbringt, um diese Dinge zu machen? - Wir können gerne darüber sprechen, ob das dann in einen Bildungspass oder, wie der Herr Kollege Piazzolo gesagt hat, irgendwo anders eingetragen wird.

Diese Sachen können nicht jedes Mal von Neuem beginnen, wenn die Jugendlichen, die Menschen in den Einrichtungen aufschlagen. Das ist auch klar. Das ist einfach nur der Hinweis darauf, sehr schnell mit diesen Dingen zu beginnen. Ich glaube schon, dass man das zumindest in Erwägung ziehen müsste, ob vielleicht schon dort der richtige Startpunkt für diese Arbeit ist.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Lieber Martin Güll, du weißt ja, dass wir uns guten Ideen nicht versperren und wir auch noch nicht alles im Detail beschlossen haben, weil die Aufgabe groß ist und wir Dinge auch noch weiterentwickeln müssen. Ich habe versucht, das ein wenig differenzierter darzustellen. Wir müssen zwischen schulpflichtigen Kindern, berufsschulpflichtigen Kindern und Erwachsenen unterscheiden. Ich habe auch versucht, zu zeigen, wen wir als Partner brauchen und wo die Kompetenzen liegen. Es ist schwierig, wenn die Kompetenzen vor Ort vorhanden sind und in den Erstaufnahmeeinrichtungen nicht. Das ist die eine Frage.

In den Erstaufnahmeeinrichtungen ist natürlich noch nicht geklärt, wie die Bleibeperspektive ist. Ich glaube aber, dass auch das notwendig ist.

Wir haben mit den Partnern IHK und Handwerkskammer diskutiert, ob das für die Erwachsenen der richtige Ort ist. Zum Teil gibt es diesbezüglich aber auch schlechte Erfahrungen, sodass unsere Einschätzung die ist, dass eine Kooperation mit den Partnern vor Ort erfolgreicher wäre.

Wenn es andere Ergebnisse oder Erkenntnisse im Laufe der Zeit gibt: Wir stehen sowieso im Dialog mit allen, auch mit dem Hohen Haus, und sind gerne bereit, weil uns das Ziel eint und wichtig ist, dann entsprechende Änderungen vorzunehmen. Ich glaube aber, das weißt du.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9715 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. – Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. – Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundgesetzverstoß beenden - Unverzüglich Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen (Drs. 17/9716)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU)

Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen (Drs. 17/9734)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, kein Thema beschäftigt derzeit unsere Bürger, unsere Kommunen und die Öffentlichkeit so sehr, wie die Frage: Wie geht es in der Flüchtlingspolitik weiter? - Wir FREIEN WÄHLER fordern, dass die Politik wieder Herr der Lage werden muss im Bereich der Flüchtlingspolitik, weil wir an vielen Stellen sehen, dass man reagiert, dass man Getriebener ist.

Genauso fordern wir die Einhaltung geltenden Rechts als Teil einer Lösungsstrategie, anstatt zu sagen: Okay, in vielen Fällen herrscht vielleicht ein übergesetzlicher Notstand, und wir schauen nicht so genau hin. – Stattdessen muss man sich auf rechtsstaatlichen Boden begeben und sagen: Jawohl, wir müssen geltendes Recht einhalten. – Das ist der Appell, den eine Reihe von Verfassungsrechtlern in den Raum stellen. Die derzeit praktizierte rechtliche Praxis ist nicht auf dem Boden der Gesetze. An den Grenzen wird geltendes Recht nicht durchgesetzt, kann nicht durchgesetzt werden, und daraus werden Folgen abgeleitet, die uns viel Geld kosten, die in vielen Fällen vielleicht die innere Sicherheit gefährden und auch aus Sicht vieler Kommunalpolitiker so nicht mehr länger hingenommen werden können.

In diese Debatte hinein kommt der Vorstoß der CSU-Staatsregierung, einen Brief nach Berlin zu schreiben und die Bundesregierung aufzufordern, geltendes Recht wieder einzuhalten, und mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht zu drohen mit dem Hinweis, dass geltendes Recht eingehalten werden müsse.

Meine Damen und Herren, so weit, so gut. Ich glaube, dass es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, geltendes Gesetz anzuwenden, und dass dies nicht in den Ermessensspielraum einer Regierung gestellt werden kann nach dem Motto: Jetzt schreiben wir mal einen Brief, dann warten wir ab, wie die Reaktionen sind, und behalten uns vor, hier tätig zu werden. – Wir sitzen hier über alle Parteigrenzen hinweg als Vertreter der bayerischen Bevölkerung. Die Staatsregierung hat die Interessen Bayerns zu vertreten und nicht die Brille eines Regierungs- oder Koalitionspartners in Berlin aufzuhaben

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zu sagen, es liege in unserem Ermessen.

Meine Damen und Herren, es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was Sie sagen würden, wären Sie in Berlin in der Opposition und wäre dort eine rot-grüne Bundesregierung. Sie würden sich als die Bayerische Staatsregierung gerieren und sagen: Das geht so überhaupt nicht, wir müssen klagen, und zwar sofort. – Deshalb wollen wir Sie an die Rolle, die Sie hier in unseren Augen einzunehmen haben, erinnern. Sie sind in erster Linie die Staatsregierung und nicht CSU-Koalitionspartner in Berlin, der einer Frau Merkel nicht zu nahe treten will. Sie haben die Interessen unserer Kommunen und die Interessen des Freistaats zu vertreten. Sie sehen doch die vielen Milliarden Euro, die im Nachtragshaushalt nachgeschoben werden mussten. Das werden nicht die letzten Milliarden sein, weil die Flüchtlingspolitik auf Dauer so nicht funktionieren wird.

Natürlich ist uns bewusst, dass mit einer schnellen Klage und dem entsprechenden Beschluss eines Gerichts nicht alles in Butter wäre und nicht alle Probleme gelöst wären. Aber trotzdem sind wir davon überzeugt, dass ein Hinwirken auf Rechtmäßigkeit Teil einer Lösungsstrategie sein wird, weil damit eine Frau Merkel und ihr politisches Umfeld in Zugzwang gebracht werden, genügend Bundespolizei und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die Herausforderungen in Bayern bewältigen zu können, und damit genügend Geld in den Landkreisen ankommt. Ein Landkreis in Bayern hat aktuell durchschnittlich 20 bis 40 Personen auf eigene Rechnung angestellt, um diese Herausforderungen abarbeiten zu können. Das sind Dinge, die wir lösen müssen. Da können wir nicht sagen, das ist alles nur Berlin.

Nein, meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER fordern einen Masterplan zur Flüchtlingssituation in Bayern, der das abbildet, was Bayern tun kann. Da haben wir FREIE WÄHLER, weiß Gott, viele Vorschläge eingebracht. Wir haben für den Nachtragshaushalt mindestens eine Million Euro gefordert, um Hilfsgüter für Herkunftsregionen zur Verfügung zu stellen. Das wurde abgelehnt. Seit letztem Sommer haben wir gefordert, mehr Asylrichter anzustellen. Dem ist irgendwann mit Zähneknirschen zugestimmt worden ist. Das ist aber noch nicht Realität geworden. Die Leute sitzen noch nicht auf ihren Sesseln. Die Polizei ist nach wie vor nicht auf Soll-Stärke. An vielen Stellen ist das, was Sie in Bayern tun könnten, nicht getan. Ich habe Ihnen bereits im Sommer vergangenen Jahres an dieser Stelle den Vorwurf gemacht, nicht alles zu tun, was Sie tun könnten. Jetzt haben Sie diese politische Aktion gestartet, die Sie medienwirksam sehr gut vorbereitet haben. Sie tragen immer Ihren Brief vor sich her und sagen: Ja, wir schreiben einen Brief, und

dann behalten wir uns vor zu klagen. – Meine Damen und Herren, die Bevölkerung erwartet Taten statt Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die politische Mitte dieses Thema ernsthaft angeht, damit nicht alles in einem parteipolitischen Hickhack endet. Wir dürfen uns nicht gegenseitig nur Versagen an den Kopf werfen, sondern wir müssen ganz konkret die Lösungsvorschläge aufzählen. Ich habe Ihnen vorher fünf Vorschläge aufgezählt. Ich kann Ihnen noch ein paar aufzählen, um dem Vorwurf zu entgehen, der Aiwanger schimpft nur. Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gebracht. Ich bin überzeugt davon, dass die Kommunen bei einem Masterplan Bayern zur Bewältigung der Flüchtlingssituation die zentrale Rolle spielen müssen. Hören Sie sich die Anliegen der Bürgermeister, der Landräte und der kommunalen Ebene an, und Sie werden einen Großteil der Lösungsansätze finden, die wir brauchen, um die nächsten Monate ordentlich über die Bühne zu bringen. Machen Sie parallel dazu auf Berliner Ebene bitte das, was Sie tun müssen. Sie regieren im Freistaat allein. Sie brauchen sonst niemanden zu fragen.

Ich sage es nochmal: Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass ein Richterspruch vor dem Bundesverfassungsgericht alle Probleme von heute auf morgen lösen würde. Aber wir müssen gegenüber der Öffentlichkeit zeigen, dass wir alles in die Wege leiten, um zu verfassungsgemäßen Zuständen zurückzukehren, dass wir es nicht hinnehmen, nicht mehr auf dem Boden des Gesetzes zu agieren, meine Damen und Herren.

Das ist kein Einfall der FREIEN WÄHLER. Das hören Sie auch aus der Polizeigewerkschaft, das hören Sie aus Justizkreisen, das hören Sie aus dem Deutschen Städte- und Gemeindetag und dergleichen mehr. Sie fordern nicht mehr und nicht weniger als die Anwendung geltenden Rechts. Ich bin kein Befürworter diverser Gesetzesverschärfungen, wie sie in den letzten Wochen wieder aus allen Ecken gekommen sind, wer denn sofort abgeschoben werden müsse usw. Das sind alles Schlagzeilen für die Medien; sie sind aber nach drei Tagen verpufft und vergessen. Stärken Sie bestehende Institutionen. Dabei ist als Nummer eins die Kommune zu nennen, da ist der ganze Justizapparat zu nennen, da ist die Polizei zu nennen, da sind die Hilfsorganisationen zu nennen. Das kann Bayern tun; deshalb mein Appell.

Die Fraktionsvorsitzenden sind zu dieser Flüchtlingsthematik im vergangenen Sommer mit dem Herrn Ministerpräsidenten zusammengesessen. Damals gab

es noch die große Debatte, ob wir uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Die Reduzierung der Zuwanderungszahlen ist aus heutiger Sicht ein allgemein anerkanntes Ziel. Vor einem halben Jahr haben wir noch darüber diskutiert, ob das überhaupt ein politisches Ziel sein kann. Heute muss es Aufgabe sein, ein weiteres Gespräch mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu führen mit der Zielsetzung eines Masterplans Bayern zur Flüchtlingspolitik, in dem es in der ersten Zeile heißt: Die Kommunen sind zu stärken und in die Lage zu versetzen, diese Probleme zu lösen. – Machen Sie bitte parallel dazu in Berlin klar Schiff, tragen Sie diese Themen vor, und gehen Sie den Weg der Verfassungsklage! Warten Sie nicht einen Brief und die Antwort darauf ab. Zwar ist es besser, als nichts zu tun; aber vielleicht haben wir FREIE WÄHLER an dieser Stelle nicht mehr die Geduld, wieder wochenlang zu warten, wenn unseren Bürgermeistern teilweise der Schweiß auf der Stirn steht und sie sagen: Morgen kommt wieder eine Gruppe von Flüchtlingen an, die untergebracht werden muss.

Unser Appell lautet: Handeln Sie! Hören Sie auf zu reden, und handeln Sie! Handeln Sie schnell! Es ist höchste Zeit, damit wir als Demokraten der Mitte zeigen, dass wir das Thema wieder in den Griff bekommen, und damit uns das Thema nicht immer mehr entgleitet. Wir müssen das schaffen, und wir schaffen das nur, wenn Bayern alles tut, was es tun kann, und wenn die Kommunen dabei gestärkt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Aiwanger. – Für die CSU-Fraktion: Kollege Zellmeier. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste ich der Fraktion der FREIEN WÄHLER danken, dass sie das Thema Klage auf die Tagesordnung gebracht hat. Nachdem ich mir Ihre Ausführungen angehört habe, Herr Kollege Aiwanger, muss ich Ihnen allerdings sagen: So einfach, wie Sie sich das immer machen, ist es halt leider nicht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Das sagt ein Vereinfacher zum anderen! – Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt der eine Populist zu dem nächsten!)

Sie reden von einem Masterplan. Sie bezeichnen die Bundeskanzlerin als "eine Frau Merkel". Das zeigt, dass Sie der Thematik nicht gewachsen sind.

(Zuruf von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einerseits unterstützen Sie unsere Linie. Das ist hoch erfreulich. Andererseits müssen Sie aber auch eingestehen, dass Ihr Beitrag nicht besonders groß war. Sie haben nur das unterstützt, was die CSU und die Staatsregierung vorgegeben haben. Welche Ideen haben Sie denn wirklich eingebracht?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hilfsfonds, Asylrichter – alles noch nicht passiert!)

Ich meine Vorschläge, die weiterführen. Ich nenne beispielsweise die Balkanzentren, die Beschränkung des Familiennachzugs sowie Leistungskürzungen. Diese Vorschläge und vieles darüber hinaus sind doch von uns gekommen. Dazu zählt auch der Vorschlag, einmal die Rechtslage tatsächlich prüfen zu lassen: Ist das, was wir vorschlagen –, was in Berlin immer wieder behauptet wird, leider behauptet das zum Teil auch unsere Schwesterpartei – nicht eigentlich rechtswidrig? – Das wurde durch viele Fachleute mittlerweile belegt. Die Bundesregierung hat die Grenzen geöffnet, ohne den Bundestag einzuschalten. Sie hat gegen den Flüchtlingsstrom nichts unternommen und auf eine europäische Lösung gesetzt. Ich möchte betonen, dass wir uns alle eine europäische Lösung wünschen, aber das alleine ist nicht ausreichend. Das wird uns jetzt bestätigt.

Das war ein langer Weg. Wir mussten ein Gutachten in Auftrag geben. Wir mussten den Brief schreiben, den Sie als "diesen Brief" bezeichnen. Er ist wichtig, weil wir die Bundesregierung zum Handeln auffordern müssen. Die Bundesregierung muss antworten können. Sie muss sich damit beschäftigen. Die Aufforderung zum Handeln ist nicht bloß eine Formalie, sondern ein wirkliches Anliegen von uns. Wir als kleinster Teil der Koalition sollten nicht nur in diesem Punkt, sondern auch in den vorhergehenden Punkten endlich Recht bekommen. Viele unserer Anregungen sind umgesetzt worden, soweit sie nicht von der SPD verzögert werden.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt vor allem für den Familiennachzug. Der Herr Gabriel hat –

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie werfen uns vor, nur von "Frau Merkel" zu sprechen. Zu ihm sagen Sie "Herr Gabriel"!)

– Herr Vizekanzler Gabriel. Sie haben recht. Die Kritik nehme ich an. Herr Kollege Rinderspacher, das macht das Verhalten des Herrn Vizekanzlers nicht besser. Er geht in die Koalitionsrunde und stimmt dort vernünftigen Vorschlägen aus unseren Reihen zu. Danach fällt er in der Partei um. Im Rahmen Ihres Parteitages

haben Sie ihm gezeigt, dass Sie nicht hinter ihm stehen. Das ist sehr bedauerlich. Wenn ein Vizekanzler für seine Partei zustimmt, sollte die Partei dies auch umsetzen. Angesichts der Größenordnung an Menschen, die derzeit tagtäglich zu uns kommen, wissen wir, dass wir einen enormen Familiennachzug nicht verkraften können. Eine Aussetzung für ein Jahr ist gar nichts.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ist das das Familienbild der CSU? Die Eltern werden getrennt!)

– Wir tun keiner Familie einen Gefallen, wenn wir den Eindruck erwecken, dass es so einfach geht: Man schickt einen jungen Mann voraus, und alle anderen kommen automatisch nach.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Der Vater!)

Dann werden Schleusergeschäfte angekurbelt. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen den Familien dort helfen, wo sie sind, nämlich in den Flüchtlingslagern in der Türkei, in Jordanien und im Libanon.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Was macht Bayern in Jordanien? – Nichts!)

– Was Bayern in Jordanien macht? – Sie kennen doch die Lage. Dafür ist der Bund zuständig, der gemeinsam mit den europäischen Staaten eine Hilfe in Höhe von drei Milliarden Euro in Aussicht gestellt hat. Die Mittel sind noch nicht da. Wir Bayern können nicht handeln. Herr Kollege Gehring, wenn Sie der Meinung sind, Bayern sollte selbstständig werden, habe ich dafür Sympathien. Solange wir jedoch nicht selbstständig sind, können wir in Jordanien und in der Türkei nicht handeln. Deshalb werden wir mit unserem Kurs fortfahren und weiterhin klar sagen: Wir fordern die Bundesregierung und alle sie tragenden Parteien auf – Herr Kollege Rinderspacher, da sind Sie als zweitgrößter Koalitionspartner mit dabei –, Schritte zu unternehmen, die die anderen europäischen Länder unter Druck setzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Gehören Sie noch dazu? Tragen Sie die Regierung noch mit?)

Das sage ich ganz klar. Wenn vorübergehende – keine andauernden – Grenzkontrollen kommen, die wir angeregt haben – das alles ist von uns gekommen –, und sie konsequent umgesetzt werden, wird auf andere europäische Staaten ein Druck ausgeübt. Damit entsteht ein Dominoeffekt. Dann wächst die Bereitschaft, wieder nach Schengen zu handeln. Woher kommen die Probleme wie die hohen Kosten, die Integrationsprobleme und die Sicherheitsproblematik, die wir in Bayern und Deutschland erleben und unter

denen manche Kommunen auch leiden müssen? – Das kommt daher, weil alle anderen Länder die Flüchtlinge durchlassen und sagen: Die Deutschen nehmen sie ja freiwillig. – Das widerspricht der Rechtslage. Wir müssen wieder rechtmäßige Zustände herstellen. Deshalb werden wir als letztes Mittel, wenn es gar nicht anders geht, klagen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wann ist das zu erwarten?)

– Jetzt warten wir erst einmal die Antwort der Bundesregierung ab, Herr Kollege Aiwanger. Wenn wir die Antwort haben, werden wir uns damit beschäftigen. Sicherlich wird eine Klage folgen, wenn bis dahin keine entscheidenden Schritte getan worden sind. Darauf können Sie sich verlassen. Alles, was wir gesagt haben, haben wir auch umgesetzt.

Für die Balkanzentren, die wir eingerichtet haben, sind wir bundesweit gescholten worden. Jetzt wissen wir, dass es funktioniert. Jetzt fordern andere Ministerpräsidenten von der roten und der grünen Couleur ebenfalls die Einrichtung solcher Zentren, in denen die Fälle jener bearbeitet werden, die keinerlei Chance auf Bleiberecht haben. Das bedeutet, unser Beispiel ist maßgebend für andere. Wir sind darauf angewiesen, dass das andere Länder auch tun. Es reicht nicht, wenn nur Bayern die richtigen Schritte geht. Die anderen Bundesländer, die bedauerlicherweise weitgehend rot-grün regiert werden, müssen nicht nur reden, sondern auch handeln.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Frau Kollegin Bause, Sie wechseln jetzt in den Bundestag. Sie werden sehen, dass sich manche Dinge anders darstellen. Sie werden Ihren Wechsel noch bedauern.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Hier in Bayern ist die Lage in Ordnung. Sie leben in einem Land mit geordneten Verhältnissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich doch einmal die Länder an, die über viele Jahre rot-grün regiert worden sind. Das ist ein Trauerspiel. Das muss man ganz ehrlich sagen. Wenn Sie als Oppositionspartei und als SPD, die im Bund Regierungspartei ist, so weitermachen, werden noch viele Länder die Regierungen wechseln müssen. Wenn wir auch in der Asylpolitik mit unserer Schwesterpartei nicht einig sind, ist eines sicher: In der Wirt-

schaftspolitik und in vielen anderen Bereichen macht die Union insgesamt eine viel bessere Politik als Sie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mindestlohn-Bürokratie oder Ausländermaut!)

– Die Mindestlohn-Bürokratie kommt auch von der SPD-Ministerin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Stromtrassen!)

– Sie können jetzt noch mehr Beispiele bringen. Ich will jetzt nicht auf den Mindestlohn eingehen. Wir haben den Mindestlohn in der Koalition vereinbart. Die Umsetzungsschritte und die konkrete Ausgestaltung lehnen wir jedoch ab. Das wissen Sie auch. Darüber brauchen wir nicht im Detail zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, obwohl er in seiner Grundrichtung in Ordnung ist. Das Drängen der FREIEN WÄHLER, die nicht abwarten wollen, was uns die Bundesregierung antwortet, geht uns zu schnell. Wir müssen diese paar Wochen noch abwarten, damit wir ordnungsgemäß reagieren können und eine Klage auch wirklich Erfolg hat. Lieber Herr Kollege Aiwanger, wir müssen diese Zeit wirklich noch abwarten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie hatten schon monatelang Zeit!)

– Jede Woche schmerzt uns. Das ist richtig. Diese paar Wochen müssen wir jedoch noch aufbringen. Dann können Sie sicher sein: Wenn sich nichts tut, werden wir Klage einreichen; denn sonst hätten wir das Gutachten nicht in Auftrag gegeben und die entsprechenden Schritte eingeleitet.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Zellmeier, einen kleinen Moment bitte. Sie müssen auch noch ein bisschen abwarten, wenn ich das aufgreifen darf. Mir liegen zwei Zwischenbemerkungen von Frau Kollegin Kamm und Herrn Kollegen Pohl vor. Frau Kamm, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Zellmeier, Sie haben die Rückkehrzentren als gut funktionierende Einrichtungen gelobt. Ich würde Ihnen raten, sich die Zentren erst einmal anzusehen. Schauen Sie mal, wie viele Asylsozialberater dort sind. Schauen Sie, ob es eine funktionierende Rückkehrberatung gibt. Schauen Sie, in welchen Situationen Flüchtlinge von Bayern zurückgeschoben werden. Ich kenne den Fall einer achtköpfigen Familie, die von Bayern in die Ob-

dachlosigkeit nach Südserbien abgeschoben worden ist. Das macht Bayern. Die Familie war fünf Jahre hier. In den Rückkehrzentren gibt es keine Anlaufstellen, keine Beratungen oder Hilfen. Es geht bloß darum, die Menschen so schnell wie möglich rauszubringen. Über die Umstände im Hinblick auf das Catering, die Decken usw. möchte ich gar nichts sagen. Schauen Sie wenigstens, dass in den Rückkehrzentren menschenwürdige und anständige Verhältnisse herrschen, bevor Sie sie so loben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Josef Zellmeier (CSU): Die Rückkehrzentren sind – wie ich höre, zu Ihrem Bedauern – erfolgreich, weil die Zahl der Rückkehrer tatsächlich deutlich gestiegen ist. Das gilt auch für die freiwilligen Rückkehrer. Die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, ist extrem zurückgegangen. Ziel war es klarzumachen: Wer in Serbien, im Kosovo oder Makedonien – wo auch immer – sein Haus verkauft und glaubt, das Land verlassen zu können, um hier sein Glück zu finden, lebt im Irrtum. Er lebt im Irrtum, ob er ein Jahr hier ist, ob er zwei Jahre hier ist oder ob er ein paar Wochen hier ist. Jedem aus diesen Ländern, der ein paar Wochen hier ist und zurück muss, ist klar, dass er keine Chance hat. Es ist dann klar, dass man seine Existenz nicht aufs Spiel setzen sollte für ein vermutetes Glück, das es nicht gibt, und das es auch nie geben wird. Liebe Frau Kollegin Kamm, ich darf darauf hinweisen, dass mittlerweile auch führende GRÜNEN-Politiker sagen: Wir müssen Flüchtlinge aus diesen Ländern wesentlich früher abschieben. – Ich frage Sie: Was hat Asylsozialberatung denn für einen Sinn, wenn die Leute möglichst schnell gehen sollen?

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir müssen unsere Mittel und unser Personal doch auf die konzentrieren, die bleiben dürfen, die eine Perspektive haben. Denen müssen wir helfen. Es ist niemandem damit gedient, wenn wir Geld an diejenigen verschwenden, die in einigen Wochen wieder weg sind. Das ist doch der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommt Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Zellmeier, Sie haben momentan doch kein Problem mit einer rot-grünen Landesregierung, sondern Sie haben Probleme mit einer CDU-geführten Bundesregierung.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben jetzt eine Klage angekündigt. Wir verlangen, diese unverzüglich einzureichen, das heißt, ohne schuldhaftes Zögern und nicht sofort.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sind wir jetzt in einer Rechtsvorlesung?)

Die Klage ist selbstverständlich erst einmal zuzustellen, und eine Stellungnahmefrist ist zu gewähren. Da machen Sie nichts kaputt.

Finanzminister Söder hat eine Klage zum Länderfinanzausgleich befürwortet. Das wurde von uns unterstützt. Er hat dies getan, um Druck aufzubauen. Warum machen wir es hier nicht genauso?

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Noch eine letzte Bemerkung: Wir wollen nicht, Herr Kollege Zellmeier, dass dies hier zu einem parteipolitischen Spektakel verkommt. Wir wollen vielmehr den sinnvollen Weg einer Klage des Freistaats Bayern gegen eine Bundesregierung, die von Ihnen mit geführt wird. Wir wollen das unterstützen, um die Interessen des Freistaats Bayern zu wahren. Wir halten es deshalb für richtig, dass dieses Parlament, nicht nur die Regierung, ein Votum abgibt. Bei dieser Deutung des Wortes "unverzüglich" könnten sie problemlos zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Pohl, die Deutung, die Sie dem Wort geben, eine juristische Deutung, ist eine andere als die, die Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Aiwanger formuliert hat. Er möchte gar nicht warten, er möchte am liebsten noch heute klagen. Für uns ist eine Klage hingegen wirklich das letzte Mittel. Es ist schließlich nicht normal, dass Länder gegen den Bund klagen, noch dazu ein Land, das von einem Koalitionspartner in Berlin geführt wird. Es ist aber auch nicht einmalig.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die Hansestadt Hamburg hat gegen den Bund in Sachen Betreuungsgeld geklagt. Sie wissen, wer die Hansestadt Hamburg führt. Frau Ministerin Schwesig von der SPD hat den Bund in Fragen Betreuungsgeld vertreten. Gleichzeitig hat die SPD-geführte Hansestadt Hamburg, die gegenteilige Meinung vertreten. Es ist also nicht ungewöhnlich. Oder denken Sie an die FDP-Bundestagsfraktion. Lesen Sie die "Bayerische Staatszeitung", die ist sehr erhellend. Herr Professor Schumann, dessen Vorlesungen ich selbst besuchen

durfte, hat das dort deutlich ausgeführt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat während der Koalition unter Helmut Kohl beispielsweise gegen die damalige Bundesregierung geklagt. Da ging es um einen Organstreit, die damaligen Out-of-Area-Einsätze. Das alles sind Dinge, die es schon gegeben hat. Es ist nicht normal, aber es ist auch nicht völlig ungewöhnlich. Weil es nicht normal ist, wollen wir alle Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen, Herr Kollege Pohl. Wir wollen uns aber nicht binden; denn wir sagen: An dem Tag, an dem die Antwort da ist, werden wir prüfen, ob sie uns genügt. Wenn sie uns nicht genügt, dann wird am nächsten Tag Klage eingereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir werden dieses Druckmittel natürlich auch weiter benutzen. Sie können aber sicher sein: Wenn wir keine andere Möglichkeit mehr sehen - und die Zeit dafür ist sehr nah -, dann werden wir die Klage einreichen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Schwert wird stumpf, wenn Sie es nicht endlich nutzen!)

Wir werden uns aber nicht von den FREIEN WÄHLERN treiben lassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann kämen wir in den Wald!)

Ich habe Ihnen zu Beginn dafür gedankt, dass Sie unsere Linie hier unterstützen. Sie sehen, ich will kein parteipolitisches Geplänkel. Wir sind dankbar, dass Sie mit uns gehen. Die linke Seite des Hauses ist unvernünftig. Sie sind vernünftig. Aber nicht alles, was in Ihrem Antrag steht, ist vernünftig. Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen. Wir haben aber einen Antrag eingebracht, dem Sie gerne zustimmen können; denn dieser Antrag ist vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zellmeier. - Jetzt Herr Kollege Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Statt eines Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER zum Thema, wie die FREIEN WÄHLER die CSU rechts außen überholen können, hätte die SPD-Fraktion ein viel wichtigeres Signal von Ihnen erwartet, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten eine Entschuldigung des Bundesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER erwartet für diese unerhörte Krawallaktion mit Ihrem Landrat Dreier aus Landshut in Berlin.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die SPD-Bürgermeister haben unterschrieben!)

Dem Vernehmen nach haben Sie, Herr Kollege Aiwanger und Frau Kollegin Widmann, die Public-Relations-Tour auf Kosten und auf dem Rücken der Flüchtlinge aus Ihren Privatmitteln finanziert. Diese Aktion war kein Beitrag zur Versachlichung der Flüchtlingsdebatte. Das war kein Beitrag zur politischen Aufklärung von Staatsorganen, wie Sie sich anzumaßen meinten. Es ging Ihnen auch gar nicht darum, die Bundeskanzlerin wachzurütteln, wie Sie verlautbart haben. Ich sage Ihnen: Menschen in Not und Ausnahmesituationen in Busse zu stecken und sie quer durch die Republik zu karren, um sie für parteipolitische Geländegewinne zu instrumentalisieren, ist widerwärtig und beschämend. Dafür sollten Sie sich entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit schaden Sie der Demokratie. Sie beschädigen damit auch das Ansehen der Politik im Allgemeinen.

Kolleginnen und Kollegen, anstatt uns heute im Bayerischen Landtag mit dem politisch Notwendigen auseinanderzusetzen, mit Integrationsfragen, mit Fragen der Flüchtlingsunterbringung, mit der Sicherheit an der bayerischen Grenze und im öffentlichen Raum, veranstalten die nationalkonservativen Parteien des Hohen Hauses ein Stück aus dem politischen Tollhaus. Herr Seehofer aus der Staatsregierung schreibt Herrn Seehofer aus der Bundesregierung einen Brief. Die CSU Bayern verklagt die CSU Bund. Die Christsozialen sind des Regierens im Bund müde und unwillig. Sie gefallen sich in der Rolle der Fundamentallopposition gegen sich selbst.

(Unruhe bei der CSU)

Selten zuvor hat eine Regierungspartei einen so harten und durchschaubaren Kurs gegen sich selbst gefahren wie diese Christlich-Soziale Union. Meine Damen und Herren, inhaltlich sind Sie im Bund in allem gescheitert, was Ihnen in den letzten Wahlkämpfen wichtig war: Betreuungsgeld – vom Verfassungsgericht gekippt. Ausländermaut – Herr Dobrindt bekommt es nicht hin. Ausgerechnet diese großspurig

Gescheiterten reiten nun auf der Welle des galoppierenden Autoritätsverlusts und der erkennbaren Führungsschwäche der Bundeskanzlerin. Ich sage Ihnen, ein vertrauliches und gutes Zusammenarbeiten ist mit Briefeschreibern kaum möglich. Arbeiten Sie im Bundeskabinett vernünftig mit, oder verlassen Sie die Bundesregierung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ihnen in der CSU geht es - und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen - in diesen Tagen offensichtlich nicht um staatspolitische Verantwortung, sondern um parteipolitische Geländegewinne. Ihre Partei vollzieht einen atemberaubenden Rechtsruck, um die AfD zu verhindern.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): A'geh!)

Diese Grundhaltung ist auch bei den Neujahrsempfängen des CSU-Parteivorsitzenden deutlich geworden. Herr Seehofer spricht seit Wochen von nichts anderem mehr als davon, dass dieses ein Schicksalsjahr für die Union wäre. Meine Damen und Herren, die Flüchtlingskrise, ein Schicksalsjahr für die Union? – Das sagt viel aus.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das sagen Sie mit 16 %!)

Den Menschen im Land ist es egal, welches Schicksal einzelne Parteien erfahren, egal ob sie CSU heißen, SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Es geht um unzählige Schicksale von Menschen in Krieg, Not, Armut und Elend, die uns bekümmern müssen. Sie aber agieren nach dem Prinzip: Zuerst die Partei, dann das Land. - Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute beraten wir im Kern ein Gutachten von Herrn Di Fabio, das von zahlreichen Staatsrechtlern mittlerweile als Gefälligkeitsgutachten bewertet wird.

(Josef Zellmeier (CSU): Was ist mit Scholz und Schumann?)

Unabhängig davon, dass die politischen Fragen unserer Zeit nicht mit Briefen und auch nicht mit gegenseitigen Klagen von Regierungen zu beantworten sind, darf man festhalten: Es wird zu keiner Klage der CSU kommen, weil die CSU auf eine Beteiligung an der Bundesregierung existenziell angewiesen ist, egal, ob

sie diese Aufgabe konstruktiv oder destruktiv wahrnimmt. Auch juristisch wäre es ein Drahtseilakt. Wie man das Gutachten juristisch auch bewertet, eines ist nämlich klar: Es geht nur dann von einer Verfassungswidrigkeit aus, wenn ein Staatsnotstand in Bayern und in Deutschland gegeben ist. Dieser Staatsnotstand existiert aber nicht. Wäre es so, dann hätte die Bayerische Staatsregierung laut Bayerischer Verfassung umgehend das Parlament in einer Sondersitzung davon unterrichten müssen. Das ist nicht geschehen, Herr Innenminister. Wir haben keinen Staatsnotstand. Die Kühlschränke der Menschen in Bayern sind so gut oder so schlecht gefüllt wie vor der Flüchtlingsbewegung. Der Staatshaushalt wurde vom zuständigen Minister noch vor wenigen Wochen als triumphal fest und solide gefeiert.

(Josef Zellmeier (CSU): So soll es auch bleiben!)

Die öffentliche Sicherheit in Bayern hat sich im Hinblick auf Straftaten gegenüber den Vorjahren nicht verändert, auch nicht im vergangenen Jahr. Wir haben keinen Staatsnotstand, nicht in Bayern und nicht in Deutschland. Der einzige Notstand, den wir im Land erleben, ist der Verlust an politischer Kultur durch das Agitieren der rechtsnationalen Parteien und Gruppierungen inner- und außerhalb des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen mit großer Sorge, dass der Rechtspopulismus auch in der Mitte unserer Gesellschaft wieder salonfähig wird. Sogenannte besorgte Bürger und Neonazis sind bei Demonstrationen, nicht nur in Dresden, kaum noch auseinanderzuhalten. Immer häufiger mischt sich in berechnete Fragen der Asyldebatte dumpfer Rassismus. Die Hemmschwellen sinken; inzwischen muss die Polizei die Presse vor dem Bürger schützen. Ich sage Ihnen: Wer Migranten tagein, tagaus unter Generalverdacht stellt, wer Flüchtlinge pauschal mit Terrorismus in Verbindung bringt, wer mit den Ängsten der Menschen spielt,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer macht denn das?)

wer Ressentiments schürt, wer zulasten von Ausländern politische Züdeleien betreibt, wer wie der CSU-Generalsekretär Scheuer für Flüchtlinge die Unschuldsumsetzung aussetzen will, wer straffällige Zuwanderer ohne Prozess unter Abschaffung des Rechtsstaats, auf den man sich stets beruft, abschieben will, wer die Stimmung in dieser Hinsicht aufheizt, wer das gesellschaftliche Klima vergiftet, wer Schwache gegen noch Schwächere in Stellung bringt, der schadet unserem Land in unverantwortlicher Weise, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Jede zweite Nacht, alle 48 Stunden brennt in Deutschland ein Flüchtlingsheim. Wie durch ein Wunder kam es bislang nicht zu einem Todesfall. Ich fordere Sie auf: Gießen Sie nicht weiter Öl ins Feuer der öffentlichen Debatte; nehmen Sie Ihre staatspolitische Verantwortung wahr!

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere es im Übrigen sehr – das ist augenscheinlich –, dass weder Sie, Herr Zellmeier, noch Sie, Herr Aiwanger, Ihre Anträge begründen und näher darlegen, was Sie sich vorstellen. Da geht es im Kern um die Sicherung der bayerischen Außengrenzen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Innenminister, einen Bericht, wie Sie sich konkret die Sicherung der Grenzen Bayerns vorstellen. Sie sagten, Sie wollten die bayerische Landespolizei dafür einsetzen. Wie viel Personal aus Bayern ist für Ihr Konzept nötig? Wollen Sie alle sechzig Grenzübergänge aus der Zeit vor Schengen wieder mit Schlagbäumen versehen? Wie viel Personal ist dafür nötig? Welche Lücken in das Netz der inneren Sicherheit im Landesinneren werden damit gerissen? – Die bayerischen Polizisten haben allein im letzten Jahr 1,5 Millionen Überstunden gemacht. Wie hoch wird diese Zahl am Ende des Jahres 2016 sein? Wie handhaben Sie, Herr Innenminister, die Kontrolle an der sogenannten grünen Grenze? Wie stellen Sie sich das an der Grenze zu den tschechischen Regionen Karlsbad, Pilsen und Südböhmen auf einer Länge von 357 Kilometern, an der Grenze zu den österreichischen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg auf einer Länge von 816 Kilometern und an der Grenze zum Schweizer Kanton St. Gallen auf einer Länge von 19 Kilometern vor? – In der Zeitung "DIE WELT" war unter Berufung auf Bundespolizeikreise und auf Unionspolitiker zu lesen, dass eine Grenzsicherung nach Ihrem Modell ohne Wasserwerfer und Tränengas überhaupt nicht möglich ist. Was ist Ihr Konzept, Herr Innenminister? Wollen Sie das? Wie wollen Sie die Grenzen sichern? Was ist Ihre Vorstellung? – Immer nur so zu tun, als würde man Verbesserungen herbeiführen wollen, ohne der Öffentlichkeit konkret darzulegen, wie das funktionieren soll, kann nicht angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD erteilen einer Grenzsicherung durch die bayerische Landespolizei eine klare Absage. Es ist nicht bayerische Aufgabe, die Landesgrenzen zu schützen. Die Polizisten im Freistaat haben 1,5 Millionen Überstunden angehäuft. Man kann ihnen diese zusätzliche Aufgabe nicht aufbürden.

Im Übrigen kann ich Ihnen den Hinweis darauf nicht ersparen, dass die Bundespolizei auch deshalb ihre Aufgabe an der bayerischen Grenze nicht wirklich, zumindest nicht hinreichend, wahrnehmen kann, weil Bundespolizei-Personalstellen in der Amtszeit Ihres Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich abgebaut statt aufgebaut wurden. Sie haben das Dilemma in Ihrer politischen Verantwortung selbst herbeigeführt, meine Damen und Herren von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Ja, die Außengrenze muss kontrolliert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns ins Land kommt. Da sind wir uns einig. Aber wer wie die Rechtsnationalen hier im Parlament den Eindruck erweckt, hermetisch abgeriegelte Grenzen und neue Mauern seien eine Lösung für das europäische Flüchtlingsproblem, der täuscht die Menschen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hat keiner gesagt!)

Abschottung konzentriert und vergrößert die Probleme, anstatt sie zu lösen. - Herr Aiwanger, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie Sie sich das vorstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe fünf Argumente aufgezählt! Sie haben bisher noch keines gesagt!)

- Argumente bringen hier gar nichts. Wir hätten von Ihnen ein Konzept erwartet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hab ich doch vorgestellt!)

Wenn Sie sagen, Sie haben konkrete Vorstellungen zur Grenzsicherung, dann stellen Sie die hier im Parlament dar. Aber streuen Sie den Menschen nicht Sand in die Augen; tun Sie nicht so, als hätten Sie Konzepte.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben bloß gefragt, wo das hinführen soll!)

Neue Schlagbäume, wie sie von FREIEN WÄHLERN und CSU ins Gespräch gebracht werden, ohne konkret vorgestellt zu werden, machen Europa nicht sicherer, nicht friedlicher, nicht berechenbarer. Wir brauchen jetzt politische Investments in das Verbindende, nicht in das Trennende, nämlich in europäische Solidarität. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Ihre heutigen Anträge nichts anderes sind als Symbolpolitik. Wenn's wenigstens die richtigen Symbole wären, die Sie hier auswählen, meine Damen und Herren! Wir als SPD stehen für Zusam-

menhalt statt Spaltung, für ein Miteinander statt ein Gegeneinander, für Zusammenhalt und Gemeinsinn statt politischen Rechtspopulismus. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. - Bevor ich dem Kollegen Steiner das Mikrofon für eine Zwischenbemerkung freischalte, gebe ich bekannt, dass die CSU namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag beantragt hat.

Klaus Steiner (CSU): Herr Rinderspacher, Sie haben jetzt öfter von Rechtspopulismus gesprochen. Auf meine folgende Frage will ich eine konkrete Antwort: Wie bewerten Sie das Vorgehen von SPD-Ortsverbänden in Essen, die sich aktuell in ihren Stadtteilen massiv gegen die Errichtung von Asylbewerberunterkünften wenden und Bürgerinitiativen dagegen gründen? – Erste Frage.

Sie reden von Abschottung. Wie bewerten Sie das Verhalten und die Reaktion der sozialdemokratisch geführten schwedischen Regierung, die gestern oder heute beschlossen hat, 80.000 Asylbewerber auszuweisen? - Das ist die Hälfte der Asylbewerber, die derzeit im Land sind. Wie bewerten Sie das Verhalten der sozialdemokratischen Regierungen von Österreich oder von Tschechien, die die Grenzen dicht machen? Ist das auch Rechtspopulismus? Wie sehen Sie das? – Eine konkrete Antwort bitte.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Eine konkrete Antwort sollen Sie bekommen, Herr Steiner. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich klar davon distanziert, dass es Demonstrationen und Unterschriftensammlungen zulasten von Flüchtlingen in Essen geben soll. Hannelore Kraft und auch verschiedene andere Politiker haben das klargemacht. Danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben, das hier noch einmal zu bekräftigen.

Zweitens. Sie sagen, dass Grenzkontrollen notwendig sind. Das sagen auch wir. Aber Sie vermitteln den Eindruck, dass Sie die bayerische Außengrenze hermetisch abriegeln können oder wollen – selbstverständlich, anders ergibt es keinen Sinn. Sonst würden auch Ihre Klageandrohung, Ihr Brief, Ihr Gutachten überhaupt keinen Sinn ergeben. Sie vermitteln den Eindruck, als hätten Sie eine Lösung, wenn Sie von Obergrenzen sprechen. Noch immer haben Sie keine Antwort darauf gegeben, was Sie mit dem 200.001. Flüchtling machen, der nachts um halb zwei an einer bayerischen Außengrenze mit zwei Kindern

auf dem Arm ankommt und dessen syrische Frau zuhause im Bombenhagel gestorben ist. Was machen Sie mit diesem 200.001. Asylbewerber in Bayern?

(Josef Zellmeier (CSU): Was macht denn Schweden, was macht Österreich? – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Endet das Asylrecht für die CSU im April oder im Mai? Ist es jahreszeitenabhängig? – Wir sagen: Nein, das ist keine Lösung; das sind Scheinlösungen, das ist Symbolpolitik. Damit ist niemandem geholfen; damit kriegt man vielleicht für ein 20-Sekunden-Fernsehstatement mal einen schnellen Applaus.

In einem sind wir uns einig: Wir müssen tatsächlich dafür Sorge tragen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, vermindert, verringert, reduziert, damit Integration gelingt. Darüber wollen wir reden.

(Josef Zellmeier (CSU): Verraten Sie uns mal, wie! Auf diese Frage brauchen wir eine Antwort!)

Darüber, dass das eine schwierige Aufgabe ist, sind wir uns hoffentlich alle einig, wenn wir eine ernsthafte Debatte führen. Sie hingegen fallen der Bundeskanzlerin in den Rücken, die wie keine andere Politikerin in unserem Land jetzt die Aufgabe hat, das zu leisten, was notwendig ist,

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

nämlich europäische Solidarität zu organisieren. Ich sage immer: Die Kanzlerin wäre gut beraten gewesen, wenn sie nicht zweimal ergebnislos in Kreuth gewesen wäre, sondern ein Ergebnis in Prag, in Warschau, in Lissabon, in Madrid oder in Kopenhagen herbeigeführt hätte. Damit wäre uns mehr geholfen gewesen. Da sollten wir zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Moment. Noch eine weitere Zwischenbemerkung: Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Rinderspacher, Sie haben auch nur dargestellt, was alles nicht ginge und wie schlimm es enden würde, wenn man die Maßnahmen an den Grenzen verstärken würde. Unser Vorschlag war, zumindest das Personal zu verstärken. Ich will jetzt gar nicht bis zur besseren Zusammenarbeit mit Österreich ausholen. Wir hatten in Laufen an der Grenze unsere Klausur. Die Österreicher bieten der Bundesrepublik sogar an, in enger Absprache einen gewissen Teil unberechtigter Asylbewerber zurückzunehmen. Da ist also Luft im System.

Da heißt es nicht: 3.000 rein oder raus, sondern Österreich sagt: Wir wären bereit, davon ein paar Hundert zurückzunehmen. – Da muss man anknüpfen und auf das Mögliche setzen.

Aber meine konkrete Frage an Sie betrifft dies: Ich habe durchaus den Eindruck, dass sich die SPD im Landtag mittlerweile in einen Elfenbeinturm hineinkutiert hat und ausblendet, was ihre Kommunalpolitiker zuhause sagen, die den Hilferuf des Landrats Dreier aus Landshut unterstützt haben, um der Frau Merkel ein Zeichen zu setzen. Dieser Hilferuf wurde auch von den SPD-Bürgermeistern im Landkreis Landshut unterstützt. Sie haben sich einstimmig hinter den Landrat gestellt. Der Landrat aus Dingolfing, Herr Trapp, SPD, sagte: So geht es in der Flüchtlingspolitik nicht weiter. – Die Kommunalpolitiker der SPD fordern ebenfalls eine Kurskorrektur ein. Wenn Sie sagen, das seien alles Populisten, dann machen Sie es sich damit zu einfach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Aiwanger, mit Ihrer Einlassung bestätigten Sie meinen Vorhalt, nämlich dass Sie lautstark auftreten, Obergrenzen und dichte Grenzen fordern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich nie gefordert!)

– Was ist denn Ihr Antrag? Sie fordern eine Klage des Freistaats Bayern gegen die Bundesrepublik, damit die Grenzen gesichert werden. Einen härteren Antrag kann man nicht stellen. Auf Nachfrage sagen Sie, es ginge Ihnen nur darum, dass das Personal ein bisschen aufgestockt wird, damit wir mehr Polizisten haben. Darüber sind wir uns hier im Hohen Haus doch einig. Wir brauchen mehr Bundespolizei an der bayerischen Außengrenze.

Aber es ist etwas anderes, eine solche seriöse, solide Forderung zu stellen, als die Menschen mit harten Parolen und Populismus auf die Bäume zu treiben. Wenn man dann nachfragt, kommt von Ihnen nichts.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb braucht es politische Kräfte. Dazu fordere ich Sie auf. Sie sind als FREIE WÄHLER einmal mit der Aussage gestartet, mit Maß eine Politik der Mitte zu betreiben, statt mit Populismus die CSU rechtsaußen zu überholen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, mit klugen Konzepten Lösungen zu erreichen. Deswegen brauchen wir keine Flüchtlings-

politik durch die rosarote Brille. Wir kennen die Probleme genauso wie Sie, Herr Aiwanger. Aber die Art und Weise, mit Bussen durchs Land zu ziehen, Pressekonzferenzen zu geben, Flüchtlingen eine Schachtel Mandarinen zu reichen – das ist unter aller Kanone!

(Beifall bei der SPD)

Das muss Ihnen klar werden. Das kann nicht der politische Stil sein, in dem wir in diesem Land miteinander umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächste Rednerin bitte ich die Kollegin Bause zum Mikrofon.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine bizarre Situation. Da werfen die einen Vereinfacher den anderen Vereinfachern Vereinfachung vor, versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Und die Einzigen, die davon profitieren, sind die Leute von der AfD.

Es ist bizarr: Die CSU droht der eigenen Regierungschefin mit einer Verfassungsklage. Sie droht der Regierung, der sie selber angehört, mit einer Klage. Sie drohen mit einer Verfassungsklage gegen sich selber.

Angeblich - so habe ich gelesen - klagt ja nur die CSU-Regierung in Bayern, nicht die CSU als Teil der Regierung in Berlin. Ich muss Ihnen sagen: Das kann ich mir politisch nicht mehr erklären, sondern nur mehr pathologisch. Man nennt das Bewusstseinspaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bezwecken Sie mit Ihren Dauerattacken, mit Ihren Drohungen, mit Ihren sich überschlagenden Scharfmacherparolen? Was bezwecken Sie mit Ihrer sich dauernd schneller drehenden Eskalationsspirale?

Was bleibt Ihnen denn noch, wenn alle Brandbriefe geschrieben sind, wenn die Verfassungsklage eingereicht ist und letztlich scheitern wird? Was Ihnen dann noch bleibt, ist der Austritt aus der Bundesregierung, ist der Bruch der Koalition. Mit dieser Drohung machen Sie mächtig Eindruck.

Auch Ihnen müsste schon aufgefallen sein: Es braucht Sie nicht für die Regierungsmehrheit in Berlin. Das ist Ihr eigentliches Problem. Sie sind verzichtbar für die Regierungsmehrheit in Berlin. Davor haben Sie Panik. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Je mehr Sie sich aufmandeln, desto mehr demonstrieren Sie Ihre Schwäche. Die ganze Farce mit Ihrer angekündigten Klage zeigt nichts anderes als Ihre Hilflosigkeit.

In der Sache bewirken Sie nichts. Das haben Sie offen zugegeben. Die Bundeskanzlerin muss Ihre Klage nicht wirklich fürchten. Jedoch haben Ihre Äußerungen, hat Ihr Dauerstakkato, hat Ihr kopfloser, panischer Aktionismus eine Wirkung. Sie bewirken, dass die schon bestehende Verunsicherung in der Bevölkerung nochmals steigt. Die Leute wissen wirklich nicht mehr, woran sie sind. Da ist das Gerede von Notstand, von Notwehrmaßnahmen. Das bewirkt, dass die Menschen fragen: Was kommt denn da noch alles? Woran können wir uns noch festhalten? - Davon profitieren dann genau die, die Sie angeblich kleinhalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

– Herr Zellmeier, hören Sie zu. Ich sage Ihnen: Wer den rechten Mob füttert, bewirkt, dass er wächst, und nicht, dass er schrumpft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten nicht weiter permanent Angstpolitik betreiben, sondern die Werte unseres Grundgesetzes besonnen verteidigen.

Glauben Sie denn wirklich, dass wir einfach mal so unsere Grenzen schließen können, und dann wäre alles wieder gut? Ist Ihnen schon aufgefallen, dass wir im 21. Jahrhundert leben? Wir leben in einer globalen, vernetzten Welt. Von dieser profitieren wir übrigens alle, und die Wirtschaft profitiert davon. Sie sagen doch immer, wie wichtig es ist, die Wirtschaft zu unterstützen. In dieser globalen, vernetzten Welt können wir nicht einfach mal den Schalter umdrehen und die Grenzen dichtmachen. Davon würde nämlich der allergrößte Schaden ausgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen Sie denn wirklich diesen Überbietungswettbewerb der verschiedenen Länder in Ihrem Sankt-Florians-Prinzip? Nach der Methode: Wir machen die Grenzen dicht. Dann müssen aber auch die Nächsten die Grenzen dichtmachen, auch die Übernächsten müssen die Grenzen dichtmachen. Dies endet dann am Mittelmeer. Wollen Sie denn, dass die Flüchtlinge dort stranden oder am rettenden Ufer möglicherweise gar nicht erst ankommen? Wollen Sie, dass Hunderttausende von Menschen in den europäischen Ländern hin- und hergeschoben werden? – Das ist keine konstruktive Politik, auch keine menschliche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Spiel ist auch deswegen so gefährlich, weil Sie damit letztendlich Europa aufs Spiel setzen. Was wir jetzt brauchen, ist nicht die Flucht vor der europäischen Verantwortung. Was wir jetzt brauchen, ist mehr europäische Verantwortung. Herr Rinderspacher hat das gesagt. Es geht um mehr europäische Solidarität statt um das Dichtmachen von Grenzen. Wenn jeder danach schaut, dass er möglichst wenig Flüchtlinge aufnehmen muss, dann ist das ein Versagen unserer Verantwortung und der europäischen Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundeskanzlerin hat in der Tat verstanden, dass wir die Probleme europäisch anpacken und lösen müssen. Auch Ihr Entwicklungshilfeminister Gerd Müller hat das verstanden. Es gibt also doch noch Hoffnung, dass einige in Ihren Reihen der Vernunft nicht ganz abgeneigt sind. Der Unions-Fraktionschef Kauder hat Sie vor Kurzem aufgefordert, Sie sollten endlich verbal abrüsten. Er hat gesagt: Wir sind hier nicht im Kasperletheater, sondern in einer der größten Bewährungsproben unseres Landes. Ich stimme ihm nicht oft zu, aber in diesem Punkt kann ich ihm zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir keine weitere Eskalationsspirale, sondern konstruktive und besonnene Lösungen. Vielleicht sollten Sie sich den Rat einer weiteren Parteifreundin der CDU zu Herzen nehmen: Julia Klöckner hat vor Kurzem gesagt: einfach mal die Klappe halten und arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass sich auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Erkenntnisse des von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebenen und am 12. Januar der Öffentlichkeit vorgestellten Gutachtens von Professor Dr. Di Fabio zu eigen macht. Eine deutliche Kurskorrektur der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik ist dringend notwendig.

Wenn es nicht gelingt, die Zahl der Flüchtlinge, die bis heute täglich nach Deutschland kommen, zu reduzieren, werden wir auch in diesem Jahr wieder mit einer Million und mehr Flüchtlingen rechnen müssen. Das

stellt die Länder, das stellt vor allen Dingen aber auch unsere Kommunen vor nicht mehr zu bewältigende Herausforderungen. Darin sind sich fast alle Länder der Bundesrepublik Deutschland, der Städtetag, der Landkreistag sowie zahlreiche Oberbürgermeister und Landräte völlig einig.

Die Bemühungen des Bundes, gegenzusteuern, haben bisher noch zu keinem nachhaltigen Erfolg geführt. Recht und Ordnung müssen bei Grenzschutz und Einreise unverzüglich wieder hergestellt werden. Das ist, wie auch das Gutachten zeigt, ein Gebot unserer Verfassung. Auf der Grundlage des von der Staatsregierung bereits im Herbst letzten Jahres in Auftrag gegebenen Gutachtens und angesichts der massiven Belastungen für den Freistaat Bayern hat der Ministerrat vorgestern für den Freistaat Bayern beschlossen, die Bundesregierung konkret aufzufordern, die dringend notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung des Flüchtlingsstroms unverzüglich zu ergreifen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In einem Schreiben des Ministerpräsidenten wurden der Bundeskanzlerin vor allem vier zentrale Forderungen förmlich unterbreitet:

Erstens. Auf europäischer Ebene ist alles zu unternehmen, um die wirksame Sicherung von EU-Außengrenzen sowie eine effektive und faire Verteilung von Flüchtlingen durchzusetzen. Herr Kollege Rinderspacher, das ist, wohlgemerkt, der erste Punkt.

Zweitens. Bis zu einer europäischen Lösung sind umgehend effektive eigene Grenzkontrollen durchzuführen, die vor allem eine vollständige Registrierung der einreisenden Flüchtlinge an allen Grenzübergängen sicherstellen.

Drittens. Es ist möglichst umgehend eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen von jährlich 200.000 Personen, bezogen auf Deutschland, festzulegen.

Viertens. Schließlich ist die im Grundgesetz verankerte Drittstaatenregelung anzuwenden, nach der alle aus sicheren Drittstaaten wie Österreich illegal Einreisenden noch an der Grenze zurückzuweisen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betone noch einmal: Unserem Forderungskatalog steht voran, dass der Schutz der EU-Außengrenzen wieder herzustellen ist. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir fordern nichts anderes, als dass das geltende Recht der Europäischen Union, niedergelegt in der Schengen-Verordnung und der Dublin-Verordnung, vollumfänglich angewandt wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, nach Agenturmeldungen hat der griechische Migrationsminister vorgestern oder vorgestern erklärt, die griechischen Grenzen könnten überhaupt nicht richtig geschützt werden. Ich möchte das fachlich gar nicht näher bewerten, aber ein Land, das von sich sagt, es könne seine Grenzen nicht schützen, hat im Schengen-Raum nichts verloren.

(Beifall bei der CSU)

Kein Land wurde gezwungen, dem Schengen-Raum beizutreten. Wenn ein Land jedoch unterschreibt, dass es dem Schengen-Raum angehören will, dann unterschreibt es damit, dass es einen effektiven Schutz der Außengrenzen garantiert. So ist das festgelegt. Es kann nicht angehen, dass jedes Land im Schengen-Raum dabei sein will und hinterher ein Land erklärt, dass es gar nicht in der Lage sei, seine Grenzen zu schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so können wir mit der Sicherheit Europas nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD):
Wir sind mittendrin, da können wir schön die Verantwortung abgeben!)

- Ja, Frau Kollegin. Wir waren auch einmal ein Außenland. Wir haben damals unsere Außengrenze ordentlich geschützt. Dann sind Österreich, Tschechien und andere Staaten beigetreten. Herr Kollege Rinderspacher, im Übrigen redet überhaupt niemand von der tschechischen Außengrenze. Dort gibt es nämlich überhaupt keine Probleme. Die Tschechen schützen ihre Grenze ordentlich. Niemand behauptet, dass an der tschechischen Grenze der Schutz verstärkt werden müsste.

Die entscheidende Schengen-Außengrenze ist die slowenische Außengrenze, weil aus dieser Richtung die allermeisten Flüchtlinge kommen. Nachdem Ungarn für einen ordentlichen Schutz seiner Außengrenze sorgt, bin ich sehr dafür, dass wir gemeinsam alles dafür tun, um für lückenlose Kontrollen und für eine 100-prozentige Registrierung zu sorgen. Wenn das realisiert ist, sind wir die Ersten, die das nachdrücklich begrüßen. Das ist gar keine Frage.

Unser Forderungskatalog besagt nur: Wenn es in allernächster Zeit nicht sichergestellt werden kann, dass die Schengen-Außengrenzen ordentlich geschützt werden, dann müssen wir unsere eigenen Grenzen schützen. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir fordern schon seit Monaten, dass mehr Bundespolizei an die bayerische Südgrenze gebracht werden muss.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da sind wir uns einig!)

Der Bundesinnenminister hat die Bundespolizei an dieser Grenze ein Stück weit verstärkt, aber das reicht ganz offensichtlich noch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie sprechen hier immer wieder vom Klima und fragen, wer das Klima vergifte. Sie suggerieren mit Bezug auf irgendwelche Pressemeldungen, dass bei einer Sicherung der Grenzen Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt werden müssten. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich kann Ihnen dazu nur sagen: Das ist grober Unfug!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): In Ungarn ist es so!)

Ich bin jetzt seit über acht Jahren Innenminister. Nennen Sie mir einen einzigen Fall in diesen acht Jahren, bei dem von der bayerischen Polizei Wasserwerfer oder Tränengas eingesetzt worden wären, nur einen einzigen. Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wir haben diese Instrumente in der Reserve, falls irgendwo eine Situation auftreten sollte, wo wir sie brauchen. Ich erkläre ausdrücklich: Wir sind so gut aufgestellt, dass wir zumindest in den acht Jahren, in denen ich Innenminister bin, noch kein einziges Mal Wasserwerfer oder Tränengas gebraucht haben. Deshalb vergiften Sie das Klima, wenn Sie im Zusammenhang mit Grenzkontrollen solche Behauptungen in den Raum stellen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die Wahrheit lautet, dass der geschätzte Vizekanzler Gabriel, Herr Fraktionsvorsitzender Oppermann und viele andere bei jeder Gelegenheit erklären, dass sie selbstverständlich energisch dafür seien, dass in diesem Jahr nicht noch einmal eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommt. Sie erklären energisch, dass sie dafür sind, dass es weniger Flüchtlinge werden. Von der SPD ist jedoch kein einziger konkreter Vorschlag zu hören, was sie dafür tun will, damit dieses Ziel erreicht wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke an die heutige Auseinandersetzung in der Koalition in Berlin. Die einzige Forderung, die die SPD eingebracht hat, ist die, dass mehr Familiennachzug erfolgt, als am 5. November von den Parteivorsitzenden vereinbart worden ist. Herr Kollege Rinderspacher, wie Sie durch mehr Familiennachzug die Zahl

der Flüchtlinge, die in unser Land kommen, reduzieren wollen, das hat mir noch keiner erklären können.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ausdrücklich, dass wir die Bemühungen der Bundesregierung, eine europäische Lösung zu finden, anerkennen. Aber die Situation hat sich so zugespitzt, dass wir nicht länger zuwarten und allein auf die europäische Lösung hoffen können. Das bringt die Kollegin Julia Klöckner in ihrem Papier, das sie am vergangenen Wochenende veröffentlicht hat, ausdrücklich zum Ausdruck. Europäisches Konzept ja; es ist gut und richtig. Aber es wird wahrscheinlich allein nicht reichen. Deshalb brauchen wir darüber hinaus nationale Maßnahmen, und deshalb müssen wir in Deutschland selbst handeln. Genau darum geht es.

Ich darf darauf hinweisen, dass sogar der Bundespräsident vor einer Woche in seiner Rede in Davos ausdrücklich erklärt hat, dass auch nach seiner Auffassung Deutschland weder moralisch noch rechtlich verpflichtet ist, unbegrenzt viele Flüchtlinge in unser Land zu lassen. Weder der Bundespräsident noch wir wollen das Grundgesetz mit dem Asylartikel in irgendeiner Weise ändern. Wir brauchen überhaupt keine Rechtsänderungen. Alles, was wir fordern, ist mit geltendem EU-Recht und geltendem deutschen Recht zu vollziehen und umzusetzen, nicht mehr und nicht weniger. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in der Tat gegenüber dem Bund deutlich gemacht, dass wir uns, falls diese notwendigen und nach der Gesetzeslage nicht nur zulässigen, sondern auch gebotenen Maßnahmen nicht unverzüglich ergriffen werden, ausdrücklich eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten. Vor einer Entscheidung über die Klageerhebung werden wir aber, Herr Kollege Aiwanger, die Reaktion der Bundesregierung auf die von uns konkret unterbreiteten Forderungen abwarten. Wir haben unser Ringen um eine politische Lösung, die natürlich Vorrang haben soll, noch nicht aufgegeben; denn wir sind uns mit der Bundesregierung über das Ziel der deutlichen und nachhaltigen Begrenzung einig. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass nicht erneut noch viele Monate ins Land gehen dürfen, sondern dass wir jetzt sehr schnell handeln müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich heute in Europa umsieht, erkennt die Lage –, da verschließen Sie, Frau Kollegin Bause, offensichtlich die Augen, oder Sie ignorieren es einfach –: Ich nenne die Beschlüsse der schwedischen Regierung mit voller Unterstützung des schwedischen Parlaments. Ich nenne die Entscheidungen in Dänemark, die Entscheidung

der Großen Koalition mit einem SPÖ-Bundeskanzler in Österreich, wo kürzlich eine Obergrenze beschlossen wurde.

Wenn ich die SPD und die GRÜNEN so anhöre, ist das alles untauglich bzw. moralisch nicht gerechtfertigt, was auch immer. Aber wir haben doch die Realität in Europa zu sehen. Die Regierungen dieser Länder versuchen, der Verantwortung für ihre Länder und ihre Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Wir setzen Europa nicht aufs Spiel. Es ist richtig, dass sich Europa um mehr Entwicklungshilfe in Afrika kümmert oder auch um Hilfe für Flüchtlingslager im Nahen Osten. Das ist überhaupt nicht die Frage. Offenkundig ist aber auch Folgendes: Wer sagt, wir wollen eine europäische Lösung, darf nicht ignorieren, dass nahezu alle anderen europäischen Länder, und zwar die jeweiligen Regierungen in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerung, sagen, dass sie nicht Tausende von Flüchtlingen aufnehmen werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist heute doch Realität, dass die Bundesrepublik Deutschland nahezu allein steht mit der Forderung, dass alle europäischen Länder – egal wer – mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen, nur damit weniger nach Deutschland kommen. Das allein wird als europäische Lösung offensichtlich nicht funktionieren; denn die Menschen in den anderen europäischen Ländern wollen das nicht und ihre Regierungen auch nicht. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen oder weiterhin illusionär der Hoffnung hinterherhinken, dass sich allein daraus die Lösung in den nächsten Monaten ergeben wird. Eine solche Lösung wird nicht kommen.

(Beifall bei der CSU)

Das sehen inzwischen auch unsere Nachbarländer, und es sehen auch die Länder auf dem Balkan. Überall spricht man von der Notwendigkeit, stärker zu kontrollieren. Ich kann Ihnen versprechen, meine Damen und Herren, dass sich die Staatsregierung weiterhin mit Nachdruck für eine Begrenzung des massenhaften unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen und für die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände an unseren Grenzen einsetzen wird. Ich bitte das Hohe Haus um Unterstützung auf diesem Weg.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie beklagen, dass es Ihrer Meinung nach zu keiner europäischen Lösung kommen kann. Ich habe in den letz-

ten Monaten aufmerksam verfolgt, was die Bayerische Staatsregierung tut. Ich habe keine einzige Maßnahme erkennen können, die zu einer europäischen Lösung geführt hätte.

(Unruhe – Zurufe von der CSU)

Mit der ständigen Forderung, die Grenzen zu schließen, kommt man zu keiner europäischen Lösung. Vielmehr zerfällt Europa, man teilt Europa damit.

Und nun noch zur Ihrer Bemerkung zum Familiennachzug. Manchmal denke ich mir, ein guter Flüchtling ist Ihrer Meinung nach ein toter Flüchtling.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Nur ein Flüchtling, der nicht kommt, ist ein guter Flüchtling.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe von der CSU)

Wir haben die Situation, dass seit der Diskussion um den Familiennachzug eine Vielzahl von Frauen und Kindern versucht hat, über das jetzt doch sehr gefährliche Meer zu kommen. Vorgestern gab es bei einem Fluchtversuch wieder elf tote Kinder. Solche Situationen werden natürlich auch durch die Debatten um das Ende des Familiennachzuges befördert. Ich denke, es wäre allemal sinnvoller, für die Flüchtlinge, die eine Anerkennung erwarten können, den Nachzug der minderjährigen Kinder und der Frauen zu gestatten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, einen Moment bitte. Ich bitte um etwas Ruhe und um eine Wortwahl, die dem Hohen Hause angemessen ist. Das gilt jetzt nicht für den Herrn Minister, aber Frau Kamm, es gilt für Sie.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Das Rederecht hat jetzt der Herr Minister. Frau Kamm, Ihre zwei Minuten Redezeit sind um.

(Beifall bei der CSU)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Als Erstes möchte ich, Frau Kamm, in aller Ruhe Folgendes sagen. Bei allem Verständnis, das ich immer auch für emotional geführte Debatten habe – Sie kennen mich, Frau Kollegin –, halte ich einen Satz wie "Nur ein toter Flüchtling ist ein guter Flüchtling" für absolut unsäglich und unerträglich. Er hat in diesem Hohen Hause nichts verloren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Unterirdisch!)

Zweite Bemerkung. Wenn Sie auf die bisher noch nicht zustande gekommene europäische Lösung abheben, wollen Sie doch nicht allen Ernstes erklären, dass die mangelnde Bereitschaft nahezu aller europäischen Länder, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, auf die Position zurückgeht, die die CSU hier im Bayerischen Landtag vertritt. Das wäre zwar ein respektabler Einfluss, den Sie uns für ganz Europa zumesen, aber da scheint mir dann doch die Definition von Ursache und Wirkung sehr weit hergeholt.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Egal mit wem ich im Rahmen meiner Zuständigkeit als Innenminister in Kontakt komme, sei es der Innenminister von Tschechien – kein Konservativer –, ob es in der vergangenen Woche die Innenminister aus Bosnien oder aus Bulgarien waren oder auch aus Ungarn, alle sagen: Diese große Zahl von Flüchtlingen ist nicht zu verkraften. Ich denke, wir müssen das ganz offensichtlich als eine Wahrnehmung nahezu aller politisch verantwortlichen Kräfte in ganz Europa zur Kenntnis nehmen. Es ist eben illusionär, liebe Frau Kollegin Kamm, wenn man sich darüber einfach hinwegsetzt.

Die letzte Bemerkung ist mir besonders wichtig. Da kann ich Ihnen nur sagen, Frau Kollegin Kamm: Bei nahezu jeder Gelegenheit, wenn ich mit Kollegen aus der Bundespolitik, und zwar unterschiedlichster Couleur, auch in der Bundeshauptstadt zusammenkomme, stelle ich fest: Der große Beitrag, den zunächst einmal Bayern geleistet hat, dass in diesem kalten Winter überhaupt so viele Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben, sie ordentlich gepflegt werden, sie alle ein Bett haben, wird überall anerkannt. Kein anderes Bundesland hat einen solchen Beitrag geleistet; in keinem anderen Bundesland haben die Menschen so viele Beiträge dazu geleistet wie in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es gibt nicht einmal in der GRÜNEN-Bundestagsfraktion einen, der sich trauen würde zu behaupten, dass in irgendeinem rot-grün-regierten Bundesland die Situation für die Flüchtlinge heute besser ist als in Bayern. Nicht einmal in der GRÜNEN-Bundestagsfraktion wagt das irgendeiner zu behaupten. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen die Verantwortung für die Menschen, die jetzt da sind, ernst. Wir sagen zweitens klar, dass wir diejenigen, die kein Recht haben, hier zu bleiben, konsequent in die Heimat zurückführen. Und wir sagen drittens genauso klar: In der Größenordnung, wie das im letzten Jahr gelaufen ist, ist das für unser

Land nicht weiter tragbar. Wir wollen nicht, dass ein Chaos entsteht, und darum müssen wir dem Chaos vorbeugen, indem in Zukunft weniger Menschen in unser Land kommen. Das ist unsere klare Linie, und für diese treten wir weiter ein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment bitte! Bleiben Sie noch am Rednerpult. Ich bitte einen kurzen Moment um Ihre Aufmerksamkeit. Jetzt sind noch zwei Zwischenbemerkungen angekündigt: zunächst der Kollege Kreuzer und dann der Kollege Rinderspacher. Frau Kamm hat gebeten, danach Ihre Ausführungen berichtigen zu dürfen.

(Zuruf von der CSU: So wollen wir nicht miteinander umgehen!)

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister! Ich gehöre diesem Haus seit über 22 Jahren an. Was Sie ausgeführt haben, Frau Kollegin Kamm, war der Tiefpunkt der politischen Diskussion in diesen 22 Jahren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben ziemlich wörtlich gesagt: Für eine Seite des Hauses sei klar, dass nur ein toter Flüchtling ein guter Flüchtling ist. Ich weise dies mit Entschiedenheit zurück, Frau Kollegin Kamm. Dies ist eine Unverschämtheit, eine beleidigende Äußerung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Damit unterstellen Sie Kolleginnen und Kollegen, dass es ihnen lieber sei, dass Menschen zu Tode kommen, bevor sie hier aufgenommen werden können. Dies ist sachlich unzutreffend, und dies ist eine ganz böswillige Unterstellung.

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere Sie auf, dies zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, und ich fordere die GRÜNE-Fraktionsführung dazu auf, sich davon zu distanzieren. Sonst müssten wir davon ausgehen, dass dies die Meinung der Fraktion ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Möchten Sie erst darauf antworten, Herr Minister? – Dann nehmen wir den Kollegen Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, bei aller Emotionalität der Debatte möchte ich doch eine Nachfrage noch stellen. Sie haben juristisch ausgeführt, dass die Sicherung der bayerischen Außengrenze eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Jetzt sind Sie aber gar nicht unbedingt für die juristische Expertise zuständig, sondern die Frage an Sie ist: Wie geht denn das eigentlich? Da hatten wir Sie aufgefordert, einmal ein paar Daten und Fakten, ein Konzept vorzulegen. Sie haben die Presse damit behelligt, die Bundeswehr solle auch bei der Außengrenze nach Möglichkeit mit anpacken. Das wäre zumindest eine Idee. Sie standen damit in der Presse, die Landespolizei solle mit anpacken.

Wir wissen, es hat 60 Übergänge vor Schengen gegeben. Wir wissen, es kommt nicht auf Tschechien an, sondern auf die 816 km inklusive grüne Grenze zwischen Bayern und Österreich. Wie viel Personal brauchen wir dafür? Wie wird dieses eingesetzt? Welches Konzept haben Sie in der Schublade? Denn es hat natürlich keinen Sinn, eine Klage anzudrohen, ohne zu wissen: Mit welchem Konzept setzen wir denn das um, was Sie hier im bayerischen Parlament heute dargestellt haben? – Wären Sie dazu in der Lage, das ein Stück weit zu konkretisieren, wie Sie sich die Sicherung der bayerischen Außengrenze vorstellen? Denn es könnte zu Missverständnissen kommen. Sie haben gesagt, vorbildlich sei das, was die Ungarn tun. Die machen es mit Wasserwerfern, die machen es mit Tränengas, wie wir wissen. – Sie haben sich davon distanziert. – Nicht nur, auch mit anderen Mitteln: mit Stacheldraht, mit Zäunen. Wie funktioniert das in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Rinderspacher, ich darf feststellen -

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe. Der Herr Staatsminister hat das Wort.

(Zuruf von der CSU: Das schließt das doch ein, Herr Rinderspacher!)

- Bitte keine Dialoge. Der Herr Staatsminister hat das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Rinderspacher, ich will dazu nur auf zwei Punkte hinweisen.

Erstens. Wir hatten im vergangenen Jahr im Mai/Juni anlässlich des G-7-Gipfels schon einmal die Situation,

dass in dieser Zeit die Bundesregierung vorübergehend wieder die Grenzkontrollen eingeführt hat. In dem damaligen Zeitraum ist in engem Zusammenwirken der Bundespolizei mit den Polizeien der Länder die gesamte Grenze geschützt worden. Es sind jedenfalls wesentlich mehr Grenzübergänge kontrolliert worden als zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Zweitens. Wir sind uns auch auf der fachlichen Ebene mit den Kollegen der Bundespolizei und mit dem Bundesinnenministerium einig, dass die Grenze – wenn man es will – geschützt werden kann, natürlich in der vorrangigen Verantwortung der Bundespolizei, gegebenenfalls in bestimmten Einsatzlagen mit Unterstützung auch von Länderpolizei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie?)

- Was heißt "wie"? Soll ich Ihnen jetzt ein Einzelkonzept vorlegen, wie viele Beamte wann und an welchen Stellen eingesetzt werden? – Schauen Sie sich einmal die Einsatzpläne an, schauen Sie einmal nach, wie das im Juni letzten Jahres war. Das kann man alles noch verstärken. Wir hatten im Juni letzten Jahres den größten Polizeieinsatz, den es in Bayern jemals gegeben hat, mit massiver Unterstützung der Bundespolizei und der anderen Länderpolizeien. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind uns auch mit dem Bund einig. Wenn man es will, dann kann man es auch.

Das sage ich jetzt ganz bewusst auch in Abgrenzung zu manchen, meines Erachtens schon etwas fragwürdigen Äußerungen auf anderen Ebenen und auch in anderen Ländern Europas: Es gab die Bundesrepublik Deutschland schon einige Jahrzehnte, bevor Schengen in Kraft trat, und es wäre ein schlechter Staat, der erklärt, dass er nicht in der Lage ist, seine eigenen Grenzen zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, fragen Sie die USA, fragen Sie Kanada, fragen Sie Großbritannien; kennen Sie irgendeinen ernstzunehmenden Staat, der erklärt, er sei nicht in der Lage, seine Grenzen zu schützen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich will Ihr Konzept wissen! Ihr Konzept will ich wissen!)

Das ist doch eine absurde Feststellung. Natürlich!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ich will Ihr Konzept wissen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das Konzept gibt es, und wenn der Tag kommt, dann wird dieses Konzept umgesetzt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Uns hier vorlegen!)

- Herr Kollege Rinderspacher, das ist in der Tat nicht üblich. Ich habe auch vor dem Einsatz rund um Elmau im Vorhinein nicht im Einzelnen in der Öffentlichkeit dargelegt, an welchem Ort wie viele Beamte was tun werden. Das gehört nun wirklich nicht zu einer sinnvollen Polizeikonzeption.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die Kollegin Kamm hat um die Gelegenheit gebeten, eine Erklärung gemäß § 112 der Geschäftsordnung zur Aussprache abzugeben.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es bereits während der Zwischenbemerkung versucht zu sagen, aber es war mir dabei zeitlich nicht mehr möglich. Darum bin ich froh, dass ich jetzt das Wort bekomme.

Ich habe mich bei den Ausführungen zu dem Thema Obergrenzen einfach versprochen und im Text verheddert. Es tut mir wirklich schrecklich leid, dass der Eindruck entstanden ist, ich hätte Ihnen diesen Vorwurf machen wollen. Ich möchte ihn in dieser Form natürlich nicht machen und entschuldige mich für diesen Satz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst lasse ich in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9716 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

- Einen Moment bitte. Wir sind in der Abstimmung. Nehmen Sie bitte wieder Platz, sonst kann ich nicht zählen. Die namentliche Abstimmung folgt erst später.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU, die SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache - -

(Zuruf: Enthaltungen?)

- Bitte? – Entschuldigung – Enthaltungen? – Keine Enthaltung.

Ich rufe zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9734 auf. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Fünf Minuten. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 13.21 bis 13.26 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fortfahren können.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Recht auf Schule für Flüchtlingskinder umsetzen
(Drs. 17/9717)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder müssen in die Schule gehen dürfen; denn Bildung ist ein Menschenrecht, ja, Bildung ist ein Kinderrecht. Wir in diesem Haus sind uns einig, dass das Recht auf Bildung und Bildungserfolg unabhängig von der Herkunft der Eltern gelten muss. Wir kämpfen in Bayern gemeinsam darum, dass die Herkunft für den Bildungserfolg der jungen Menschen in unserem Land eine geringere Rolle spielt. Unabhängig von der Herkunft der Eltern heißt: unabhängig vom sozialen Status, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und auch unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in unserem Land. Es gibt eine Schulpflicht für alle Kinder in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für Flüchtlingskinder, die zum Teil schon längere Zeit keine Schule mehr besucht haben, etwa weil die Schule in Syrien zerbombt worden ist, weil sie

monatelang auf der Flucht waren oder weil es in den Flüchtlingslagern keine schulischen Angebote gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deswegen müssen wir auch über schulische Angebote in den Erstaufnahmelagern und in den sogenannten Rückführungszentren sprechen. Es ist klar: Die Schulpflicht gilt ab einem Aufenthalt von drei Monaten. Deswegen ist das vordringlichste Ziel, dass die Kinder und die Familien nach drei Monaten aus der Erstaufnahme in die dezentrale Unterbringung kommen. Damit ist es möglich. Gegenwärtig gilt zwar eine Schulpflicht nach drei Monaten, aber der Schulunterricht ist in vielen Fällen nicht geregelt und findet nicht statt. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt viel über die Probleme in der Flüchtlingssituation gesprochen, die von manchen meiner Ansicht nach wirklich aufgebauscht werden. Aber wenn man mit Lehrerinnen und Lehrern redet – ich habe letzte Woche zum Beispiel mit einem Schulrat gesprochen –, dann sagen sie: Die Flüchtlingskinder bei uns in den Schulen saugen das Wissen auf wie ein Schwamm; sie sind unwahrscheinlich motiviert und interessiert. – Entsprechend diesem Potenzial müssen wir den Kindern die Chance auf Bildung und das Aufsaugen von Wissen geben. Das sind wir ihnen schuldig.

Wir müssen auch über die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen reden. Darauf bezieht sich unser Antrag. Auch dort gilt: Kinder haben ein Recht auf Bildung. Für Kinder gehört zur Ankunft in einem Land, dass sie dort in die Schule gehen, und wenn es nur für ein paar Wochen ist: Bildung vom ersten Tag an. Ich halte es für zynisch, wenn manche Leute sagen: Die sind ja nicht lange hier; die sind ja nur ein paar Monate oder etliche Wochen hier. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Monate oder sechs Monate sind eine lange Zeit in der Bildungsbiografie eines Siebenjährigen oder Achtjährigen – eine zu lange Zeit, wenn sie ohne Bildung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung in einer Erstaufnahmeeinrichtung bedeutet einen zumindest teilweise regulierten Tagesablauf für diese Kinder und auch eine Entlastung der Eltern. Das ist ein erster Schritt der Integration, des Ankommens. Wir haben Angebote in den Erstaufnahmeeinrichtungen in der Bayernkaserne und in Zirndorf. Sie werden vor allem von Ehrenamtlichen getragen, die dort wirklich Großes leisten. Dieses Bildungsangebot wird leider nur unzuverlässig und unzureichend vom Freistaat unterstützt. Es gibt eine Notbeschulung in

diesen Lagern. Zwei bis vier Pädagogen sind für drei- bis fünfhundert Kinder zuständig. Da kann man nicht von qualitativ ansprechenden Angeboten reden; das ist einfach zu wenig.

Mir wurde hier schon mal der Vorwurf gemacht, ich sei ein Bildungseuphoriker. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei Bildung bin ich nicht euphorisch, sondern ganz nüchtern. Bildung ist ein Grundrecht. Es muss durchgesetzt werden; Kinder brauchen Bildung. Wenn wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen von Bildung reden, geht es nicht darum, den ganzen Tag Mathe, Physik, Biologie, Chemie und Geografie zu büffeln, sondern es geht um pädagogische Angebote. Die Kinder sind zum Teil traumatisiert. Wir wissen aus Erfahrungen, dass gerade bei traumatisierten Kindern musische Angebote sehr erfolgreich sind. Musik zu machen, zu singen, sich zur Musik zu bewegen, das ist eine wichtige Hilfe für diese Kinder. Wir brauchen mindestens solche Angebote in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt Erstaufnahmeeinrichtungen, die Übergangseinrichtungen sind, in denen das momentan noch nicht gewährleistet ist. In diesen Einrichtungen haben wir derzeit keine Angebote.

Ich möchte noch etwas zu den Rückführungszentren sagen, die heute schon als "Erfolg" – Erfolg in Anführungszeichen – dargestellt worden sind. Am Anfang waren in diesen Rückführungszentren gar keine Flüchtlinge aus dem Balkan, weil aus den Balkanländern kaum noch Flüchtlinge kommen. Was hat die Bayerische Staatsregierung dann getan? Sie hat Menschen aus den Balkanstaaten, die hier dezentral untergebracht sind, deren Kinder zum Teil gut integriert sind, angewiesen, in diese Rückführungszentren zu gehen. Dort sind jetzt Kinder, die in die Schule gegangen sind, die schon gut Deutsch reden und die schon gut integriert sind. Ihre Eltern haben schon einen Antrag auf Rückkehr gestellt und sind auch bereit, zurückzukehren. Sie sind jetzt aus ihren Schulen herausgerissen und in diese Lager gesteckt worden, wo es keine Schule und keine Bildung gibt. Das ist ein bildungspolitischer Skandal ersten Ranges.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir auch in diesen Einrichtungen pädagogische Angebote für die Kinder. Wir wollen doch nicht, dass ein Kind unser Land dümmert, als es gekommen ist. Auch Kinder, die zurückkehren, haben ein Recht auf Bildung. Dann können wir ihnen wenigstens ein bisschen Bildung mitgeben, weil Bildung oft die einzige Ressource dieser Kinder ist. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem

Antrag, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, uns darüber zu berichten, was getan werden muss. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Gehring. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Lederer. Bitte schön, Herr Lederer.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2015 sind etwa 1,1 Millionen Menschen als Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Um sich das einmal vorstellen zu können: Das waren in diesem Jahr mehr Personen als in den gesamten 15 Jahren vorher. Die meisten dieser Menschen sind über Bayern eingereist. Allein in den letzten fünf Monaten war es eine Dreiviertelmillion. Ungefähr 40 % der Asylbewerber in Bayern sind schulpflichtig. Das ist der größte Anteil, den ein Bundesland in Deutschland hat. Es gibt Bundesländer, die einen weitaus weniger hohen Anteil haben. In Hamburg liegt er zum Beispiel unter 20 %.

Über die Ursachen dieses hohen Anteils kann man streiten. Eine Ursache sind sicherlich die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Ich komme aus dem Raum Rosenheim und kann Ihnen sagen: Allein im vergangenen Jahr sind in der Stadt und im Landkreis Rosenheim 4.670 unbegleitete Minderjährige angekommen. Das waren mehr als im gesamten Bayern im Jahr 2014. Die bundesweite Verteilung war längst überfällig. Der Start für diese Verteilung ist leider sehr holprig.

Diese Zahlen zeigen, dass Bayern in einer Sondersituation ist. Genau aus diesen Gründen ist die Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern ein sehr wichtiges Thema. Der Erwerb von Kenntnissen unserer Sprache, unserer Kultur und unserer Werte, der Erwerb von Bildung allgemein ist die Grundvoraussetzung für gelingende Integration. Deshalb kommt der Beschulung von Flüchtlingskindern eine ganz besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grund wurde im Nachtragshaushalt 2016 ein großes Integrationspaket geschnürt. Rund 161 Millionen Euro zusätzlich sind für den Bildungssektor vorgesehen. Das entspricht in etwa 1.700 Vollzeitstellen. 1.079 Planstellen sollen neu geschaffen werden. Damit können wir sehr viel für die Beschulung von Flüchtlingskindern tun.

Die Zahl der Übergangsklassen soll von derzeit etwa 550 auf 1.600 erhöht, also fast verdreifacht werden. Die Zahl der Berufsintegrationsklassen soll von derzeit etwa 450 auf 1.200 erhöht und damit auch fast verdreifacht werden. Darüber hinaus sollen die rund 5.000 Deutschfördergruppen und rund 500 Deutschförderklassen weiter gestärkt werden. Auch der Aus-

bau der Integrationsprogramme an den Realschulen, zum Beispiel "SPRINT" oder "InGym" an Gymnasien soll weiter forciert werden. Darüber hinaus wurde dankenswerterweise mit der bayerischen Wirtschaft ein Integrationspakt geschlossen, mit dem in den kommenden drei Jahren sage und schreibe 60.000 Praktikums- und Ausbildungsplätze für Flüchtlinge geschaffen werden. Dieses gesamte Integrationspaket ist einmalig in Deutschland. Es zeigt, dass der Freistaat Bayern auf diesem Gebiet die größten Anstrengungen unternimmt.

Bedanken darf ich mich in diesem Zusammenhang bei allen, die sich hauptamtlich, zum Beispiel als Lehrer, oder ehrenamtlich, zum Beispiel als Asylhelfer, beteiligen. Ohne dieses Engagement wäre die Integration der vielen Flüchtlinge nicht machbar.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zielt nun auf die Schulpflicht in Bayern ab, die für Asylbewerber in der Regel drei Monate nach Zuzug beginnt. Meines Wissens wird dies grundsätzlich auch so gehandhabt. Damit gehört Bayern zu den Bundesländern, die eine vergleichsweise frühe Beschulung ermöglichen. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen tritt die Schulpflicht erst dann in Kraft, wenn zum einen der Aufenthalt gestattet ist und zum anderen die Kinder einer Kommune zugeordnet wurden. Das heißt, in Erstaufnahmeeinrichtungen, zentralen Unterbringungseinrichtungen oder kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten gibt es keine Schulpflicht. Darüber hinaus wird immer wieder gefordert, die Schulpflicht für Asylbewerber so lange auszusetzen, bis sie einen Aufenthaltsstatus erlangt haben. So hat es zumindest der SPD-Oberbürgermeister von Erfurt im vergangenen Sommer für Flüchtlingskinder unter 16 Jahren, die aus sicheren Herkunftsländern stammen, gefordert.

Wenn man die Situation in Deutschland kennt, verwundert die Begründung dieses Antrags ein wenig. Dort heißt es, dass sechs Monate ohne Schulbesuch für die Bildungsbiographie eines Kindes fatal sind. Herr Kollege Gehring hat Bildung vom ersten Tag an gefordert. Verwundert bin ich deshalb, weil im grün-rot regierten Baden-Württemberg die Schulpflicht erst nach sechs Monaten gilt. Wenn die Begründung, die ich im "Spiegel" gelesen habe, stimmt, soll in Baden-Württemberg damit vermieden werden, traumatisierte Kinder sofort nach ihrer Ankunft zum Schulbesuch zu verdonnern. Also in Bayern sagen die GRÜNEN: Bildung vom ersten Tag an. In Baden-Württemberg sagen die GRÜNEN: Die Kinder sollen nicht sofort zum Schulbesuch verdonnert werden.

Wir in Bayern versuchen, einen Spagat zu machen. Ich denke, das ist uns bislang sehr gut gelungen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen wie München, Zirn-

dorf, Deggendorf oder Regensburg gibt es einen basalen Unterricht und erste Begegnungen mit der deutschen Sprache, und das, obwohl im vergangenen Jahr fünfmal so viele Menschen in unsere Erstaufnahmeeinrichtungen aufgenommen wurden als noch 2014.

Herr Gehring, Sie haben die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen angesprochen und gesagt, dass kaum noch Asylbewerber vom Balkan kommen. Im vergangenen Jahr wurde fast ein Viertel aller Erstanträge von Menschen gestellt, die vom Westbalkan stammen. Im vergangenen Jahr waren das weit über 100.000 Personen. Ich weiß auch, dass die Zahl in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen ist, aber die Zahlen im vergangenen Jahr waren enorm. Darüber hinaus gibt es selbst in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und Bamberg ein elementares Bildungsangebot, obwohl die Verweildauer dort im Durchschnitt circa vier Wochen beträgt.

Ich denke, der Freistaat Bayern befindet sich hier auf einem guten Weg; nicht umsonst wird das Bildungskonzept des Freistaates deutschlandweit gelobt. Lassen Sie uns diesen Weg bitte miteinander und nicht gegeneinander weitergehen. Vor diesem Hintergrund wird die CSU dem Berichts Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Lederer. – Die nächste Wortmeldung kommt von dem Kollegen Güll. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau auf den letzten Satz war ich jetzt gespannt: Wird die CSU ablehnen oder zustimmen? – Bei einem Berichts Antrag bekommt man ja immer nur die Wohltaten und guten Dinge berichtet. Diese haben wir vom Herrn Kollegen Lederer jetzt schon gehört, und wir können uns das im Ausschuss gerne noch einmal anhören. Aber, Herr Kollege Lederer, ich habe irgendwo im Ohr, dass die CSU auch immer besser sein will als andere, als die CDU in anderen Bundesländern.

(Unruhe – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wie die SPD vor allen Dingen!)

Leider ist kein Vergleich möglich, weil es die CSU woanders nicht gibt. Es kann also durchaus sein, dass man in den Ländern unterschiedliche Standards setzen kann. Das ist nicht so ungewöhnlich, oder? Sie nehmen das ja auch in Anspruch. Mich würde deshalb interessieren, welchen gemeinsamen Bildungsanspruch wir für die Menschen haben, die zu uns kom-

men. Was wollen wir gemeinsam mit diesen jungen Menschen und auch mit den Erwachsenen erreichen?

Eigentlich sprechen wir alle davon, dass sie Bildung brauchen und Bildung erhalten sollen. Es ist doch ein Wert an sich, wenn man Bildung erhält. Wenn jemand sechs Monate, drei Monate oder ein Jahr hier ist, sollte man in dieser Zeit alles versuchen, um die Bildung wie auch immer zu fördern. Darüber sind wir uns doch alle einig, oder? Es bringt doch auch etwas, wenn ein Erwachsener nach drei Monaten wieder zurückgeht und eine berufliche Bildung bekommen hat oder ein Kind Bildung bekommen hat. Das ist doch zunächst eine Basis, auf die wir uns verständigen könnten, und dann sprechen wir darüber, wie wir das organisieren. Das wäre es doch jetzt.

(Zuruf von der CSU: Das machen wir doch!)

Damit sind wir immer auf einem guten Weg in Bayern – das weiß ich –, und dann gehen wir den Weg vielleicht noch ein wenig besser; denn dieser Antrag enthält drei Punkte, die wir klären müssen.

Der erste Punkt ist, dass es eben in Bayern nicht sicher ist, wann ein Kind, ein Schulkind die Bildung bekommt. Es ist theoretisch sicher, weil es irgendwo steht. Aber jeden Tag erreichen mich Anrufe bzw. Mails von Helfern, die mir sagen: Wir wissen nicht, wann sie jetzt endlich in die Schule dürfen; der eine sagt so und der andere so. – Also ist es doch folgerichtig: Wir fragen die Staatsregierung, was es für eine Regelung gibt und wie sie gedenkt, das künftig für alle verlässlich zu regeln. Das ist doch gut, oder? Wir wollen es einmal wissen.

Auch nach Ihrem Beitrag kann ich nicht sagen, da gibt es diese und jene Möglichkeit. Deshalb, denke ich, sollte das unterstützt werden und nicht erst einmal mit blumigen Worten umschrieben werden. Es ist eine Notwendigkeit, dass wir das wissen.

Zweitens, die Frage der Erstaufnahme. Man kann der Meinung sein, solange sie dort sind, bevor sie nicht verteilt sind, brauchen wir das nicht. Ich bin auch der Meinung, dass es schwierig ist, einen reinen Schulbetrieb in der Erstaufnahme zu organisieren. Das meint der Kollege Gehring aber gar nicht, sondern er meint es, wie er es bei unserem ersten Antrag gesagt hat: Wir müssen alles tun, um diese Zeit, in der die Kinder hier sind – das können Wochen, manchmal auch Monate sein –, mit sinnvollen Angeboten zu füllen. Lassen Sie uns miteinander dafür ein Konzept entwickeln.

Es ist doch gut, wenn schon zwei Lehrer vorhanden sind. Das ist ein guter Anfang. Dagegen sagen wir gar nichts. Ich war aber in Regensburg, und dort gibt es

eine Lehrkraft, zu der die Kinder einmal für eine halbe Stunde oder eine Dreiviertelstunde oder eine Stunde kommen, und dann ist wieder nichts, weil die eine Lehrkraft nicht mehr als sieben oder acht Kinder gleichzeitig unterrichten kann. Lassen Sie uns deshalb überlegen, ob man von dem Paket, das wir geschnürt haben, auch einen Teil dort hineingibt, damit wir die Bildung richtig starten. Das wäre sinnvoll, und das wäre ein Weg, den man gemeinsam gehen könnte. Die Staatsregierung könnte auch gebeten werden, das vielleicht noch weiterzuentwickeln.

Eine dritte und letzte Anmerkung zu dem Rückführungszentrum. Wenn in mein Bürgerbüro eine Mutter kommt, die über zwei Jahre hier bei uns ist, jetzt plötzlich sozusagen den Ausreisebescheid erhält und mit ihrem Kind in das Rückführungszentrum gehen muss, ist die Bildung – das Kind ist in der Schule, im Kindergarten – weg. Ist das eine sinnvolle Sache? – Es ist doch legitim, die Staatsregierung zu bitten, die Rechtsgrundlage dafür, das so zu handhaben, zu berichten. Ist das eine bayerische Idee? Aus anderen Bundesländern habe ich so etwas noch nie gehört.

Das sind Dinge, über die man gemeinsam sprechen muss, und man braucht nicht dauernd den bayerischen Weg zu verkünden, der dann offensichtlich doch da und dort nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es sehr sinnvoll, dass wir im Ausschuss auf der Basis dieser Dinge noch einmal in Ruhe sprechen können. Was wir aber nicht brauchen, ist die ständige Vorrede, was Bayern schon alles gemacht hat.

(Zurufe von der CSU)

– Ja, wunderbar, was da ist. Andere Bundesländer schlafen auch nicht; die können das auch, ob rot-grün-regiert oder wie auch immer.

Ich muss sagen, es nervt mich einfach, wenn ich mir ständig diese Dinge anhören muss und keiner bereit ist, auf das einzugehen, was in diesem Antrag steht.

(Zurufe von der CSU)

Ich bin deshalb auch froh, dass wir es noch hinbekommen haben, dass dieser Antrag sehr wahrscheinlich einstimmig beschlossen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Güll. – Der nächste Redner ist der Kollege Professor Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes will ich ausdrücken, dass ich die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag als sehr angenehm empfinde. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen, dass das an den Bildungspolitikern liegt und dass das vielleicht bei den vorherigen Debatten, wo andere aus anderen Bereichen tätig waren, schwieriger war. Ich könnte mir aber schon vorstellen, dass man auch in anderen Feldern der Flüchtlingspolitik einen vernünftigeren Ton finden und eine vernünftige Debatte führen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das wollte ich vorwegschicken. Insofern will ich bei diesem Ton bleiben und kündige an, dass die FREIEN WÄHLER diesen Berichtsantrag, den wir für sehr vernünftig halten, unterstützen, und erkenne an – das haben wir auch im Bildungsausschuss getan –, dass auf dem Feld der Bildungspolitik einiges getan wurde. Vielleicht kann man sogar noch mehr tun; aber Bayern hat einiges getan. Ich sehe es genauso, dass es wenig Sinn hat, immer nur Vergleiche zu anderen Bundesländern oder sogar zu anderen Staaten herauszustreichen.

Abschließend will ich deutlich machen: Ich glaube, wir sind uns alle einig – das hatten wir auch vorher beim SPD-Dringlichkeitsantrag –, dass Bildung der entscheidende Schlüssel für Integration ist. Wenn wir in Bildung investieren – ich glaube, auch das ist unbestritten –, müssen wir viel weniger Geld in Sicherheit investieren; denn diejenigen Flüchtlinge, die gut gebildet sind und daher gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, lassen sich leichter integrieren. Es wird dann zu weniger Straftaten kommen. Das gilt übrigens gleichermaßen für Deutsche, Migranten und Flüchtlinge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte man deutlich machen. Deshalb sollte man möglichst viel Geld und Anstrengungen in Bildung investieren. Das nutzt dem gesamten Staat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Piazolo. – Die letzte Wortmeldung kommt von Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich der Aussage anschließen, dass der Ton in unseren Bildungsdebatten, glaube ich, generell einfach gut ist. Das ist der Sache angemessen.

Wir investieren in die Integration, wir investieren in die Bildung. Das ist heute mehrfach gesagt worden. Da sind die 160 Millionen Euro, die das Hohe Haus im Dezember beschlossen hat. Wir haben ein Gesamtkonzept für schulische Angebote für Flüchtlingskinder. Ich habe es hier bereits öfter vorgestellt. Darum werde ich das jetzt nicht noch einmal tun. Zu diesem Gesamtkonzept gehört, dass wir bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche eingerichtet haben. Wir haben auch in den Rückkehrzentren in Bamberg und Manching schnell und unbürokratisch Bildungsangebote geschaffen.

Was die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Rückkehrzentren betrifft, befinden wir uns natürlich noch in einem Prozess, auch deshalb, weil in Berlin ständig neue Entscheidungen getroffen werden. Das liegt also nicht nur an der bayerischen Politik. Wir werden deswegen selbstverständlich prüfen, ob wir die Bildungsangebote in der Erstaufnahme und in den Rückführungszentren pädagogisch weiterentwickeln und anpassen müssen. Da schauen wir regelmäßig, ob das passt oder ob wir das intensivieren müssen. Beim Thema Schulpflicht sind wir gerade dabei zu prüfen, ob die gesetzlichen Regelungen, die zurzeit gelten, aufgrund der aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssen. Deswegen berichten wir gerne über unsere Überlegungen zu diesem Thema und regen eine Zustimmung zu diesem Antrag an.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9717 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9718 bis 17/9724 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Guttenberger und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen", Drucksache 17/9734, bekannt: Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 50 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kann ich die Sitzung für heute schließen. Ich wünsche einen schönen Nachmittag.

(Schluss: 13.54 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Alle KULAP-Prämien und Vertragsnaturschutzmaßnahmen verlässlich auszahlen
 Drs. 17/8404, 17/9344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
 Einführung von Pflegelotsen in Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
 Drs. 17/8460, 17/9630 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Alexander Flierl u.a. CSU
Bericht über die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit am LGL
Drs. 17/8525, 17/9636 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Stand der Borrelien-Erkrankungen in Bayern
Drs. 17/8526, 17/9631 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Runder Tisch zur Verbesserung der Situation der Suchtfachkliniken
Drs. 17/8635, 17/9632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Weiterentwicklung des Forstlichen Gutachtens
Drs. 17/8636, 17/9645 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walhalla braucht zeitgemäßes Ausstellungskonzept
Drs. 17/8639, 17/9626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Grenzwerte für Blei und Mangan in Gewürzen
Drs. 17/8656, 17/9637 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Drogenkonsum in Bayern
Drs. 17/8669, 17/9633 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Landwirtschaftliches Bodenrecht zielgerichtet weiterentwickeln
Drs. 17/8676, 17/9647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Thomas Goppel u.a. CSU, Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Georg Rosenthal u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EFSI-Mittel für Forschung und Innovation nutzen
Drs. 17/8678, 17/9355 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!
Drs. 17/8686, 17/9634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Erhebung des Ist-Zustands der Barrierefreiheit in stationären Pflegeeinrichtungen
Drs. 17/8716, 17/9635 (E)

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

**Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für
Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fortschritt des Textilbündnisses in Bayern
Drs. 17/8754, 17/9628 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern
Drs. 17/9050, 17/9538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.01.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion CSU; Für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingskrise - Verfassungsklage als letztes Mittel einsetzen (Drucksache 17/9734)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	86	50	15